attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (05.09.2013)

Sand im Getriebe 105



Hände weg von Syrien und Iran

Österreich: keine Überflugsrechte für NATO-Jets

Großbritannien: Unterhaus sagt NEIN

Und BRD: Ramstein, Africom, Patriots, ... !?

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ *Online Fassung: http://sandimgetriebe.attac.at* *Mail: sig@attac.de*

„Von wem auch immer der verbrecherische Giftgaseinsatz in Syrien begangen wurde, die von den führenden NATO-Staaten offensichtlich beabsichtigte Bombardierung Syriens ist ebenso verbrecherisch“, heißt es im Aufruf zum Protest am Tag X, dem Tag, an dem die USA und andere NATO-Staaten Syrien bombardieren würden.
Ausgerechnet die Supermacht, die Vietnam mit Napalm bombardiert hat und mit dem Agent-Orange-Giftgas die Wälder „entlaubt hat“, die sich dafür nie entschuldigt hat, die niemals die Verantwortlichen vor Gericht gestellt hat, ausgerechnet die USA stellen sich jetzt auf ein hohes moralisches Podest, um als Weltrichter und Weltpolizist in einem - wiederum unter einem lügnerischen Vorwand - in einem weiteren Land mit Bomben einen „Regime Change“ herbeizuführen.
Wer auch immer für einen Einsatz von Chemiewaffen verantwortlich ist, gehört vor ein internationales Strafgericht. Dorthin gehören allerdings auch diejenigen, die völkerrechtswidrige Kriege begonnen haben (mehrere US-amerikanische Präsidenten wie z. B. G.W. Bush) und die entsetzlich Kriegsverbrechen wie z.B. in Faludscha im Irak begangen haben. Nicht verfolgt, verurteilt, sondern geehrt sollten umgekehrt diejenigen, die wie **Bradley Manning** und **Edward Snowden** eben solche Kriegsverbrechen bzw. die Versuche, die ganze Welt zu spionieren, enthüllt haben **(N. Paech)**.
Papst Franziskus warnt vor einem Dritten Weltkrieg. Braut sich 100 Jahre nach 1913 eine explosive Weltlage zusammen, in der der Westen seine absteigende Gestaltungsmacht wieder gewinnen will – koste es, was es wolle? Die lange Kette von Putschen (**Iran**, **Chile**,...) und Interventionen muss endlich gebrochen werden. Den Irak-Krieg haben wir trotz der weltweiten Proteste der Millionen nicht verhindern können, mit entsetzlichen Folgen. Versuchen wir es erneut, da wieder ein Krieg droht, setzen wir uns für eine politische Lösung ein (P**eace in Syria**)
In einem Offenen Brief fordert der venezolanische Präsident **Maduro** von Obama. *»Stoppen Sie die in Gang gesetzte Kriegsmaschinerie gegen Syrien.«* In den USA und in Europa erheben sich trotz gleichgeschalteter Medien viele Menschen gegen die geplanten Luftangriffe der zynischen Kriegstreiber **(Aufrufe, Stellungnahmen).**
Zypern und Österreich wollen keine Überflugrechte für die NATO-Flugzeuge gestatten.
Die Fraktion *„Die Linke“* im deutschen Bundestag fordert: *„(...) Auch auszuschließen ist die Gewährung von Überflugrechten. Die Bundesregierung trägt die Verantwortung sicherzustellen, dass der US-Stützpunkt Ramstein und das Africom-Kommando in Stuttgart nicht für einen Krieg gegen Syrien benutzt werden dürfen.“*
Zum 1. 9., dem Anti-Kriegs-Tag, wendet sich der **DGB** entschieden gegen *„Rüstungslieferungen in den Nahen Osten. Die Aufrüstung von Bürgerkriegsparteien durch einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union verschärft die vielschichtigen Probleme in der Region…Wir stehen unverändert zur* ***Konversion*** *von militärischer Produktion und militärischem Know-how.“ (S. auch* ***Rüstung tötet schon im Frieden! Für zivile Produktion).***
Die von den USA angestoßene Verweigerung von Frankreich, Portugal, Spanien und Italien, dem Präsidenten von Bolivien **Evo Morales** Überflugrechte zu gewähren, zeigt deren *„Hörigkeit gegenüber den ihnen erteilten Befehlen – sie haben durch ihr Verhalten ihren Status eines untergebenen Landes bestätigt.“* Aber der Widerstand der Völker des Südens kann nicht mehr ohne weiteres gebrochen werden. *„Wir leben in einer Zeit, in der die Völker allmählich zu dem Entschluss kommen, sich selbst zu regieren, und nicht mehr in einer Zeit, in der die Imperien durch Freiheitsberaubung zulasten der Mitglieder souveräner Regierungen Angst erzeugen und nach Belieben bestrafen können.“* Auch in **Kolumbien** wächst die Massenbewegung gegen die US-hörige Regierung.
Immanuel Wallerstein untersucht Gemeinsamkeiten und Unterschiede der *„Aufstände hier, und dort, und überall.“* In **Tunesien** und **Ägypten** entfalten sich z.B. die Widersprüche nach ganz unterschiedlichem Muster als in Lateinamerika. Angesichts der fortwährenden Besatzungspolitik des israelischen Staates meint der israelische Journalist **Gideon Levy** jetzt: *„Die letzte Zuflucht eines israelischen Patrioten: Boykott“*;
die EU erklärt, keine Projekte mehr in den besetzten palästinensischen Gebieten fördern zu wollen.
In Europa gibt es eine Vielfalt von einzelnen Widerständen. Mehrere Konferenzen sollen dazu dienen, sich über eine Strategie zu verständigen und sich zu vernetzen;
Elisabeth Gauthier zieht eine erste Bilanz des ALTERSUMMIT-Prozesses.
Alle diese Menschen, die sich engagieren *„erkennen, dass* ***Veränderung mit einer einzigen Stimme beginnt****, und sie alle überbrachten der Welt eine Botschaft: Regierungen müssen für ihre Entscheidungen Rechenschaft ablegen.“*
(Snowden in seiner Dankrede)



Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Gedruckte Exemplare *von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.***

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer hat auch mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland), Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für online-Fassung.
ViSPR: Peter Strotmann

Syrien
Aufruf zum Protest am Tag X
dem Tag, an dem die USA und andere NATO-Staaten Syrien bombardieren.

Münchner Bündnis

Von wem auch immer der verbrecherische Giftgaseinsatz in Syrien begangen wurde, die von den führenden NATO-Staaten offensichtlich beabsichtigte Bombardierung Syriens ist ebenso verbrecherisch.

Dieser völkerrechtswidrige Angriff wird noch viel mehr Todesopfer kosten, zur weiteren Gewalteskalation im syrischen Bürgerkrieg führen, die humanitäre Katastrophe noch verschlimmern und kann zu einem verheerenden Flächenbrand im Nahen Osten werden.

Die zurückliegenden – mit Lügen gerechtfertigten – Kriege, in Afghanistan, Irak und Libyen, zeigen, dass es den NATO-Staaten weder um Demokratisierung noch um Menschenrechte, sondern ausschließlich um ihre geostrategischen Interessen und die Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten geht.

Bomben schaffen keinen Frieden. Der Konflikt in Syrien kann nur durch Verhandlungen gelöst werden.

Von der Bundesregierung verlangen wir, dass sie sich den Kriegsplanungen der NATO und jeder Beteiligung Deutschlands am Krieg gegen Syrien verweigert.

Die Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze müssen abgezogen und alle Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten sofort einstellt werden.

Wir rufen alle Münchnerinnen und Münchner zur Protestdemonstration am Tag X auf,
am gleichen Tag, an dem Syrien angegriffen wird.
Beginn: 17:00 Uhr Marienplatz , Demonstration zum US-Generalkonsulat in der Königinstraße

Erstunterzeichner_innen:
Inge Ammon, Fürstenfeldbruck;
Imran Sinan Cokdegerli (DIDF München)
Hans Peter Dürr (Ehrenbürger der Stadt München, Träger des Alternativen Nobelpreises)
Sue Dürr (Attac - München)
Nicole Gohlke (Mitglied des Bundestags - Die Linke.)
Wolfram P. Kastner (Institut für Kunst und Forschung, München)
Walter Listl (Bezirkssprecher der DKP-Südbayern)
Jürgen Lohmüller (Sprecher Die Linke. München)
Bernd Michl (Münchner Friedensbündnis)
Elfi Padovan (Die Linke München)
Jürgen Rose (Oberstleutnant a.D. - Vorstandsmitglied im AK Darmstädter Signal)
Kerem Schamberger (Kreissprecher der DKP München)
Claus Schreer (Sprecher - Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus)
Eva Bulling-Schröter (MdB - Landessprecherin Die Linke. Bayern)
Brigitte Schuchard (IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, München)
Conrad Schuhler (Vorsitzender des isw - Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung)
Hubert Thiermeyer (Fachbereichsleiter ver.di Bayern)
Konstantin Wecker (Liedermacher)
Günter Wimmer (Sozialarbeiter i.R., Münchner Friedensbündnis)

http://www.muenchner-friedensbuendnis.de/aktuelles/A13/Aufruf-TagX-Syrien-A4-sw.pdf

Die US-Friedensbewegung mobilisiert gegen eine Militär-Intervention in Syrien.
Aufrufe für den 7. und 9. September und Aktionen in vielen Städten:**http://www.answercoalition.org/**
und http://www.iacenter.org/actions/hands_off_syria_actions/
Aktionen in Deutschland: http://www.friedenskooperative.de/termine.htm
AG Globalisierung und Krieg von attac Deutschland: zu Syrien:
http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/laender/syrien/



Demonstrationen in 31 Städten der USA am 31. August:
http://www.answercoalition.org/national/news/anti-war-chants-heard-in-rose-garden.html, http://www.iacenter.org/actions/syria082813/,

Solidarwerkstatt Österreich
Nein zum Krieg gegen Syrien!

Die Inszenierung für einen geplanten westlichen Militärschlag gegen Syrien erinnert an die Kriege gegen Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen, die ebenfalls mit dreisten ***Propagandalügen*** *aufbereitet wurden. Österreich wird durch seine Einbindung in den "Europäischen Auswärtigen Dienst" immer mehr zum klammheimlichen Komplizen westlicher Interventionskriege.* ***Die Solidar-Werkstatt ruft zu Friedensaktionen auf.***

Folgt man den Medienberichten, dann entsteht der Eindruck, dass die Kriegstreiber in den USA und den großen EU-Staaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland die Weichen in Richtung eines Militärschlags gegen Syrien gelegt haben. Der Widerstand gegen diese Kriegspolitik wächst freilich, der britische Premier Cameron hat nun sogar eine diesbezügliche Abstimmung im Unterhaus verloren. Trotzdem laufen die militärischen Vorbereitungen für die „Bestrafungsaktion", wie Obama und Hollande den geplanten Militärschlag zynisch nennen, nach wie vor auf Hochtouren. Die Inszenierung erinnert an die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen. Und in solchen Inszenierungen darf natürlich auch der entsprechende Anlass, die „smoking gun", nicht fehlen: Assad setzt Giftgas ein, lautet der diesmal skandierte Slogan für den geplanten Waffengang.
Bevor man der Frage nachgeht, wie glaubwürdig dieser Vorwurf ist, sei kurz **an frühere „Kriegsgründe" erinnert, mit denen solche Kriege herbei gelogen wurden**:
=> Mit dem „Tonking-Zwischenfall" im Jahr 1964 rechtfertigten die USA ihren Einstieg in den Vietnamkrieg. 40 Jahre später enthüllten von der NSA freigegebene Akten, dass der US-Krieg auf Grund einer Falschmeldung des US-Präsidenten Johnson begonnen wurde.
=> Mit dem „Brutkasten-Massaker" – irakische Soldaten hätten kuwaitische Säuglinge aus ihren Brutkästen gerissen und brutal ermordet – wurde 1990 die westliche Öffentlichkeit auf den Waffengang gegen den Irak eingestimmt. Nach dem Krieg entpuppte sich die Geschichte als Erfindung der PR-Firma „Hill & Knowlton", die für 10 Millionen Dollar von der Organisation „Citizens for a free Kuwait" in Auftrag gegeben worden war, um den US-Streitkräften einen Grund fürs Losschlagen zu geben.
=> Das „Massaker von Racak" gab 1999 den Ausschlag für den NATO-Krieg gegen Jugoslawien; ein Jahr lang wurden die Untersuchungsergebnisse eines finnischen Ärzteteams dazu unter Verschluss gehalten - mit gutem Grund: sie belegten nämlich mitnichten die Version vom „Massaker" an wehrlosen Zivilisten, vielmehr erhärteten sie die These, dass es sich um im Kampf gefallene UCK-Soldaten handelte.
=> Mit dem sog. „Hufeisenplan" sollte die geplante Massenvertreibung von Kosovo-Albanern durch serbisch-jugoslawisches Militär bewiesen werden. Nach dem Krieg stellte sich heraus, dass der „Hufeisenplan" im deutschen Verteidigungsministerium selbst zusammengebastelt worden war, um die wachsende Kritik am NATO-Bombenkrieg beiseite zu schieben.
=> Die „Massenvernichtungswaffen" Saddam Husseins, die George W. Bush als Vorwand für den Einmarsch in den Irak 2003 dienten, wurden bekanntlich nie gefunden. Jahre später entschuldigte sich der US-Verteidigungsminister Powell für diese bewusste Irreführung der UNO und der Öffentlichkeit.
=> 2011 rüttelten die Medien die Öffentlichkeit mit Horrorstorys auf, dass Kampfjets Gaddafis friedliche Demonstranten niederschießen würden. Nachdem diese Gräuelgeschichten ihren Zweck erfüllt und die Öffentlichkeit auf den Krieg gegen Libyen eingestimmt hatten, wurden sie klammheimlich entsorgt. Selbst der damalige US-Verteidigungsminister Gates und sein Generalstabschef Mike Mullen gestanden ein, dass es „keine Bestätigungen dafür " gegeben habe.

Wem nützt es?

Diese Kontinuität der Kriegslügen alleine wäre schon Grund genug, die Geschichte vom mutmaßlichen Giftgaseinsatz durch die syrische Armee zu hinterfragen. Vor allem muss auch hier die Frage gestellt werden: Wem nützt es? Natürlich sind Assad verbrecherische Mittel zuzutrauen, aber der Einsatz von Giftgas macht für Damaskus derzeit nicht den geringsten Sinn. Warum sollten sie in einer Situation Giftgas einsetzen, in der sie militärisch im Vormarsch sind, in einem Gebiet in den Vororten von Damaskus, wo sie gerade in letzter Zeit große Geländegewinne erreichten und just zu dem Zeitpunkt, wo die USA genau auf das Überschreiten dieser „roten Linie" warten und UN-Inspektoren im Land sind, um genau nach diesem Kriegsgrund zu fahnden?

Ganz anders sieht die Interessenslage auf Seiten der Rebellen aus: Sie sehnen einen westlichen Militärschlag herbei, da sie militärisch trotz massiver Unterstützung durch westliche Geheimdienste und westliche Verbündete wie die Golfdiktaturen Saudi-Arabien und Katar in die Defensive geraten sind. Unter den Rebellen geben mittelalterliche Gotteskrieger den Ton an. So berichtete die New York Times: *„In den von Rebellen kontrollierten Teilen Syriens existieren keinerlei säkulare kämpfende Truppen, die der Rede wert wären."* (1) Die Menschen hassen die Jihadisten offensichtlich mittlerweile mehr als Assad. Die „Worldtribune" berichtet von Meinungsumfragen, die von internationalen Hilfsorganisationen durchgeführt worden waren, dass 70% der Bevölkerung hinter Assad stehen bzw. ihn für das „kleinere Übel" halten, 20% seien indifferent und nur 10% unterstützen die Aufständischen. *„Die Sunniten mögen Assad nicht, aber eine große Mehrheit von ihnen zieht sich von der Revolte zurück. Was bleibt sind die ausländischen Kämpfer, die von Katar und Saudi-Arabien finanziert werden. Sie werden von den Sunniten als viel schlimmer als Assad gesehen",* heißt es in dem der NATO vorliegenden Bericht (2).

„Nur die Rebellen können davon profitieren"

Viel plausibler erscheinen daher Berichte, dass die Rebellen selbst Giftgas zum Einsatz gebracht haben, um einen Militärschlag zu provozieren. Günter Meyer, Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt an der Universität in Mainz, weist darauf hin, dass bereits im März 2013 eine Giftgasgranate, die in einem von Assad-Anhängern kontrollierten Gebiet 29 Menschen tötete, Recherchen des britischen "Guardian" zufolge aus einem von der islamistischen Al Nusra-Miliz gehaltenen Ort unweit der türkischen Grenze abgefeuert wurde. Später hätten Polizisten in der Türkei eine Gruppe von syrischen Jihadisten festgenommen und dabei einen Zwei-Kilo-Tank mit dem Nervengas Sarin beschlagnahmt, wie die großen Medien des Landes übereinstimmend berichteten.

Auch Carla del Ponte, einst Chefanklägerin am UN-Gericht für Ex-Jugoslawien und nun Mitglied einer Sonderkommission des UN-Menschenrechtsrates, erklärte wenig später im Schweizer Fernsehsender RSI, es gebe Zeugenaussagen, *„dass chemische Waffen in Syrien eingesetzt worden sind – allerdings nicht von der Regierung, sondern von der Opposition".* Laut Meyer *„liegt daher die Vermutung nahe, dass dieser Massenmord geplant worden ist, um die USA zum Eingreifen zu bewegen."* (3) Der

Nahost-Experte weiter: *„Das Regime von Bashar al-Assad hat absolut kein Interesse am Einsatz von Chemiewaffen. Nur die Rebellen können davon profitieren.“* (4)

Schon um die Stationierung von US-amerikanischen, deutschen und holländischen Patriotraketen im türkisch-syrischen Grenzgebiet gegenüber der Öffentlichkeit argumentieren zu können, feuerten offensichtlich Rebellen NATO-Granaten auf ein türkisches Grenzgebiet ab, um dann die syrischen Regierungstruppen dafür verantwortlich zu machen. Auch diesmal schaut es nach einem abgekarteten Spiel zwischen Rebellen und westlichen Kriegsbefürwortern aus

Jüngste Enthüllungen zeigen übrigens, wie heuchlerisch die westlichen Bedenken gegen den Einsatz von Giftgas sind. Im ersten Golfkrieg hatten Länder wie Deutschland nicht nur Giftgas an den – damals noch vom Westen unterstützen - irakischen Diktator Saddam Hussein geliefert, das Pentagon hatte den Einsatz von Giftgas durch die irakische Armee gegen iranische Stellungen sogar logistisch unterstützt. Das berichtet das Magazin Foreign Policy unter Berufung auf jüngst freigegebene CIA-Dokumente sowie Interviews mit Geheimdienstmitarbeitern. Die USA wurden zu *„Komplizen in einigen der grausamsten Giftgasangriffen, die jemals geführt wurden“*, kommentiert Foreign Policy die CIA-Dokumente (5).

Weitere Eskalation des Krieges droht

Militärschläge gegen Syrien werden nicht nur weitere Tote und Verletzte fordern, sie werden den Krieg weiter anfachen. Die Militarisierung der Proteste im Rahmen des „arabischen Frühlings“ war von Anfang an Teil der westlichen Strategie zur Rekolonialisierung Nordafrikas und des Nahen Ostens. Dadurch wurden diejenigen Kräfte der Opposition, die an einer Demokratisierung durch friedliche Proteste, keinesfalls aber an einer Rekolonialisierung interessiert waren, zur Seite gedrängt, um den Boden für antidemokratische, radikalislamistische Gruppierungen zu ebnen, die man mit den westlichen Interessen an der geopolitischen Kontrolle und der neoliberalen Ausbeutung der Region für kompatibel hält. Das gilt für Libyen ebenso wie nun für Syrien.

In Libyen lässt sich auch ablesen, wohin die westliche Intervention geführt hat: Zehntausende Tote, Verarmung breiter Bevölkerungsteile, rassistische Pogrome gegen Schwarzafrikaner, Rückkehr der Scharia und ein von unzähligen Warlords kontrolliertes Land, in dem vielerorts das Faustrecht herrscht.

Nein zum Krieg – Ausstieg aus dem Europäischen Auswärtigen Dienst!

Auch wenn nun Faymann und Spindelegger Bedenken gegen einen „voreiligen Militärschlag ohne UNO-Mandat“ (6) anmelden, so muss insgesamt die österreichische Außenpolitik in Zusammenhang mit dem Syrien-Krieg als kläglich bezeichnet werden. Anstatt eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik zu betreiben und sich gemeinsam mit anderen Blockfreien und Neutralen für Verhandlungen und Dialog in Syrien und Nahost einzusetzen, hofierte die Regierung von Anfang an den bewaffneten Aufständischen und verließ nie den kolonialen Geleitzug des „Europäischen Auswärtigen Dienstes“, unter dessem Dach die Außen- und Militärpolitik der EU zusammengeschnürt ist. Das ständige Drehen an der Eskalationsschraube durch NATO und EU wurde von der österreichischen Regierung mitgetragen – von der Stationierung von Patriotraketen bis hin zur Aufhebung des Waffenembargos. Wie von der Solidar-Werkstatt befürchtet, hat der Abzug der österreichischen UN-Truppen vom Golan offensichtlich dazu gedient, einem westlichen Militärschlag nicht im Weg zu stehen. Als besonders kriegsgeil profiliert sich Hannes Swoboda, SPÖ-Europaparlamentsabgeordneter und Chef der Sozialdemokraten im EU-Parlament. Er befürwortet einen sofortigen Militärschlag auch ohne UN-Mandatierung.

Für die österreichische Friedensbewegung zeigt sich einmal mehr, wie fatal sich die Einbindung Österreichs in die EU-Außen- und Sicherheitspolitik auswirkt. Österreich wird im EU-Rahmen zum klammheimlichen Mittäter westlicher Interventionskriege. Unser Nein zu einem Militärschlag gegen Syrien und unser Aufruf zum Protest gegen die westliche Kriegspolitik verbinden sich daher mit der Forderung zum sofortigen Ausstieg Österreichs aus dem Auswärtigen Europäischen Dienst und allen militärpolitischen EU-Gremien. Das Säbelrasseln der Westmächte zeigt einmal mehr, dass nicht die Neutralität sondern Militärblöcke wie NATO und EU ebenso anachronistisch wie brandgefährlich sind.
(30.08.2013)

Anmerkungen:
(1) New York Times, 28.4.2013
(2) http://www.worldtribune.com/2013/05/31/nato-data-assad-winning-the-war-for-syrians-hearts-and-minds/
(3) Berliner Zeitung, 28.8.2013 http://www.berliner-zeitung.de/politik/giftgas-in-syrien-auch-die-rebellen-haben-chemiewaffen-,10808018,24134746.html
(4) Tagesanzeiger, 21.8.2013, http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/naher-osten-und-afrika/Das-AssadRegime-hat-absolut-kein-Interesse-Giftgas-einzusetzen/story/16424503
(5) sh. „Giftgasfreunde“, in: Junge Welt, 28.8.2013, http://www.jungewelt.de/2013/08-28/026.php?sstr=syrien
(6) Die Presse, 29.8.2013

Quelle: http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=912&Itemid=42

Von Österreich lernen: Keine Überflugrechte für die Kriegstreiber!

***Überflugsgenehmigungen wird das Außenministerium nach Informationen der "Krone" nicht erteilen**. Österreichs Parteien sprechen sich einhellig gegen einen Militärschlag ohne UNO- Mandat aus. (...)*
Faymann warnte "ausdrücklich vor einem voreiligen Militärschlag ohne UNO-Mandat". Spindelegger erklärte, er könne eine Intervention "nicht befürworten". Beide Parteichefs forderten mehr Zeit für die UNO- Inspektoren, die derzeit in Syrien die jüngsten Giftgasvorwürfe prüfen sollen.
Ohne UNO- Mandat sei ein Militärschlag "illegal und nicht verantwortbar", hieß es vonseiten der Grünen, und auch die FPÖ hält ein Einschreiten ohne UN- Deckung für "problematisch". Ähnlich die Position beim Team Stronach: Ein Einschreiten ohne UNO- Mandat verstoße gegen internationales Recht, Österreich solle sich deshalb "heraushalten" und die "guten Beziehungen zum Nahen Osten der Ära Kreisky erhalten". Das BZÖ forderte zudem die Einberufung des Nationalen Sicherheitsrates, um die österreichische Position festzulegen.
http://www.krone.at/Nachrichten/Oesterreich_verweigert_NATO-Jets_Ueberflug-Syrien-Krieg-Story-373777



Kriegsverbrechen der USA seit 60 Jahren (Graphik):
http://www.topcriminaljusticedegrees.org/war/

Widersprüche in der US-Armee:
http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/09/01/historische-blamage-meuterei-der-us-militaers-zwang-obama-zum-rueckzug/

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro
Friedensbrief an Obama

»Stoppen Sie die in Gang gesetzte Kriegsmaschinerie gegen Syrien.«

1. September 2013

Ihre Exzellenz Barack Obama, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, im Namen des Volkes des Befreiers Simón Bolívar und des Comandante Hugo Chávez wende ich mich als entschlossener Kriegsgegner an Sie, um die Sache des Friedens zu verteidigen. Dieser Brief soll Sie zum Nachdenken über die ungerechte, unheilbringende und erschreckende Möglichkeit einer US-Militärintervention gegen das Volk Syriens aufrufen.

Präsident Obama, diese Zeilen haben keine andere Absicht als den Ruf der Völker für eine Welt des Friedens aufzugreifen, um uns in heutiger Weise als Schwestern und Brüder zu verständigen. Ich mache mir die schönen Worte des Befreiers Simón Bolívar vollständig zu eigen: *»Mein Hafen, mein Ruhm, meine Entschädigung, meine Hoffnung, mein Glück und alles, was auf dieser Welt wertvoll ist, wird der Frieden sein.«* Im selben Sinne geht es darum, dem Weg zu folgen, den uns Jesus von Nazareth in seiner schönen Predigt weist: *»Selig sind die Friedfertigen; denn sie werden Gottes Kinder heißen.«*

Beziehungen des Respekts

Nach dem wichtigen Treffen zwischen Staatssekretär John Kerry und unserem Außenminister Elías Jaua aus Anlaß der 43. Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten in der Stadt Antigua, Guatemala, habe ich erklärt: *»Es kann Beziehungen des Respekts mit der Regierung der Vereinigten Staaten geben, Beziehungen in den Grenzen der Gleichberechtigung. Unsere Differenzen können wir verarbeiten.«*
Es ist dieser selbe Geist, der mich heute dazu bringt, mich an Sie zu wenden, damit wir über die Differenzen hinweg unsere Anstrengungen vereinen, damit sich nie wieder solch zerstörerische Vorgänge wie die im Irak, in Afghanistan oder in Libyen wiederholen.
Insbesondere möchte ich die Stimme der Gefühle von Millionen und Abermillionen Menschen in unserem Amerika und überall auf der Welt sein, die über die sozialen Netzwerke und viele andere Medien ein Ende der Feindseligkeiten sowie keine Militärintervention ausländischer Mächte in der Syrischen Arabischen Republik fordern. Eine solche Militärintervention wäre verheerend für die gesamte Region des östlichen Mittelmeeres, in der sich die historischen Wege unserer Zivilisation begegnen.(…)

Am gestrigen Tag (31. August, Anm. jW) führte die Union Südamerikanischer Nationen (**UNASUR**) in Paramaribo, Republik Surinam, ihr VII. Gipfeltreffen durch. Der südamerikanische Block hat eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der Position zu Syrien bezogen wird. Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit auf dieses Dokument zu lenken, das die ausländischen Interventionen verurteilt, weil sie unvereinbar mit der Charta der Vereinten Nationen sind, und die Entwicklung interventionistischer Strategien jeder Art zurückweist. (http://www.presidencia.gub.uy/Comunicacion/comunicacionNoticias/unasur-comunicado-situacion-siria)



Ich möchte Sie an sich selbst erinnern, Präsident Obama. **Erinnern Sie sich, woher Sie kommen.** Erinnern Sie sich an Ihre afro-US-amerikanischen Wurzeln. Erinnern Sie sich an die leuchtenden Beispiele der Würde von Malcolm X und Martin Luther King, an denen Sie sich gebildet haben und die Sie dazu geführt haben, für ein besseres Schicksal zu kämpfen. Erinnern Sie sich an Ihre Herkunft: Denken Sie an jene junge Führungspersönlichkeit und sozialen Kämpfer aus Chicago. Erinnern Sie sich daran, daß Sie sich frontal gegen den Krieg gegen Irak gestellt und jeden Lügenmantel zurückgewiesen haben, mit dem dieser gerechtfertigt werden sollte.

Mehrheit der Völker

Überhören Sie nicht den Trommelwirbel des Gewissens, der aus diesen noch voll gültigen Worten von **Malcolm X** spricht: *»Und wenn die Völker dieser verschiedenen Regionen beginnen zu erkennen, daß ihre Probleme dieselben Probleme sind, und wenn wir 22 Millionen schwarzen Nordamerikaner sehen, daß unsere Probleme dieselben sind wie die Probleme der Völker, die in Südvietnam und im Kongo und in Lateinamerika unterdrückt werden – denn die Unterdrückten der Welt sind die Mehrheit und keine Minderheit –, dann werden wir uns unseren Problemen als eine Mehrheit stellen, die Forderungen erheben kann, und nicht als eine Minderheit, die betteln muß.«*

Inspiriert durch die Worte und den Geist des Bruders Malcolm möchte ich Ihnen eine feste Überzeugung übermitteln: Heute sind wir Millionen Männer und Frauen überall auf dem Planeten, die das Recht ausüben, Sie aufzufordern, endgültig die Möglichkeit eines kriegerischen Abenteuers gegen das edle Volk von Syrien auszuschließen.

Wie hat der großartige **John Lennon** gesungen: *»Alles, was wir sagen ist: Gib dem Frieden eine Chance!«*

»Weiß Obama, daß er auf der Seite von Al-Qaida kämpft?« lautet die Überschrift eines aufklärerischen Artikels von Robert Fisk, den The Independent kürzlich veröffentlicht hat.
Fisk schreibt: *»Es ist natürlich ironisch. Während die Amerikaner in Jemen und Pakistan Al-Qaida mit Drohnen töten – natürlich neben den üblichen Zivilisten –, werden sie in Syrien mit Hilfe der Herren Cameron, Hollande und der anderen kleine Generäle spielenden Politikern materielle Hilfe gewähren, um die Feinde von Al-Qaida zu schlagen. Tatsächlich können Sie Ihren letzten Dollar darauf wetten, daß zu den Zielen, die die Amerikaner in Syrien nicht attackieren werden, Al-Qaida oder die Nusra-Front gehören werden.«* Es ist ein Meer gefährlicher Widersprüche, in die sich die internationale Politik der USA verstrickt hat.

Präsident Obama, ich erlaube mir, Sie im Lichte von Fisks Reflexion voller Beklommenheit zu fragen: Werden Sie einen Krieg erklären und entfesseln, um die Machtergreifung von Al-Qaida in der Syrischen Arabischen Republik zu begünstigen?

Das syrische Volk muß seine Konflikte selbst unter dem heiligen, allen souveränen Nationen innewohnenden **Recht auf Selbstbestimmung** beilegen. Alle Söldnerkräfte, die so viel Tod und Zerstörung verursacht haben, müssen Syrien verlassen.

Wie es der Comandante **Chávez** formuliert hat: Es handelt sich um ein neues Armageddon. Unter der ernsthaften Gefahr eines permanenten Krieges ist auf der Welt niemand sicher. Ist das die Welt, die Sie wollen? **Eine Welt, in der Friedhofsruhe herrscht?**

In dieser Stunde weitreichender Entscheidungen fragen wir uns mit **Howard Zinn**: *»Sollten wir nicht alle bitten, für einen Moment aufzuhören mit dem übertriebenen Gerede und sich vorzustellen, was ein Krieg Menschen antut, Menschen, deren Gesichter wir nicht kennen, deren Namen nirgends erscheinen werden außer auf irgendeinem zukünftigen Kriegerdenkmal?«* Was auch immer wir für dauerhaften Frieden und die Stabilität irgendeiner Nation des Planeten tun werden, es wird niemals genug sein, denn das Wohlergehen eines Volkes erhebt uns, während uns sein Leiden in die schlimmste Unmenschlichkeit stürzt.

Ausgehend von der Friedensliebe, die das venezolanische Volk pflegt, weisen wir den Krieg zurück und **sagen nein zu den Bomben, nein zur Zerstörung und nein zum Tod**. Das ist unsere Hoffnung, dieselbe, die auch **Martin Luther King** beseelte, als er sagte: *»Wenn ich wüßte, das morgen die Welt in tausend Stücke zerbräche, ich würde noch heute einen Baum pflanzen.«* Wir wünschen diesem Baum, daß er in diesen angespannten und verhängnisvollen Stunden erblühen möge.

Ich hoffe, daß der Aufruf, den ich in diesem Brief an Sie gerichtet habe, Herr Präsident, nicht ins Leere gesprochen bleibt. Ich hoffe, daß Sie sich berichtigen und die Kriegsmaschinerie aufhalten, die Sie in Marsch gesetzt haben. Ich hoffe, daß Sie den Wirbel der Kriegstrommeln gegen Syrien aufhalten. Ich bete zu Gott, daß dies so sein wird.
Für den Frieden in Syrien und überall auf der Welt! Nein zum Krieg!

Quelle: http://www.radiomundial.com.ve/sites/default/files/images/CARTA%20AL%20PRESIDENTE%20OBAMA.pdf
Übersetzung: André Scheer
http://www.jungewelt.de/2013/09-03/005.php

Jan Kühn, amerika21: UNASUR gegen Kriegskurs in Syrien

02.09.2013 Paramaribo, Surinam.
Die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR, http://www.unasursg.org/) hat sich auf ihrem Gipfeltreffen in Surinam gegen eine völkerrechtswidrige Militärintervention in Syrien ausgesprochen. In einer gemeinsamen Erklärung drücken die Staatsoberhäupter der zwölf Mitgliedsländer ihre "extreme Besorgnis" über die Situation in Syrien aus und "verurteilen äußere Interventionen, die nicht in Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen stehen". Ebenso weisen sie die "Entwicklung jedweder Interventionsstrategien" zurück.
Medienberichten zufolge hatten vor allem Argentinien und Venezuela darauf hingewirkt, eine weitgehendere Resolution zu verabschieden und jegliche Militärintervention von außen in dem arabischen Land zu verurteilen. Unter anderem Brasilien habe sich jedoch dafür eingesetzt, das Völkerrecht als Voraussetzung zu nennen, wodurch Interventionen nach einem Sicherheitsratsbeschluss möglich wären.
Angesichts der Eskalation des Krieges in Syrien forderte der venezolanische Außenminister Elías Jaua, in Südamerika eine gemeinsame Verteidigungsdoktrin zu entwickeln, "um den Frieden dieser Region zu schützen". Südamerika müsse sich der Herausforderung stellen, "permanenten imperialistischen Bedrohungen" ausgesetzt zu sein, welche auf die Rohstoffe des Kontinents abzielten, sagte Jaua am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Paramaribo. Dass Lateinamerika heute eine Region großer politischer Stabilität ohne bewaffnete Konflikte zwischen den Ländern ist, sei "ein hohes Gut, dass wir schützen müssen".

Das UNASUR-Treffen in der surinamischen Hauptstadt ist das inzwischen siebte Gipfeltreffen der Regionalorganisation. Bei der Zusammenkunft ging die temporäre Präsidentschaft der Unasur von Peru auf Surinam über. Nach dem vorübergehenden Ausschluss Paraguays im Zuge des Putsches gegen Fernando Lugo im Juni 2012 wurde das Land wieder offiziell in die Organisation aufgenommen.
http://amerika21.de/2013/09/86417/unasur-syrien



Gehrcke, Wolfgang / Reymann, Christiane (Hg.):
Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

Das Buch skizziert Wege zu Verhandlungslösungen, zu einer Übergangsregierung und zu freien Wahlen. Und es entflechtet die politischen und sozialen Kräfte und Konstellationen, die in dieser Auseinandersetzung eine Rolle spielen. Namhafte syrische Regierungskritiker beleuchten aus eigener Erfahrung Aufgaben und Chancen gewaltfreier Opposition. Autorinnen und Autoren aus Ägypten, Libanon und Deutschland ordnen den Syrien-Konflikt in die Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens ein und untersuchen seinen Stellenwert in der Politik der USA, der Nato, Israels und der aufstrebenden Regionalmacht Türkei. Sie zeichnen die Haltung der Bundesregierung nach und fassen die Debatte in Deutschland und Europa zusammen. Ergänzt werden die Beiträge durch Schlüsseldokumente und ein Who is Who der syrischen Opposition.

Wolfgang Gehrcke, MdB DIE LINKE, Mitglied im Vorstand seiner Partei und ihr Obmann im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags / Christiane Reymann, Journalistin und Autorin, Politologin und Soziologin.

Hans von Sponeck, Ernesto Cardenal, Mairead Maguire, Norman Paech, Tariq Ali, Margherita Hack, Manolis Glezos, Annette Groth, Samir Amin, Cynthia McKinney, Immanuel Wallerstein, Etienne Balibar, Heike Hänsel, Walden Bello, Jean Ziegler, Richard Falk, Rolf Becker, Mireille Fanon Mendès-France, Jan Myrdal, Monty Schädel u.v.m.

International Peace Initiative for Syria

Für eine politische Lösung

– NEIN zu einer militärischen Intervention!

Mit dem jüngsten Einsatz von chemischen Waffen wird das Blutvergießen in Syrien zu einer echten humanitären Katastrophe. Wer auch immer die Täter dieses abscheulichen Verbrechens sind, sie tragen nicht nur die Verantwortung für das Gemetzel an unschuldigen Menschen in Goutha, sondern auch an Zehntausende zukünftigen Opfern - wenn die Welt nicht in der Lage ist, diesen Krieg zu stoppen.

Als wir, Vertreter verschiedener Sektoren der Zivilgesellschaft aus allen Kontinenten, die Initiative **www.peaceinsyria.org** unter dem Motto **JA ZUR DEMOKRATIE – NEIN ZU EINER MILITÄRISCHEN INTERVENTION** starteten, konnten wir nicht ahnen, dass dieser Konflikt nicht nur den nahen Osten erschüttern würde, sondern den Weltfrieden gefährden könnte. Im Angesicht der akuten Gefahr der offenen ausländischen militärischen Intervention auf beiden Seiten des Konflikts wollen wir an die internationale Öffentlichkeit appellieren ihren Einfluss auszuüben, um das Töten von Hunderten Menschen pro Tag und die schlimmste humanitäre Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg zu verhindern. Und wir wollen gegenüber den internationalen und den syrischen Akteure wiederholen, was wir seit einem Jahr sagen:
ES GIBT KEINE MILITÄRISCHE LÖSUNG FÜR DIESEN KONFLIKT:

- Da die sich gegenüberstehenden externen Kräfte viel stärker sind als jene syrischen, die sich einander auf dem Schlachtfeld begegnen ;
- Da die Zivilisten auf beiden Seiten des politischen Spektrums wegen der Bombardierungen, den Folterungen und den Massenhinrichtungen erschöpft sind;
- Da Millionen von Flüchtlingen und ihre Kinder Hunger und Krankheit ausgesetzt sind;
- Da die Zerstörung des menschlichen Körpers und Geists (abgesehen von Infrastruktur und Natur) die Grundlage für die menschliche Gesellschaft zerstört und eine Kultur des Hass und Rache und des religiösen Fanatismus schafft.

Angesichts all dieser Umstände fordern wir die internationale Gemeinschaft der Staaten dazu auf, den politischen Dialog zu fördern und an eine politische Lösung des syrischen Konflikts zu arbeiten.

Um die Möglichkeiten für eine solche politische Lösung auszuloten, organisiert die Plattform www.peaceinsyria.org eine **Friedenskonferenz für Syrien** in Österreich. Sie lädt die verschiedenen Sektoren der syrischen Zivilgesellschaft dazu ein an einem politischen Dialog teilzunehmen. Dieser Dialog wird von international renommierten Persönlichkeiten, die immer daran geglaubt haben, dass es keine Alternative zu einer politischen Lösung des Konflikts gibt, unterstützt.

Eine politische Lösung ohne ausländische militärische Intervention ist notwendig und möglich!
Wie rufen global zu Protestaktionen gegen den drohenden Angriff und für eine politische Lösung auf.

Wien, Athen , Paris, Rom , Mexico City, Managua , Buenos Aires, 26. August 2013

Quelle: http://www.peaceinsyria.org/downloads/CALL_FOR_A_POLITICAL_SOLUTION_de.pdf

Bericht dieser Initiative über eine Rundreise im Juni 2013 in Syrien:
http://www.peaceinsyria.org/downloads/peace%20in%20syria%20mission%20final%20statement%20june%202013%20de.pdf)

„GENF I“ (Juni 2012): Vetomächte des UN-Sicherheitsrates entwerfen "Übergangsregierung" für Syrien
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/actiongroup.html
Text des Abkommens: „Action Group for SyriaFinal Communiqué“ http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/genf.pdf

Auf tönernen Füßen - Wie die anstehenden Syrien-Friedensverhandlungen torpediert werden (27.5.2013)
http://www.imi-online.de/2013/05/27/auf-tonernen-fusen/

Streitfrage: **Wie kann eine Friedenslösung in Syrien aussehen?** (August 2013)
Im "neuen deutschland" debattieren Bahman Nirumand und Joachim Guillard
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/debatte2-neu.html

Joachim Guilliard

Westliche Umsturzpläne

Der Konflikt in Syrien ist im Kern kein Bürgerkrieg, sondern eine ausländische Intervention

Die drohenden NATO-Angriffe auf Syrien kommen nicht überraschend. Experten warnen schon lange davor, dass regierungsfeindliche Kräfte mit Hilfe ausländischer Geheimdienste versuchen werden, das Militärbündnis durch einen der syrischen Armee untergeschobenen Einsatz von Giftgas zum direkten Eingreifen zu bewegen beziehungsweise einen geeigneten Vorwand dafür zu liefern.
Erste mörderische Versuche gab es bereits im Dezember und März. Sie scheiterten nicht daran, dass UN-Experten zu dem Schluss kamen, dass die Giftstoffe sehr wahrscheinlich von »Gegnern des Regimes« eingesetzt wurden. Sie scheiterten daran, dass Washington zunächst weiter auf die Aufrüstung der Aufständischen setzte. Nachdem diese in den vergangenen Wochen aus strategisch wichtigen Gebieten verdrängt wurden und die syrischen Streitkräften weiter auf dem Vormarsch sind, scheint die US-Führung jetzt ein direktes Eingreifen für notwendig zu halten.
Der Versuch der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der Türkei und der Golfmonarchien die syrische Regierung, durch einen Stellvertreterkrieg in- und ausländischer Kämpfer zu stürzen, ist gescheitert. Offensichtlich hat das säkulare System, für das Präsident Baschar al-Assad steht, mehr Rückhalt als im Westen dargestellt wird. Auch wenn sich die meisten Syrer weitere demokratische und soziale Reformen wünschen, als zu Beginn der Proteste gewährt wurden, die Mehrheit der Bevölkerung steht hinter Assad oder lehnt zumindest seinen Sturz ab.
Solange die regierungsfeindlichen, überwiegend islamistischen Milizen ausreichend mit Nachschub an Geld, Waffen und Kämpfern versorgt werden und in der Türkei und Jordanien über ein sicheres Hinterland verfügen, kann die syrischen Armee sie nicht endgültig besiegen. Da sie zwangsläufig weite Gebiete den diversen, zum Teil rivalisierenden aufständische Kräften überlassen muss, droht das Land auseinanderzubrechen.



Der Konflikt in Syrien ist im Kern kein Bürgerkrieg, sondern eine ausländische Intervention mit der Absicht, den wichtigsten Verbündeten der Regionalmacht **Iran** auszuschalten. Von Beginn an wurden die im März 2011 einsetzenden Demonstrationen für demokratische Reformen von Anschlägen bewaffneter Gruppen begleitet, die eine Eskalation der Auseinandersetzungen herbeiführen wollten. Von Anfang an erhielten diese Militanten Unterstützung von außen. Das Ziel war der Sturz des syrischen Regimes – und das um jeden Preis.
Jeder Ansatz für eine politische Lösung wurde daher konsequent torpediert. Alle Verhandlungsversuche scheiterten, weil die Aufständischen und ihre ausländischen Förderer auf den Rücktritt der Regierung – d. h. auf ihre Kapitulation – als Vorbedingung für Gespräche bestanden. Jede vereinbarte Feuerpause wurde unterlaufen, indem immer größere Kontingente an Waffen und Kämpfer ins Land geschleust wurden.

Der einzige Weg zur Beendigung des Krieges liegt nach wie vor in Verhandlungen unter Beteiligung aller relevanten syrischen Kräfte.
Um zu einer Lösung zu kommen, muss die Regierung die veränderten Realitäten wie zum Beispiel den erreichten Grad an Autonomie der Kurdenregion akzeptieren, während die oppositionellen Gruppen, die an einem Ende der Kämpfe interessiert sind, hinnehmen müssen, dass sie nur eine Minderheit vertreten und eine Stabilisierung des Landes ohne die amtierende Regierung nicht möglich ist.

Frieden kann es jedoch erst geben, wenn die NATO-Mächte und ihre arabischen Verbündeten die Umsturzbemühungen einstellen. Vor allem müssen die militärische und politische Unterstützung der regierungsfeindlichen Milizen beendet, deren Basen in der Türkei geschlossen und die britischen, französischen und US-amerikanischen Spezialeinheiten aus der Region abgezogen werden.

Die Aussichten dafür sind indes trübe, die Entwicklung geht in Richtung einer weiteren Eskalation.
Die Syrer können dem nur entgegenwirken, indem sie durch eine Isolierung der auf einen Umsturz zielenden Kräfte der Intervention von außen jegliche Legitimationsmöglichkeit nehmen.
Um sie zu stoppen ist jedoch eine breite Bewegung in der westlichen Öffentlichkeit gegen die Kriegspolitik der NATO erforderlich. Dazu müssen Friedensbewegung und Linke endlich – unabhängig von den unterschiedlichen Einschätzung der innersyrischen Verhältnisse – erstens die äußere Aggression gegen das Land am Mittelmeer als solche benennen und zweitens deren Beendigung zu ihrem Hauptziel machen.

Quelle: https://www.neues-deutschland.de/artikel/831819.westliche-umsturzplaene.html

Alex Rosen (IPPNW)

Deutschland profitiert vom Blutvergießen

Rede am Brandenburger Tor, 1. September 2013

Liebe FreundInnen und Freunde, liebe Friedensbewegte,

Warum sind wir heute hier?
Heute, am 1. September, dem Weltfriedenstag, gedenken wir in Deutschland dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Mit Lügen und fingierten Beweisen eines vermeintlichen polnischen Angriffs begründet, brachte dieser Krieg unbeschreibliches Leid und Zerstörung über unseren Kontinent. Seit mehr als 50 Jahren bekennen wir uns an diesem Tag zu dem Credo: "Nie wieder Krieg"

Heute, am 1. September, stehen wir nun hier, um den Opfern des syrischen Bürgerkrieges zu gedenken und von unserer Regierung zu fordern, sich militärisch aus dem Syrienkonflikt zurückzuziehen.

In **Artikel 26 unseres Grundgesetzes** steht: *"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."*

Die **Bundesregierung** vermittelt gerne den Eindruck, als würde sie sich aus dem Syrienkonflikt militärisch heraushalten. Doch die Realität ist eine andere: Bereits jetzt sind im Süden der Türkei deutsche **Patriot-Raketen** stationiert; bereits jetzt sammelt das deutsche **Spionageboot /Oker/** von der syrischen Mittelmeerküste aus Informationen, die für Angriffe auf Syrien dienen können. Gleichzeitig sieht sich die Bundesregierung vertraglich dazu verpflichtet, im Fall eines Angriffs auf Syrien, den USA die **Luftwaffenstützpunkte** in Deutschland für den Transport von Rüstungsnachschub zur Verfügung zu stellen.

Unser Nachbar **Österreich** hat, wie schon während des Irakkriegs, den USA im Falle eines völkerrechtswidrigen Angriffs, jegliche Überflugsrechte verweigert. Ein solches konsequentes Handeln fordern wir auch von unserer Regierung: **Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen!**

Bei dem Konflikt in Syrien handelt es sich um einen blutigen Bürgerkrieg, der von politischen, sozialen und religiösen Differenzen überlagert wird. Gleichzeitig findet hier ein Stellvertreterkrieg statt, an dem sich neben der Regionalmächte Türkei, Saudi Arabien und Iran seit langem auch Russland und der Westen aktiv beteiligen. In bester Kalter-Kriegs-Manier werden in Syrien langjährige internationale Konflikte auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen.

Vor allem wir als Ärztinnen und Ärzte kennen das Leid der Betroffenen. Wir sind diejenigen, die die Flüchtlinge hier in Deutschland behandeln, die traumatisiert und vom Krieg gezeichnet zu uns kommen. Mir als Kinderarzt liegt dabei vor allem am Herzen, an das Schicksal der Kinder zu erinnern, die unter diesem Konflikt am meisten leiden. Nein - es gibt bei einem solchen Konflikt keine Sieger -- nur Verlieren.

Doch halt -- einige wenige sind **Nutznießer dieses Krieges**. Sie sitzen in den Chefetagen der möchtigen Waffenindustrie. Auch Deutschland ist als **drittgrößter Waffenexporteur** der Welt direkt an der Eskalation des Konflikts in den letzten Jahren beteiligt und profitiert in perfider Form von dem anhaltenden Blutvergießen.

Sturmgewehre von Heckler& Koch sind fester Bestandteil des Bürgerkriegsalltags - auf allen Seiten. Ja ja, der Tod ist auch weiterhin ein Meister aus Deutschland. Die maßgeblich in den Konflikt involvierten Ölmonarchien Saudi Arabien und Katar werden großzügig mit deutschem Kriegsgerät versorgt -- mit freundlicher Unterstützung der Regierung Merkel.

Krieg und Gewalt als Wirtschaftsmodell - man sollte meinen, dass sich Deutschland nach dem Horror des Zweite Welkriegs von diesem Unwesen verabschiedet hätte.
Nein! Es gibt keine Rechtfertigungen für die deutschen Waffenexporte in die Krisenregion oder gar für bewaffnete Interventionen ausländischer Kräfte in den syrischen Bürgerkrieg.

Der schreckliche und verachtenswerte Einsatz von **Giftgas muss aufgeklärt und völkerrechtlich geahndet werden.** Die Verantwortlichen müssen vor einem Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.
Wir lehnen Gewalt als Mittel der Politik ab. Militärische Maßnahmen können weder die Lage der Menschen verbessern noch verletzte Menschenrechte wiederherstellen.
Unsere Solidarität darf einzig und allein der Zivilbevölkerung in Syrien gelten und kann nicht Verbündeten dienen, die derzeit dabei sind, einen völkerrechtswidrigen Militärschlag vorzubereiten.

In diesem blutigen Konflikt kann es nur eine politische Lösung geben.
Alle am Konflikt beteiligten Parteien, auch Russland, der Iran, Saudi Arabien und Katar, müssen ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch kommen.
Ein Waffenstillstand und eine Demilitarisierung des Konflikts muss von den kriegstreibenden Kräften aus dem Ausland mitgetragen werden. Hierfür lohnt es sich zu kämpfen -- auf dem diplomatischen Parkett!

Frieden ist möglich. Man muss ihn nur wollen!
Vielen Dank...



Artikel in Tlaxcala veröffentlicht: http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=10460

IPPNW: Keine Militärintervention in Syrien!
http://www.ippnw.de/startseite/artikel/dfbe7a700f/keine-militaerintervention-in-syrien.html)

Weitere Stellungnahmen

pax christi-Vizepräsidentin Wiltrud Rösch-Metzler
Offener Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(…) Erklären Sie deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland sich, auch im Rahmen des NATO-Bündnisses, nicht an einem Angriff gegen das Assad-Regime beteiligen wird und einen solchen auch nicht gutheißt.
Setzen Sie sich dafür ein, dass die zu einem Angriff entschlossenen Regierungen der Staatengemeinschaft ihre Absicht aufgeben und alle Angriffsdrohungen eingestellt werden.
Stellen Sie klar, dass von amerikanischen oder NATO-Militärbasen auf deutschem Boden kein Angriffskrieg geführt werden darf.
Arbeiten Sie mit diplomatischen Mitteln auf einen Waffenstillstand hin und bereiten Sie weiter den Boden für die in Genf geplanten Verhandlungen.
Öffnen Sie die Politik für die Unterstützung von gewaltfreien Bewegungen.

Vollständiger Text: http://www.paxchristi.de/news/kurzmeldungen/one.news.km/index.html?entry=page.news.km.965

Martin Glasenapp, medico international
Die Wahrheit ist politisiert - Waffen werden den Syrienkonflikt nicht lösen

28.8.2013
Die schrecklichen Bilder aus Damaskus haben uns verstört und betroffen gemacht, auch wenn dies ein Wort ist, das sich im syrischen Kontext schon längst abgenutzt hat. Die schrecklichen Zahlen sind bekannt: zwei Millionen Flüchtlinge im benachbarten Ausland, mindestens vier Millionen Binnenvertriebene, dazu mindestens 100.000 Tote. (…) Man kann nur hoffen, dass die UN-Inspekteure tatsächlich die Zeit bekommen zu ermitteln, welches Giftgas dort zum Einsatz kam. Denn erst dann läßt sich tatsächlich schlussfolgern, wer dieses abscheuliche Verbrechen zu verantworten hat.
Doch offenbar wird diese Zeit nicht mehr eingeräumt, denn die Wahrheit ist bereits politisiert. Und wer nun behaupten wird die Wahrheit herausgefunden zu haben, wie immer sie aktuell auch sein mag, wird von der „anderen Seite“ der Lüge bezichtigt werden. Denn die Diskussionen um die „richtige“ Reaktion kreisen nur noch um die Frage des Zeitpunkts und des Ausmaßes, wie in Syrien militärisch interveniert wird. Eine exemplarische „Bestrafungsaktion“ oder doch eine längerfristige Bombardierung?

Aber was heißt das für die syrische Bevölkerung? Was haben diejenigen davon, die sich vor den Todesschwadronen des syrischen Regimes fürchten und was bedeutet es für all jene, die sich vor den Rebellen und den immer stärker werdenden dschihadistischen Kämpfern ängstigen? Wird irgendjemand nach den kommenden Angriffen sicherer leben? Gibt es dadurch eine Perspektive auf ein freies Syrien ohne Despotie und klerikalen Terror? Nein, die syrische Tragödie ist kein Einakter und kann nicht mit Cruise Missiles, sondern tatsächlich nur politisch gelöst werden.

Das klingt banal, bleibt aber dennoch richtig. Dafür aber müssen alle politischen Akteure im Land selbst und alle "regionalen Interessensmächte" einbezogen werden – auch der neue iranische Präsident Hasan Rohani, der ebenfalls den Giftgasangriff scharf verurteilt hat.

Dass die USA aber diese Gespräche bislang konsequent abgelehnt haben und nun stattdessen eine militärische Bestrafungsaktion vorziehen, macht erneut deutlich, dass es in Syrien eben um mehr geht, als nur um die humanitären Belange der Syrerinnen und Syrer. Es geht eben auch um Geostrategie, Einflusszonen und Machtkonstellationen. Der Iran muss offenbar in jedem Fall isoliert bleiben und dafür wird letztlich auch die syrische Bevölkerung ihren Tribut entrichten.
Auch das ist westliche Weltpolitik.

http://www.medico.de/blogs/medico-hausblog/2013/08/28/413/



Weitere Dokumente

Brief von Konstantin Wecker an Obama (30.8.2013) :
http://www.wecker.de/tagebuch.php?ide=347

Informationsstelle Militarisierung http://www.imi-online.de/category/regionen/mittlerer-osten/syrien/

Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg von attac de: http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/aufrufe/

Friedenskooperative Bonn: http://www.friedenskooperative.de/ ,

Friedensratschlag Kassel: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/Welcome.html

Neue Rheinische Zeitung, http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=18&ressort_menu=Krieg%20und%20Frieden

Zeitung gegen den Krieg: http://www.zeitung-gegen-den-krieg.de/

Iran: Putsch gegen Mossadegh vor 60 Jahren

CIA bekennt sich zum Umsturz 1953 im Iran

Ein Putsch für die Ölindustrie

Jahrzehntelang hat die CIA geleugnet, 1953 den iranischen Ministerpräsidenten Mossadeq gestürzt zu haben. Nun wurden Dokumente veröffentlicht die beweisen: Die CIA war damals die treibende Kraft. Beim Putsch ging es vor allem um die Ölquellen Irans.

Von Silke Hasselmann, MDR-Hörfunkstudio Washington

Quelle:
http://www.tagesschau.de/ausland/cia-iran100.html

CIA admits role in 1953 Iranian coup: Declassified documents describe in detail how US – with British help – engineered coup against Mohammad Mosaddeq, http://www.theguardian.com/world/2013/aug/19/cia-admits-role-1953-iranian-coup

Großbritannien und die USA sichern sich die Ölquellen – notfalls mit Putsch

1901 hatten die persische Regierung einem britischen Unternehmer ein Exklusivrecht auf alle Vorkommen im Land gewährt. 1913 übernahm die britische Regierung 51 Prozent der Konzession und damit die Kontrolle bei der AIOC, das schnell zum profitabelsten britischen Unternehmen weltweit aufstieg.
Der Schah hatte 1933 eine höhere Gewinnbeteiligung für den Iran ausgehandelt, die bis 1961 gültige Konzession aber um 32 Jahre verlängert. Der von Mohammad Mossadegh geführten Nationalen Front (NF) reichte das nicht. Schließlich flossen nach wie vor 80 Prozent der Gewinne in die Tasche der AIOC. Die Idee, die Firma zu enteignen, wurde populärer. (…)

1951 verabschiedete das Parlament das von der NF eingebrachte Gesetz zur Verstaatlichung der AIOC. Die Machtdemonstration der NF auf der Straße und im Parlament zwang den Schah, am 29. April 1951 Mossadegh zum Regierungschef zu ernennen.
Großbritannien schaltete den UN-Sicherheitsrat ein und ließ seinen Abgesandten verkünden, das Öl unter Irans Boden sei »eindeutig Eigentum der AIOC«. Es kam zu keiner Resolution, auch weil US-Präsident Harry Truman Verhandlungen vorzog. London gab nicht nach, verhängte über den Iran ein Wirtschaftsembargo und eine Seeblockade. 1952 beschlagnahmte die britische Marine einen iranischen Tanker mit der Begründung, dieser habe gestohlenes Eigentum geladen. Daraufhin kündigten mehrere Staaten ihre Öllieferverträge mit dem Iran, was dem Land wirtschaftlich stark zusetzte. London versuchte derweil mit verdeckten Mitteln, weiter gegen Mossadegh zu intrigieren. Die Umtriebe des britischen Geheimdienstes flogen jedoch auf; Mossadegh ließ die britische Botschaft in Teheran schließen und das Personal ausweisen.

US-Engagement zum Sturz Mossadeghs

Der Machtwechsel im Weißen Haus 1953 kam dem britischen Premier Winston Churchill gerade recht. Der neue US-Präsident, Dwight D. Eisenhower, gab rasch sein Einverständnis, gegen Mossadegh vorzugehen. Die CIA schickte Kermit Roosevelt, einen Enkel des ehemaligen Präsidenten Theodore Roosevelts, nach Teheran. Von der US-Botschaft aus operierend, reaktivierte dieser die von den Briten geknüpften Kontakte, erweiterte diese und schmiedete ein Bündnis gegen Mossadegh. (...)

Am 13. August unterzeichnete der Schah das Dekret zur Entlassung Mossadeghs und ernannte General Fazlollah Zahedi zum neuen Premier. Doch der Putsch schlug fehl. Mossadegh wurde gewarnt und verkündete im Radio, der Umsturzversuch des Monarchen sei vereitelt worden. Der Schah floh daraufhin nach Bagdad. Roosevelt hingegen blieb in Teheran und zettelte vier Tage später den nächsten Staatsstreich an. Erneut rief Kaschani zu Protesten für den Schah auf, es kam zu Ausschreitungen zwischen Anhängern und Gegnern Mossadeghs. Roosevelt schickte bezahlte Schläger auf die Straße, die vorgaben, Tudeh und Mossadegh zu unterstützen. Sie sollten Passanten verprügeln, randalieren und auf Moscheen schießen, was sie auch taten. Das geplante Chaos war perfekt, Teheran versank in Gewalt.
Am 19. August besetzten putschende Offiziere Radio Teheran, und Zahedi erklärte sich zum »rechtmäßigen Premierminister«. Mossadegh wurde verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt. Bis 1956 blieb er in Haft, anschließend stand er bis zu seinem Tod 1967 unter Hausarrest.

Öl wieder in privater Hand

1954 wurde der iranische Erdölsektor neu geordnet. Die AIOC wurde umbenannt in British Petroleum (BP) und bekam 40 Prozent der Förderrechte zugesprochen. Fünf US-Unternehmen teilten sich weitere 40 und Royal Dutch Shell und ein französischer Erdölkonzern die verbleibenden 20 Prozent der Konzession. Die Gewinnmargen für den Iran wurden erhöht, kontrolliert wurde Irans Erdölsektor fortan in London und Washington.

Auszüge eines Artikels in der Jungewelt, http://www.jungewelt.de/2013/08-10/014.php



DGB Bundesvorstand zum Antikriegstag, 1. September 2013
Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Seit 1957 erinnert der DGB an die Schrecken des 1. und 2. Weltkriegs. Am 1. September machen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften deutlich: die deutschen Gewerkschaften stehen für Frieden, Demokratie und Freiheit. Für uns gilt: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg heißt für uns: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von militärischen Interventionen, die nicht von einem UN-Mandat gedeckt sind, zu unterlassen oder zu beenden. Die Bundeswehr soll vollständig aus Afghanistan abgezogen werden.

Nie wieder Krieg heißt für uns: Es darf keinen neuen Militarismus geben. Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee und dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform verpflichtet. Daran darf sich nichts ändern. Sie hat im Innern – mit Ausnahme humanitärer Katastrophenhilfe – nichts zu suchen. Wir fordern die Bundeswehr auf, ihre Werbung in Schulen sofort zu beenden.

Nie wieder Krieg heißt für uns: Zivile Produktion statt Rüstungsexporte.
Unsere Grundsatzposition lautet: Keine Rüstungsgüter in Krisengebiete, keine Exporte in Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden. Der DGB ist entschieden dagegen, dass die bisherigen Exportstandards gesenkt oder aufgeweicht werden.
Das gilt insbesondere für Rüstungslieferungen in den Nahen Osten. Die Aufrüstung von Bürgerkriegsparteien durch einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union verschärft die vielschichtigen Probleme in der Region. Sie können nur mit friedlichen Mitteln bei Einhaltung des Völkerrechtes und Achtung der Menschenrechte bewältigt werden. Kriege gegen die eigene Bevölkerung müssen vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt werden.

Wir begrüßen das neue Abkommen der Vereinten Nationen zum Waffenhandel, auch wenn wir um seine vielen Schwächen wissen. Die existierenden nationalen oder regionalen Rüstungsexportkontrollen sind lückenhaft. Ein wirksames internationales Abkommen zur Waffenkontrolle muss daher eine nachvollziehbare Prüfung vor der Exportgenehmigung und eine effektive Endverbleibkontrolle vorsehen.



Wir stehen unverändert zur Konversion von militärischer Produktion und militärischem Know-how. Sie müssen in zivile Güter umgewandelt werden. Betroffene Unternehmen und Zulieferer müssen ihre Produktpalette diversifizieren, den Anteil an zivilen Produkten ausbauen. Dieser Prozess ist nicht einfach und er wird längere Zeit brauchen, doch wir unterstützen ihn mit Nachdruck.

Nie wieder Krieg heißt für uns: eine Welt ohne Atom- und andere Massenvernichtungswaffen! Den Einsatz von chemischen Waffen lehnen wir strikt ab. Das Drohen mit dem Einsatz nuklearer Waffen oder ihrer Entwicklung erfüllt uns mit Sorge. Es gibt keine guten Hände, in denen Atomwaffen sein können.

Nie wieder Krieg heißt für uns: mögliche Ursachen von Konflikten und Kriegen zu beseitigen. Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu senken.

Wir treten für Frieden und sozialen Fortschritt ein. Die ungelöste Krise in Europa kann für beides zur Gefahr werden. Wir bekennen uns zum einzigartigen europäischen Friedensprojekt und auch zum Euro. Doch für eine gute Zukunft Europas braucht es dringend einen Politikwechsel für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Spaltung wird mit immer neuen Sparorgien immer weiter vertieft! Insbesondere die dramatische Jugendarbeitslosigkeit ist eine schwere Hypothek für Europas Zukunft. Ohne die Jugend hat Europa keine Perspektive! Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm, einen Marshall-Plan für Europa.

Nie wieder Faschismus heißt für uns:
Unsere Geschichte verpflichtet uns zum entschiedenen Widerstand gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Nazis haben nirgendwo etwas zu suchen. Deshalb bieten wir ihnen überall die Stirn. Und deshalb wollen wir in Deutschland das Verbot der NPD.



Aktion Aufschrei
http://www.aufschrei-waffenhandel.de/

Die deutschen Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen auch Diktaturen und autoritäre Regime, die die Menschenrechte mit Füßen treten.
Selbst wenn die Waffen und Rüstungsgüter nicht eingesetzt werden, sind finanzielle Mittel gebunden, die damit für Bildung und Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung stehen.
Wir wollen dem Export von Terror und Gewalt made in Germany ein Ende setzen. Unterstützen auch Sie mit Ihrer Unterschrift die Kampagne für einen Stopp des Waffenhandels!

Rüstung tötet schon im Frieden! Für zivile Produktion

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, der bundesweite Arbeitskreis Rüstungskonversion hat auf seiner Beratung am 29. Juni in Dortmund u.a. seine Arbeitsplattform noch mal beraten und so beschlossen. (Text nachfolgend).

Am 19. Oktober, 11:00 bis 17:00 Uhr plant der AK einen Ratschlag zur Rüstungskonversion in Kassel.

Eine detaillierte Einladung erfolgt rechtzeitig. Interessierte bitte den Termin vormerken.

„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzten. Ein Zehntel der Energien, die die kriegführenden Nationen im Weltkrieg verbraucht, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern."
Albert Einstein, Für einen militanten Pazifismus, 1931.

Zum Arbeitskreis Rüstungskonversion haben sich Menschen zusammen gefunden, die gegen Rüstungsforschung, gegen die Verbreitung von militärischen Materialien, gegen jede Produktion von Rüstungsgütern wirken und sich als Teil der Friedensbewegung begreifen.

Wir wollen die in den 1980ziger Jahren schon einmal breit diskutierte Frage einer Rüstungskonversion, also der Umwandlung militärischer in zivile, gesellschaftlich nützliche Fertigung, wieder aufgreifen: Ohne Rüstung kein Krieg!

Solidarisch lässt sich erreichen, dass bei der Konversion alle Beschäftigte in der Rüstungsindustrie einen sozialverträglich zivilen Arbeitsplatz erhalten. Weder ist der Staat zwangsläufig abhängig von den Rüstungskonzernen, noch sichert Rüstung Arbeitsplätze.

Derzeit gibt es mit der Standortkonversion von geschlossenen Standorten der Bundeswehr, mit dem Ringen um eine Zivilklausel für Friedens- statt Rüstungsforschung an den Universitäten, mit der Initiative „Schule ohne Bundeswehr", mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel", mit dem Netzwerk: „Keine Kampfdrohnen" schon viel Bewegung gegen die Rüstungspolitik in Deutschland.

Der bundesweite AK Rüstungskonversion knüpft an diese Bewegungen an und wirft die generelle Frage von Rüstungsproduktion mit folgenden, sicher noch unvollständigen Fragen, auf:

- Ist es nicht eine Verschwendung von Wissen, Arbeitskraft und Möglichkeiten, wenn menschliches Denken und Tun nicht dem Leben sondern der Zerstörung, dem Tod dient? Wenn Menschen sich dafür verwenden lassen, Zerstörungsmaterial statt lebenswichtige zivile Güter herzustellen, oder sich ausbilden lassen, um andere Menschen umzubringen?
- Kann und darf es sich überhaupt eine Volkswirtschaft leisten, seltene, überlebenswichtige Rohstoffe für die Produktion von Kriegsmaterial zu verschwenden?
- Kann und darf es sich eine Regierung erlauben, Steuergelder statt für zivile, soziale und friedenspolitische Ziele, für teure, unproduktive, nur den Rüstungskonzernen Profite bringende Zwecke auszugeben?
- Arbeit ist genug da und alles wäre bezahlbar wenn die Mittel richtig verwendet und eingesetzt würden. Bei gleichen Summen sind im zivilen Bereich bedeutend mehr Arbeitsplätze zu schaffen als in der Rüstungsindustrie. Die zum größten Teil hochqualifizierten Rüstungsarbeiter wären in der zivilen Produktion ohne Probleme zu vermitteln.

Wir wollen durch Aufklärung dieser Fragen betriebliche und gewerkschaftliche Konversions-Aktivitäten hervorbringen und unterstützen, die es sich zum Ziel setzen, Rüstungsproduktion durch zivile Entwicklung und Produktion zu ersetzen. Denn: Rüstung und Krieg sind ein Verbrechen an der Menschheit. Unsere Forderung ist und bleibt: Keine Hand für Rüstung und Krieg! Alles für Frieden und Zukunft! Wir opponieren gegen jede Regierung, die Steuergelder für Rüstungsprodukte verwendet, die Rüstungsmaterial exportiert, die Kriegseinsätze beschließt.

Wir werden in dieser Arbeitsgemeinschaft diskutieren und entwickeln, wie Frieden und eine menschenwürdige Welt zu verwirklichen sind und welche politischen Kämpfe dafür erforderlich sind, die Rüstungsindustrie abzuwickeln und in zivile Produktion umzuwandeln.

Wer auch immer uns bei diesen wie auch vielen weiteren Fragen unterstützen will ist herzlich willkommen.

http://www.ruestungskonversion.de/

S. auch: http://www.einemann.de/Stichworte/Ruestungskonversion.html
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/export/Welcome.html
Gruppe in Jena: http://www.jenapolis.de/2013/06/traegerkreis-ruestungskonversion-tritt-heute-an-die-oeffentlichkeit/

Whistleblowerpreis 2013 für Edward Snowden

Berlin, 24.07.2013
Der diesjährige Whistleblowerpreis geht an den US-Amerikaner Edward J. Snowden. Er hat als Insider die massenhafte und verdachtsunabhängige Ausforschung und Speicherung von Kommunikationsdaten durch westliche Geheimdienste öffentlich gemacht. Mit dem Whistleblowerpreis werden Personen ausgezeichnet, die im öffentlichen Interesse schwerwiegende Missstände und gefährliche Entwicklungen für Mensch und Gesellschaft, Demokratie, Frieden und Umwelt aufdecken.

Der Whistleblowerpreis wird seit 1999 alle zwei Jahre von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.) und der deutschen Sektion von IALANA International Association of Lawyers Against Nuclear Arms verliehen. Das Preisgeld beträgt 3.000 Euro. (…) Erstmalig beteiligt sich in diesem Jahr die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland e.V. an der Preisverleihung.

Die Enthüllungen von Edward J. Snowden machen es nach Ansicht der Jury möglich und unausweichlich, die Fakten -und Beweislage intensiv zu klären und auf gesicherter Tatsachengrundlage dann zu prüfen, ob und in welcher Hinsicht das durch Snowden aufgedeckte Vorgehen in- und ausländischer geheimdienstlicher Stellen geltendes Recht verletzt hat.

In Deutschland sind nach jetzigem Kenntnisstand insbesondere der Art. 10 GG als Grundrecht auf Abwehr hoheitlicher Eingriffe und staatlichen Schutz verletzt sowie das G10-Gesetz (Anspruch auf Einhaltung der dort normierten Eingriffsvoraussetzungen).

Edward Snowden hat mit der Weitergabe der Informationen trotz Kenntnis der aktuellen strafrechtlichen Verfolgung von Whistleblowern im Sicherheitsbereich schwerwiegende Nachteile für sich persönlich in Kauf genommen.
Hartmut Grassl von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler: *„Eine offene Gesellschaft braucht Zivilcourage und mutige Menschen wie Edward Snowden, damit Missstände aufgedeckt und unterbunden werden.“*
Otto Jäckel, Vorsitzender der Deutschen Sektion von IALANA: *"Wer könnte berufener sein, dem bedrängten US-Bürger Asyl vor staatlicher politischer Verfolgung durch sein Heimatland, zumindest einen sicheren Aufenthaltsort anzubieten als Deutschland, das von den NSA-Ausspähaktionen offenbar besonders betroffen ist! Aber auch die EU insgesamt ist gefordert. Edward Snowden hat mit seinem Whistleblowing Deutschland und den anderen EU-Mitgliedsstaaten einen großen Dienst erwiesen. Deshalb sollten wir darum wetteifern, ihn aufzunehmen: Aus Überzeugung, aber auch aus Dankbarkeit."*
Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland: *„Wir sind es Edward Snowden schuldig, dass seine mutigen Taten Konsequenzen haben. Die internationalen Verträge, welche die Souveränität Deutschlands einschränken, müssen geändert werden. Großbritannien als Mitgliedstaat der Europäischen Union muss in Brüssel sehr klar darlegen, wie es zu den Grundrechten der EU-Bürger steht. Darüber hinaus brauchen wir in Deutschland endlich ausreichenden Whistleblowerschutz durch entsprechende rechtliche Regelungen.“* (...)

http://www.vdw-ev.de/images/stories/vdwdokumente/whistleblower/36PM_Whistleblowerpreis_13-07-27.pdf
http://www.ialana.de/arbeitsfelder/whistleblowing/whistleblower-preis/whistleblowerpreis-2013

Dankesrede von Edward J. SNOWDEN, 30.08.2013

Es ist eine große Ehre, für das öffentliche Gut, das durch meinen Akt des Whistleblowings entstanden ist, gewürdigt zu werden.
Aber die größere Anerkennung gebührt den Menschen und Organisationen in zahllosen Ländern auf der ganzen Welt, die Grenzen der Sprache und Geographie überwunden haben, um gemeinsam das Recht auf Information und Wissen und den Wert der Privatsphäre zu verteidigen.
Nicht ich allein bin es, der von dem machtvollen Wandel hin zur Aufhebung grundlegender verfassungsmäßiger Rechte durch die Geheimdienste betroffen ist – es ist die Allgemeinheit.
Nicht ich bin es, sondern Zeitungen auf der ganzen Welt, die protestieren und von den Regierungen Rechenschaft verlangen, während mächtige Behördenvertreter versuchen, von genau diesen Themen mit Gerüchten und Beleidigungen abzulenken. Nicht ich bin es, aber bestimmte mutige Verantwortliche in Regierungen weltweit, die nun neuen Schutz, neue Grenzen und neue Sicherheiten vorschlagen, mit denen zukünftige Übergriffe auf unsere Rechte und unser Privatleben verhindert werden können.

Meine Dankbarkeit gilt all denen, die ihre Freunde und ihre Familie angesprochen haben, um ihnen zu erklären, warum verdachtsunabhängige Überwachung ein Problem ist. Sie gilt dem maskierten Mann auf der Straße an einem heißen Tag und der Frau mit einem Schild und einem Schirm im Regen. Sie gilt den Studenten mit Stickern für Freiheitsrechte auf ihren Laptops, und dem Jungen hinten im Klassenraum, der Internet-Memes erfindet. Alle diese Menschen erkennen, dass Veränderung mit einer einzigen Stimme beginnt, und sie alle überbrachten der Welt eine Botschaft: Regierungen müssen für ihre Entscheidungen Rechenschaft ablegen. Entscheidungen darüber, wie die Welt aussehen wird, in der wir leben. Die Entscheidung, welche Rechte und Freiheiten die Menschen haben, muss öffentlich gefällt werden, und nicht von den Regierungen im Geheimen.

Gleichwohl ist meine Freude über den Whistleblower-Preis gedämpft durch das Bewusstsein dafür, was uns heute hierher gebracht hat. Das heutige Amerika hat mit der Kombination aus schwachem rechtlichen Schutz für Whistleblower, schlechten Gesetzen, die keinen Schutz des öffentlichen Interesses vorsehen, und einer Immunitätsdoktrin für Amtspersonen, die sich weit über die Grenzen des Rechts hinaus verirren, das Anreizsystem pervertiert, das Geheimnisse in Regierungen regelt. Dies führt dazu, dass wir einen ungerechtfertigt hohen Preis für die Erhaltung des notwendigen Fundaments unserer freiheitlichen Demokratie zahlen – unserer informierten Öffentlichkeit. Denn die Wahrheit über die Mächtigen auszusprechen, hat Whistleblower ihre Freiheit, ihre Familie oder ihr Land gekostet.

Diese Situation steht weder Amerika noch der Welt gut zu Gesicht. Es verlangt keine besondere Einsicht, um zu verstehen, dass eine Politik, die notwendige Warnungen mit der Bedrohung der nationalen Sicherheit gleichsetzt, unausweichlich zu Ignoranz und Unsicherheit führt. Die Gesellschaft, die in jene Falle geht, die als "Bestrafung des Überbringens schlechter Nachrichten" bekannt ist, wird schnell merken, dass es nicht nur keine Überbringer mehr gibt, sondern

dass es überhaupt keine Nachrichten mehr gibt. Es ist richtig, die Weisheit dieser Politik zu hinterfragen und die nicht beabsichtigten Anreize, die von ihr herrühren. Wenn die Strafe dafür, in böser Absicht einer ausländischen Regierung geheime Informationen zu verraten, geringer ausfällt als die Strafe dafür, in guter Absicht die Öffentlichkeit zu informieren, schaffen wir dann nicht eher Anreize für Spione als für Whistleblower? Was bedeutet es für die Öffentlichkeit, wenn wir die Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus gegen jene anwenden, die sich journalistisch betätigen? Können wir von einer offenen Gesellschaft sprechen, wenn wir Einschüchterung und Rache höher bewerten als Tatsachenprüfungen und Recherchen? Wo ziehen wir die Linie zwischen nationaler Sicherheit und öffentlichem Interesse, und wie können wir dieser Balance vertrauen, wenn alle, die an ihrer Überprüfung beteiligt sind, aus den Reihen der Regierung kommen?

Fragen wie diese können nur durch eine gründliche Diskussion beantwortet werden, so wie wir sie heute erleben. Wir dürfen niemals vergessen, was uns die Geschichte über zu weit gehende Überwachung lehrt, noch dürfen wir unsere Macht vergessen, solche Systeme im Sinne des Allgemeinwohls zu verändern. Der Weg, den wir gehen, ist steinig, aber er führt uns in bessere Zeiten. Gemeinsam können wir sowohl die Sicherheit als auch die Rechte zukünftiger Generationen sicherstellen.

Allen, die zu dieser Diskussion beigetragen haben, vom höchsten Beamten bis zum einfachen Bürger, sage ich Danke.

Quelle: www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-09/edward-snowden-whistleblower-preis-rede
Original (auf Englich) www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-09/edward-snowden-whistleblower-preis-rede/seite-2

Norman Paech

Lehren aus dem Fall des Bradley Manning:

Kriegsverbrechen zu verbergen, kann in keinem Fall Sinn und Aufgabe der Geheimhaltung sein. Die Verantwortlichen gehören vor Gericht

(Auszüge)
Der US-Gefreite Bradley Manning ist am 21. August für die »Weitergabe von Staatsgeheimnissen« an die Enthüllungsplattform Wikileaks von einem Militärgericht zu 35 Jahren Haft verurteilt worden. Zu den publik gemachten Staatsgeheimnissen gehörte ein Video, das ein Kriegsverbrechen der US-Armee im Irak dokumentiert. Es hatte international für Furore gesorgt. In Deutschland war 2011 der Whistleblower-Preis unter anderem an die Person vergeben worden, die das »Collateral Murder«-Video der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Die Preisübergabe an den Whistleblower sollte erfolgen, sobald dessen Identität feststand, scheiterte jedoch dann an der Inhaftierung des US-Soldaten. Bradley Manning ist 2011, 2012 und 2013 für den Friedensnobelpreis nominiert worden.(...)

Bradley Manning erklärte: *»Die Entscheidungen, die ich 2010 getroffen habe, geschahen aus Sorge für mein Land und die Welt, in der ich lebe. Seit den tragischen Ereignissen von 9/11 befindet sich unser Land im Krieg. Wir befinden uns mit einem Feind im Krieg, der sich nicht auf einem traditionellen Schlachtfeld bewegt. Deshalb hatten auch wir die Methoden unseres Kampfes gegen die Gefahren für uns und unser Leben zu ändern. Anfangs war ich mit diesen Methoden einverstanden und meldete mich freiwillig, meinem Land zu helfen, sich zu verteidigen. Erst als ich im Irak die täglichen geheimen Militärreports las, begann ich, die Moral unseres Tuns zu hinterfragen. Zu dieser Zeit realisierte ich, daß wir in unseren Bemühungen, diesen Gefahren zu begegnen, unsere Menschlichkeit vergessen haben. Wir haben uns bewußt dafür entschieden, menschliches Leben zu entwerten, im Irak und in Afghanistan. Mit unserer Entscheidung darüber, wen wir als Feind ansehen wollten, töteten wir manchmal unschuldige Zivilisten. Immer wenn wir unschuldige Zivilisten töteten, beschlossen wir, anstatt die Verantwortung für unsere Taten zu akzeptieren, uns hinter dem Schleier der nationalen Sicherheit zu verstecken und erklärten die Informationen für geheim, um jede öffentliche Rechenschaft zu vermeiden.«*

Angriffskrieg

Seit Juli 2002, als das **Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofes** in Kraft trat, sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen strafbar, ab 2017 wird das auch für das Verbrechen der Aggression, d.h. des Angriffskrieges sein.
George W. Bush, Donald Rumsfeld, Richard Cheney und Co. werden nicht mehr wegen des Überfalls auf den Irak zur Verantwortung gezogen werden können, weil im Jahre 2003 der Angriffskrieg zwar völkerrechtswidrig aber noch nicht strafbar war.
Aber wegen ihrer wiederholten Angriffe gegen die Zivilbevölkerung und zivile Objekte, der Folter, der *»Zerstörung von Eigentum in großem Ausmaß«* usw. im Irak und in Afghanistan wären sie sowie die Verantwortlichen der Obama-Administration wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag anzuklagen und zu verurteilen.

Illegales Handeln

(…) Daß Bradley Manning viel eher den Friedensnobelpreis verdient hätte als sein Kriegsherr Obama, ist Schmonzes. Sein Mut und sein Fall legen die verkommene Rechtsmoral auch demokratischer Rechtssysteme offen. Es ist nur die Fortsetzung der Weigerung der US-Administration, die Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofes, dessen Einrichtung sie einst intensiv mit betrieben hatten, für ihre Staatsbürger anzuerkennen. Während sie zahlreiche Staaten vertraglich verpflichteten, gegen ihre Pflichten aus dem Statut des Gerichtshofes zu verstoßen, und keinen einer Straftat verdächtigen US-Bürger nach Den Haag auszuliefern, drängen sie die Staatsanwaltschaft, vorwiegend Täter aus Afrika vor den Gerichtshof zu bringen.

Mannings Opfergang weist also weit über das hinaus, was er sich zum Ziel gesetzt hatte, die Enthumanisierung der Kriegsführung zu stoppen. Sein Prozeß müßte den Anstoß dazu geben, die illegale Geheimhaltungspraxis und die vordemokratischen Straffolgen zur Diskussion stellen. (…)

** Aus: junge welt, Freitag, 30.08.2013,*
http://ag-friedensforschung.de/regionen/USA/manning49.html
http://norman-paech.de/

Seite von Norman Paech: http://norman-paech.de/naher-und-mittlerer-osten/iran-syrien/ (u.a.: „Der Weg nach Teheran führt über Damaskus, Juli 2012)

Evo Morales Ayma

Präsident des Plurinationalen Staates Bolivien

Wir verteidigen die Menschheit gegen staatlich angeordnete Freiheitsberaubung und weltweite Spionage

Am 2. Juli 2013 ereignete sich eines der außergewöhnlichsten Vorkommnisse in der Geschichte des Völkerrechts, das weltweit die Empörung und Missbilligung von Millionen von Menschen, hunderter sozialer Organisationen und internationaler Institutionen und zahlreichen Regierungen hervorrief.

Dem Präsidentenflugzeug des Plurinationalen Staates Bolivien wurde untersagt, auf seinem Heimflug den französischen, spanischen, italienischen und portugiesischen Luftraum zu durchfliegen, und der Präsident und seine Delegation wurden vierzehn Stunden im Flughafen von Wien, Österreich, festgehalten.

Das hätte nicht nur zu einem Flugzeugunglück führen können, sondern stellt ein zutiefst verwerfliches Verhalten von Regierungen dar, die wir für demokratisch, das Leben respektierend und gesetzestreu gehalten haben. Ohne Zweifel handelte es sich einerseits um **Freiheitsberaubung** und andererseits um einen **Anschlag auf das Leben** der Mitglieder einer Regierungsdelegation.

Kurz vor meinem Treffen mit Präsident Putin in Moskau wurde ich informiert, dass wir Portugal wegen technischer Probleme nicht anfliegen könnten. Später wurde mir klar, dass es sich nicht um technische Probleme handelte.

Ich rief unseren Außenminister David Choquehuanca an und schilderte ihm die Lage. Er erreichte, dass eine Zwischenlandung in Las Palmas auf Gran Canaria eingeplant wurde. Der Flugplan wurde bestätigt, und wir waren beruhigt.

Während des Flugs, wenige Minuten bevor wir französisches Territorium erreichten, kam unser Pilot Celiar Arispe, der Kommandant der Präsidentenflotte, zu mir und sagte: *„Unsere Erlaubnis, in den französischen Luftraum einzudringen, wurde annulliert.“* Wir waren überrascht und besorgt.

Die nächstliegende Möglichkeit wäre gewesen, nach Russland zurückzukehren, doch drohte uns das Kerosin auszugehen. Der Pilot nahm Kontakt mit dem Tower in Wien auf und bat um Genehmigung zur Notlandung wegen Treibstoffmangels.



Wir landeten. Man überließ uns ein kleines Büro. Ich rief unseren Vizepräsidenten Álvaro García Linera und unseren Außenminister an, um zu beratschlagen und vor allem um herauszufinden, warum Frankreich uns das Überflugrecht verweigert hatte. Unser Pilot teilte mir mit, dass auch Italien uns das Überflugrecht verweigere.

In diesem Moment suchte uns der spanische Botschafter in Österreich, Alberto Carnero, auf. Er sagte, wir könnten über Spanien fliegen. Wenn wir in Las Palmas zwischenlanden wollten, müsse das Präsidentenflugzeug allerdings zuvor durchsucht werden.

Ich fragte nach dem Grund. Der Botschafter erwähnte den Namen Snowden. Ich sagte ihm, dass mir dieser amerikanische Agent nur aus der Presse bekannt sei, ich ihm aber nicht persönlich begegnet sei. Ich erklärte dem Diplomaten auch, dass mein Land die internationalen Abkommen respektiere und ich daher niemals jemanden nach Bolivien mitnehmen würde.

Der Botschafter war in ständigem Kontakt mit dem spanischen Außenministerium. Ich wiederholte: *„Sie können dieses Flugzeug nicht durchsuchen. Sie glauben nicht, was ich gesagt habe, Sie behandeln mich wie einen Lügner, Sie glauben, Präsident Evo sei ein Lügner. Der Präsident lügt nicht.“*

Wieder ging er hinaus, um seinen Vorgesetzten zu konsultieren. Er kam zurück und bat mich, ihn auf eine Tasse Kaffee ins Flugzeug einzuladen. Es war klar: Dann hätte er das Flugzeug zumindest von innen sehen können.

„Wollen Sie mich wie einen Kriminellen behandeln?“, sagte ich zu Carnero. *„Nur Kriminelle werden durchsucht. Ich bin kein Krimineller und Sie werden das bolivianische Präsidentenflugzeug nicht durchsuchen.“*

Einem militärischen oder polizeilichen Einsatz könne ich mich natürlich nicht widersetzen, mit welchen Mitteln auch? Carnero wagte nicht, weiter auf einer Durchsuchung zu bestehen. *„Aber wir können Ihren Flug nicht genehmigen. Morgen um neun Uhr werden wir Sie informieren, ob Sie fliegen können oder nicht, erst müssen wir mit unseren Freunden sprechen.“*

Welche Freunde Spaniens mochten das wohl sein? Vielleicht Frankreich oder Italien? Ich fragte den Botschafter, wer diese Freunde denn seien, er antwortete nicht. Dann ging er.

Ich rief Cristina Fernández de Kirchner an, die Präsidentin von Argentinien und eine hervorragende Anwältin, die mich über die Rechtslage aufklärte, und den Präsidenten Correa in Ecuador, der mich danach mehrmals zurückrief, auch Nicolás Maduro in Venezuela, der ebenfalls große Anteilnahme zeigte.

Sie alle stärkten mir den Rücken. *„Niemand hat das Recht, dein Flugzeug zu kontrollieren“*, sagten sie wiederholt. Ich wusste ja, dass ein Präsidentenflugzeug wie eine Botschaft ist, und sie bestärkten mich darin. Außerdem waren inzwischen auch die Botschafter der ALBA-Staaten bei mir eingetroffen.

Schließlich kam der spanische Botschafter wieder mit der Nachricht, ich hätte die Erlaubnis abzufliegen. Er kam mir etwas besorgt, verschreckt und nervös vor.

Wir wollten weder Spanien noch irgendeinem anderen Land, erst recht nicht den Vereinigten Staaten, das Vergnügen bereiten, uns zu durchsuchen, nur um schneller abreisen zu können. Wir haben unsere Würde, unsere Souveränität, und wir sind stolz auf unser Land; niemals werden wir uns derartigen Verdächtigungen und Erpressungen beugen.

Dieses **Überflugverbot**, das zeitgleich von vier Ländern gegenüber einem souveränen Land beschlossen und **von der CIA koordiniert wurde**, unter dem Vorwand, dass wir vielleicht einen ehemaligen nordamerikanischen Spion an Bord hätten, bringt Licht in das Dunkel der weltweiten Geheimdiensttätigkeiten und verdeutlicht das politische Gewicht der imperialen Macht USA.

Bis zu diesem 2. Juli schien es verständlich, dass ein Land mittels Nachrichtendiensten sein Territorium und seine Bevölkerung beschützt. Die USA jedoch haben auf eine für die moderne Demokratie und zivilisierte Gesellschaften unvorstellbare Weise gehandelt. Sie haben alle Grundsätze des gegenseitigen Vertrauens und der internationalen Abkommen gebrochen und einen Teil des europäischen Kontinents behandelt wie ihre Kolonien, deren Regierungen zulassen, dass ihre Staatsbürger ausspioniert und über die Staatsgrenzen hinweg verfolgt werden. Das ist eine schwere Verletzung der Menschenrechte, der größten Errungenschaft der Französischen Revolution.

Diese jämmerliche **koloniale Unterwürfigkeit mehrerer Länder** zeigt einmal mehr, dass das Imperium bei der Durchsetzung seines Willens keine Grenzen duldet – weder moralische noch legale noch territoriale Grenzen. In den Augen der gesamten Welt ist jetzt klar, dass für diese Macht jegliches Gesetz missachtet, jegliche Souveränität verletzt, jegliches Menschenrecht ignoriert werden kann. Das Imperium hat keine anderen Grenzen als seine eigene Macht und die Menschheit ist dieser uneingeschränkten Gewalt ausgeliefert. In den Händen des Impe-riums wurde die Welt zu einer einzigen Unsicherheitszone.

Die **USA** haben uns als Zeichen ihres Verfalls erneut demonstriert und unwiderlegbar bewiesen, dass ihre Macht nur mittels **Invasionstruppen** und geräuschlos, aber effektiv arbeitenden und weltweit Angst erzeugenden **Geheimdiensten** aufrechterhalten wird. Die Macht der USA, das sind selbstverständlich ihre Streitkräfte, die in mehrere Invasionskriege involviert sind und die von einem ungeheuerlichen militärisch-industriellen Komplex unterstützt werden. Der militärischen Eroberung folgt stets die Einführung ihres **verkommenen Demokratiemodells und des Freihandels** sowie die Unterordnung der Bevölkerung unter die gefräßigen **multinationalen Unternehmen**. Unverwischbare Zeichen des militärischen und wirtschaftlichen Imperialismus finden sich im Irak sowie in Afghanistan, Libyen und Syrien; als Vorwand für den Einmarsch wurde die Existenz von Massenvernichtungswaffen oder von terroristischen Organisationen genannt. In diesen Ländern wurden Millionen von unschuldigen Menschen getötet, aber der Internationale Gerichtshof hat dazu nie einen Prozess eröffnet.

Die Vereinigten Staaten können ihre Macht aber auch durch den Einsatz von unsichtbaren Mitteln zur Erzeugung von Angst, zur Erpressung und zur Einschüchterung aufrechterhalten, die auf vielfältige Weise gegen Staaten, führenden Personen und Gemeinschaften eingesetzt werden. Zu den äußersten Mitteln der imperialen und kriegstreiberischen Arroganz gehört zweifellos die Bestrafung. Die USA setzen auf eine Politik der **„exemplarischen Bestrafung“** wie damals in der Kolonialzeit gegenüber den unbeugsamen indianischen Völkern von Abya Yala [des amerikanischen Kontinents]. „Exemplarische Bestrafung“ wird jetzt gegen Völker praktiziert, die sich für ihre Befreiung vom Kolonialismus zusammengeschlossen haben, und gegen die politischen Führer, die sich für die Ärmsten einsetzen.

Die sichtbarsten Spuren dieser Politik in Lateinamerika sind nicht vergessen und zeigen sich in den **Staatsstreichen** gegen die Präsidenten Manuel Zelaya in **Honduras**, Rafael Correa in **Ecuador**, Fernando Lugo in **Paraguay** und Hugo **Chávez** in Venezuela sowie gegen unsere eigene Regierung im Jahre 2008, und zwar unter der Führung des US-amerikanischen Botschafters in Bolivien, Philip Goldberg. (1)

Eine „exemplarische Bestrafung“, damit die indigenen Völker, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Bäuerinnen und Bauern, die sozialen Bewegungen es nicht wagen, den herrschenden Klassen die Stirn zu bieten.

Eine „exemplarische Bestrafung“ mit dem Ziel, die einen niederzudrücken und die anderen einzuschüchtern.

Dieses Vorgehen gleicht letztlich dem der spanischen Kolonialherren gegen Túpac Katari und Bartolina Sisa oder die Amaru. **Doch** wie damals werden solche Einschüchterungsversuche auch heute nur bewirken, dass wir, die verarmten Bevölkerungsschichten und Nationen, uns enger zusammenschließen und noch mehr Kräfte für diesen Kampf sammeln. Auch das ist ein Zeichen des zunehmenden **Niedergangs des Imperialismus.**

Das ungeheuerliche Vorgehen vom 2. Juli 2013 offenbart auf dramatische Weise, dass der Imperialismus und sein politischer und ideologischer Zwilling, der Kolonialismus, zwei Seiten der Repression sind, gegen die die Völker sich erheben.

Das Festhalten eines Präsidentenflugzeugs und einer offiziellen Delegation mitten im 21. Jahrhundert zeigt, dass der **Rassismus** gegenüber den Indios, ihren Völkern und demokratischen und revolutionären Entwicklungen bei einigen Regierungen Europas noch immer ungebrochen wirksam ist: In ihren Augen sind sie ein Hindernis für die Zivilisation. Dieser Rassismus besteht eigentlich nur noch aus Arroganz, was sich darin zeigt, dass er auf ebenso haltlose wie lächerliche Weise mittels ungereimter technischer Begründungen eine politische Entscheidung zu kaschieren versuchte, die im Herzen Washingtons getroffen wurde. Eine Entscheidung, zu der diese Regierungen – vermutlich aus Angst vor den Folgen – nicht stehen können. Sie empfinden nicht einmal mehr Scham darüber, dass sie kolonisiert sind und ihren Kolonisator auch noch zu decken haben.

Ein Imperium braucht für seine Existenz Kolonien.

Die unterwürfige Befolgung der Befehle des Imperiums, einem Flugzeug des Plurinationalen Staates Bolivien das Durchfliegen des europäischen Luftraums zu verweigern, bedeutet schlicht und einfach die Anerkennung des kolonialen Status einiger Länder.

Die koloniale Prägung der Beziehung zwischen den USA und Europa trat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 immer stärker zutage und wurde für alle offenkundig, als enthüllt wurde, dass illegale Flüge von amerikanischen Militärflugzeugen stattgefunden hatten, die vermeintliche Kriegsgefangene nach Guantánamo oder in Gefängnisse in Europa transportiert hatten.

Man weiß heute, dass diese angeblichen Terroristen gefoltert wurden. Eine Tatsache, die selbst Menschenrechtsorganisationen zu oft verschweigen.

Offenbar verfolgt der „Krieg gegen den Terror“ auch den Zweck, das alte Europa neu zu kolonisieren. Das feindselige Vorgehen gegen uns, das viele als Staatsterrorismus bewerten, macht souveräne Regierungen ohnmächtig und setzt Millionen Bürger imperialistischer

Willkür aus. Es ist eine Ohrfeige für die Menschheit und das Völkerrecht wie auch ein neuer Schlag gegen die globale Sicherheit.

Das **Europa**, in dem die edelsten Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geboren wurden und das die moderne Wissenschaft und Demokratie hervorgebracht hat, wirkt heute wie ein Phantom.

Die Völker eines Kontinents, der vor Jahrhunderten mit seinen revolutionären Ideen die Hoffnung der Welt darstellte, drohen in einem neuen Obskurantismus zu versinken.

Dieser niederträchtige Anschlag könnte allen Völkern und Regierungen Lateinamerikas und der Karibik, Europas, Asiens, Afrikas und Nordamerikas die einmalige Chance bieten, einen **solidarischen Block** zu bilden, der die unwürdige Haltung der Staaten verurteilt, die diese Verletzung des internationalen Rechts zu verantworten haben.

Gleichzeitig ist er eine kostbare Gelegenheit, die Fähigkeit der regionalen und weltweiten **sozialen Bewegungen** zur Mobilisierung und zum Protest zu stärken, um eine neue Welt der Brüderlichkeit, der Gemeinschaft und der Komplementarität zu schaffen.

Eine andere Welt ist möglich. Sie wird ein Werk der Völker sein. Wir leben in einer Zeit, in der die Völker allmählich zu dem Entschluss kommen, sich selbst zu regieren, und nicht mehr in einer Zeit, in der die Imperien durch Freiheitsberaubung zulasten der Mitglieder souveräner Regierungen Angst erzeugen und nach Belieben bestrafen können.

Als indigene Völker, als Bäuerinnen und Bauern, als Arbeiterinnen und Arbeiter, die am eigenen Leib die Übergriffe des Imperialismus erfahren haben, können wir mit Demut und Entschlossenheit sagen, dass wir in der Lage sind, gemeinsam mit den mutigen Völkern dieser Welt und Europas dafür zu kämpfen, dem imperialistischen Kolonialismus ein Ende zu machen und die verlorene Würde wiederzuerlangen. Wir sind sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas sich von diesem Angriff selbst betroffen fühlen, und wir nehmen ihre Empörung als großzügige Entschuldigung an. (2)

(1) S. dazu die Berichte von **amerika21**

(2) Seitdem haben Lissabon, Madrid, Paris und Rom sich offiziell gegenüber La Paz entschuldigt.

Eine gekürzte Version ist hier erschienen: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2013/08/09.mondeText1.artikel,a0012.idx,3

Spanische Originalversion : http://www.bolivia.de/fileadmin/Dokumente/Presse-Medien_Dt%2BSp/Interessante%20Dokumente/Morales_-_le_monde-agosto_-esp.pdf

Erklärung von Cochabamba der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR), unterzeichnet am 4. Juli 2013 von Präsidenten, Regierungsvertretern und Botschafterin in der gleichnamigen zentralbolivianischen Stadt.

http://amerika21.de/blog/2013/07/83645/unasur-erklaerung-flugverbot

S. auch: http://www.cubadebate.cu/especiales/2013/07/18/las-colonias-europeas-y-la-dignidad-nuestroamericana/

European Center for Constitutional and Human Rights, the Transnational Institute and the European Association of Lawyers for Democracy & World Human Rights.
ATTAC Argentina, ATTAC Austria, ATTAC Finland, ATTAC Hellas, ATTAC Mallorca
und rund weitere 50 Organisationen:

Grounding of Bolivian presidential jet and treatment of Snowden shames European Union

5 July 2013

(…) The blocking of routes to asylum coupled with their failed attempt to apprehend Mr. Snowden suggests that some EU states are prepared to disregard the European Conventions on Human Rights and expeditiously transfer him to the USA to face the same fate as Bradley Manning and other whistleblowers – that is solitary confinement, the prospect of an unfair trial and a charge that carries the death penalty.

States such as Spain and Portugal were among the many EU governments that permitted hundreds of CIA “extraordinary rendition” flights through their airspace between 2001 and 2006, facilitating repeated acts of torture, enforced disappearance and arbitrary detention by the USA. Their failure to prosecute those responsible and compensate the victims of rendition is now compounded by the EU’s apparent readiness to engage in the practice once more.

The EU should investigate the forcing down and searching of the Bolivian President’s jet and act swiftly to safeguard the fundamental rights of its people by putting an end to the unwarranted mass surveillance revealed by Edward Snowden.

The ruthless persecution of whistleblowers is a grave threat to investigative journalism. It will undermine openness and transparency and further erode public trust in government. The issues now at stake – the protection of whistleblowers, the regulation of surveillance powers and the ability of journalists’ to protect the confidentiality of their sources – are at the very heart of what it means to live in a democracy.(...)

http://www.tni.org/declaration/grounding-bolivian-presidential-jet-attempt-render-whistleblower-shames-european-union

CHILE 40 Jahre nach dem Putsch

"Eher früher als später werden sich die großen Alleen öffnen auf denen der freie Mensch schreitet um eine neue Gesellschaft aufzubauen". - Letzte Worte von Salvador Allende, Santiago de Chile, 11.9.73

Zur Rolle der USA bei diesem Putsch: „Wir glaubten", *schreibt Kissinger in seinen Memoiren,* „dass ein Sieg Allendes unsere Interessen in der westlichen Hemisphäre gefährden würde." *- Drei Jahre dauerten die Sabotage- und Destabilisierungsaktivitäten in Chile, bis General Ugarte Augusto Pinochet den CIA-Putsch durchziehen konnte. Präsident Allende wurde ermordet, das Fußballstadion der Hauptstadt Santiago wurde zum Gefangenenlager für Zehntausende Anhänger des Präsidenten. Tausende Aktivisten linker Parteien und Gewerkschaften wurden von Todeskommandos gejagt und umgebracht. Am Tag vor dem Staatstreich hatte die CIA dem chilenischen Militär Listen mit den Namen von 3.000 hochrangigen und 20.000 mittleren Führern von Gewerkschaften, Studentengruppen, Mieterinitiativen, Bauernkomitees, Bürgerrechtsgruppen und linken politischen Parteien übergeben. Wer nicht aus dem Land fliehen konnte, wurde von den Todesschwadronen gejagt und in den meisten Fällen wohl auch ermordet. Den ehemaligen US-Außenminister Kissinger plagten wegen dieses Ergebnisses nie Zweifel:* „Ich sehe nicht ein, dass wir zulassen sollten, dass ein Land marxistisch wird, nur weil die Bevölkerung unzurechnungsfähig ist." *Mehr:* ***http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14238***

Lateinamerika Nachrichten: Das schwierige Erbe der Diktatur

(…) In der Geschichte der Linken in Deutschland war Chile einer von vielen Bezugspunkten, an dem sich nach der Wahl von Salvador Allende 1970 Revolutionsträume von einem demokratischen Sozialismus orientierten. Doch die vielen unter der Regierung der Unidad Popular begonnenen Projekte fanden ein jähes Ende. Der **Militärputsch am 11. September 1973** begrub den Traum eines gerechteren Chiles. Der Regierungspalast La Moneda wurde von Kampfflugzeugen der chilenischen Streitkräfte bombardiert, Salvador Allende kam ums Leben – ob durch Mord oder Selbstmord ist bis heute strittig. Tausende Chilen_innen wurden in den folgenden Tagen und Wochen inhaftiert, gefoltert und ermordet, am Ende der Militärdiktatur sollten es **mehr als 3.000 Tote und Verschwundene sowie zehntausende Gefolterte** sein. (…) (1)

2013 jährt sich der Putsch zum 40. Mal(...) **40 Jahre Putsch in Chile bedeuten auch 40 Jahre neoliberale Reformen**. Während in Europa beim Stichwort Neoliberalismus die Namen Thatcher, Reagan und vielleicht auch Schröder und Blair fallen, war Chile unter Federführung der sogenannten **Chicago Boys**, in den USA ausgebildeten Wirtschaftwissenschaftler_innen, das Experimentierfeld für neoliberale Politiken.

Die in der Militärdiktatur umgesetzten Reformen, die die sozialen Errungenschaften ihrer Vorgängerregierungen zunichte machten, sind bis heute maßgeblich für das politische und wirtschaftliche Leben in Chile. Die **Privatisierungen** im Gesundheits- und Bildungssektor, die **Rücknahme der Landreformen,** die **Arbeitsgesetze**, die strafrechtlichen Mechanismen, das **Wahlrecht**, dies und vieles mehr sind auch heute, 23 Jahre nach dem Ende der Diktatur, Eckpfeiler chilenischer Institutionalität.

Denn entgegen vieler Erwartungen hat das linke Parteienbündnis **Concertación**, dem auch Salvador Allendes Sozialistische Partei angehört, in 20 Jahren Regierungsverantwortung von 1990 bis 2010 das neoliberale Modell und die von der Pinochet-Administration 1980 verabschiedete Verfassung nicht angetastet.

Ähnlich steht es um die Vergangenheitsbewältigung. Die juristische Aufarbeitung der Verbrechen verläuft bruchstückhaft und nur wenige Mörder und Folterer mussten bisher in Haft.

Die Kontinuitäten zwischen Militärdiktatur und der aktuellen Politik wurden lange Zeit unwidersprochen hingenommen. Nicht zuletzt aus Angst vor dem **übermächtigen Militär**, dem auch heute noch zehn Prozent der Einnahmen des riesigen chilenischen Staatskonzerns Codelco zustehen. Gerade in der Anfangszeit der neuen Demokratie stellte die Armee ihre Macht zur Schau. In Erinnerung geblieben ist hierbei vor allem der Boinazo *(Militärischer Aufmarsch, SiG-red),* bei dem Augusto Pinochet Ermittlungen wegen Korruption gegen sich und seinen Sohn dadurch verhinderte, dass er am 28. Mai 1993 bewaffnete Spezialeinheiten 200 Meter vom Regierungssitz auflaufen ließ. Aber auch nachdem die Bedrohung durch das Militär nicht mehr so virulent war, zeigten die gewählten Regierungen keine Bestrebungen, etwas an der Situation Chiles zu verändern, was auch lange ohne großen Widerstand der Bevölkerung funktionierte.

Neben den **Mapuche**, die sich immer in Konflikt mit dem chilenischen Staat befanden, waren es die **Schüler_innen**, die sich mit moderaten Forderungen gegen die neoliberale Bildungspolitk richteten. Sie waren die ersten, die, wenn auch erfolglos, auf die vielen Widersprüche im neoliberalen Musterland Chile hinwiesen.
(…) Nachdem im April 2011 erstmals groß gegen HidroAysén, ein Megastaudammprojekt im Süden Chiles, demonstriert wurde, etablierte sich kaum einen Monat später die Studierenden- und Schüler_innenbewegung, die sich zunächst auf Bildungsthemen beschränkte, mittlerweile aber eine gänzliche Abkehr vom neoliberalen System fordert.

Das Aufkommen dieser Bewegung weckte die chilenische Zivilgesellschaft aus der Jahre währenden Apathie. Mittlerweile regt sich an allen Ecken und Enden **Widerstand** gegen die Regierungspolitiken. (...)

Ein Dossier über Chile 40 Jahre nach dem Putsch: Lateinamerika Nachrichten Ausgabe 469/470 - Juli/August 2013
Quelle:http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/4570.html

Dossier der „jungewelt": Compañero Presidente http://www.jungewelt.de/bibliothek/dossier/106
ila 368/September Themenschwerpunkt CHILE http://www.ila-web.de/lateinamerika/home.htm
Artikelsammlungen zu Chile: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Chile/Welcome.html , http://www.labournet.de/category/internationales/chile/
TV-Tipp: **"Chile oder die Diktatur des freien Marktes"** https://amerika21.de/termin/2013/08/84651/ein-film-von-diana-seiler
Rosa-Luxemburg-Stiftung: 40 Jahre Putsch in Chile, Der letzte Tag des Salvador Allende
Bundesweite Veranstaltungen am 11.9. und 12.9. http://rosalux.de/internationale-politik/specials/40-jahre-putsch-in-chile.html

KOLUMBIEN Landesweiter Agrar-Streik

*Früher haben die kolumbianischen Landwirte einen Teil ihrer Ernte als Saatgut verwendet. Mit der **Regelung 9.70 der ICCA (International Council of Chemical Asociation),** das der kolumbianische Staat als Voraussetzung für den Abschluss des **Freihandelsabkommens** mit den **USA** erlassen musste, werden die kolumbianischen Landwirte verpflichtet, immer neues zertifiziertes Saatgut zu kaufen, das am meisten aus den USA kommt. Dieses zertifizierte Saatgut sind Samen, die von einer registrierten Firma, wie z.b. Monsanto, Dupond und Syngenta, patentiert werden. Diese Samen sind durch chemikalische oder genetische Prozesse verändert worden. Dadurch erhalten die Großkonzernen das Monopol nicht nur über das Saatgut, sondern auch den Dünger, das Schädlingsbekämpfungsmittel und die notwendige Maschinerie dafür. Trotz all dies garantiert das zertifizierte Saatgut in keinster Weise den Erfolg der Produktion. Als Folge der hohen Produktionskosten wird die Lebenssituation der kolumbianischen Landwirte extrem verschlimmert, kaum jemand kann sich die teuren US-Importe leisten, deren Verschuldung nimmt zu. Halten sich die Landwirte nicht an dieser Regelung 9.70, wird deren Ernte zwangsweise zerstört: 70 Tonnen Reis (70.000 Kilogramm!) der diesjährigen Ernte wurde vernichtet, da diese die "Patentrechte" der transnationalen Unternehmen, wie z.B. Monsanto, "verletzen".*

***Forderungen der Landwirte an den kolumbianischen Staat,** auf die sie im Rahmen des Nationalstreiks aufmerksam machen möchten:*

- *Sofortiges Stoppen des Imports von Milch, Kartoffeln, Kaffee und anderen internationalen Produkten und Unterstützung der nationalen landwirtschaftlichen Produktion;*
- *Ermäßigung des Benzinpreises;*
- *Ermäßigung der Produkte, die zur landwirtschaftlichen Produktion notwendig sind. (Es gibt keine staatliche Förderung der Aussaat.);*
- *Neustrukturierung des Kreditsystems für die Landwirtschaft. (Es gibt keine staatliche Förderung der Landwirtschaft, nur private Banken mit hohen Zinsen etc.);*
- *Einhaltung und Erhaltung der landwirtschaftlichen Anbaugebiete. Kein Bau neuer Minen in diesen Regionen.*

(SiG-Redaktion, auf der Grundlage von Angaben von Kolumbianern, die am 31.8. eine Solidaritätsdemonstration in Berlin durchgeführt haben)

Hinweis: **Kolumbiens Campesinos fürchten nach Freihandelsabkommen Importschwemme aus den USA (Artikel von Mai 2012)**
http://ag-friedensforschung.de/regionen/Kolumbien/kleinbauern.html

Nachrichten über den Streik und die landesweiten Proteste

22.08.2013 (…) In der Hauptstadt Bogotá demonstrieren seit Montag (19.8.) an fünf Orten Bauern, LKW-Fahrer, Bergleute, Arbeiter, Lehrer, Studenten, Ärzte, soziale Organisationen und viele andere Bürger, die "*es leid sind, seit Jahrzehnten Politiken zu ertragen, die gegen die Bedürfnisse der großen Mehrheit des Volkes gerichtet sind*", wie es in einer Erklärung zum Streik heißt. Ähnliches wird aus anderen Regionen berichtet, wo sich Tausende Aktivisten sozialer Organisationen und von Verbänden der Kartoffel-, Reis-, Milch-, Kaffee-, und Zuckerrohrbauern auf den Straßen versammeln.
Wie es in einer aktuellen Stellungnahme des Zentralen Gewerkschaftsverbandes (CUT) heißt, "*verurteilt die überwiegende Mehrheit der Kolumbianer die Situation, in die die Regierung das Land mit der Durchsetzung ihrer unheilvollen, gegen die Gewerkschaften und das Volk gerichteten Politik auf allen Ebenen gestürzt hat, die nur die imperialistischen neoliberalen Rezepte anwendet*". (...)

Eva Haule, http://amerika21.de/2013

25.08.2013 : Bogotá. Eine weitere Arbeitergewerkschaft sowie Lehrer und Studenten haben sich ebenfalls dem Streik angeschlossen. An der Zentraluniversität in Bogotá kommt es bereits seit vergangenem Mittwoch täglich zu schweren Zusammenstößen zwischen Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei (ESMAD) und Studenten. Am Freitag demonstrieren mehr als tausend gewerkschaftlich organisierte Händler in Bogotá ihre Unterstützung der Proteste.
(…) Die Sprecher der am Streik beteiligten Organisationen haben die Polizei aufgefordert, die *"exzessive Anwendung von Gewalt und den Missbrauch von Macht zu beenden"*. Auf mehreren Videos, die über den lateinamerikanischen Fernsehsender Telesur und das Internet verbreitet wurden, ist das gewaltsame Vorgehen gegen die Demonstranten zu sehen.
(…) Die Demonstranten zeigen sich entschlossen, auf den Straßen zu bleiben, bis sie von der Regierung gehört werden. César Pachón, Sprecher einer Bauerngewerkschaft, sagte zur Begründung: *"Wir haben der Regierung zweimal geglaubt, beim ersten Streik am 16. November 2011 und beim zweiten am 7. und 8 Mai dieses Jahres, als sie uns sagten: Hebt die Blockaden auf und wir verhandeln. Wir taten das – und was haben sie gemacht? Einige öffentliche Akte und Debatten. Es können Jahre vergehen und es wird keine Resultate geben."* (…)

Eva Haule,
http://amerika21.de/2013/08/85446/grosse-streikbeteiligung

26. August 2013 -(...) Die protestierenden Bauern haben die wichtigsten Straßen Kolumbiens blockiert und so ganze Provinzen isoliert. 25 Straßen sind blockiert

Gegenwärtig befinden sich über 220 Personen in Haft, drei Personen sind ums Leben gekommen und Dutzende wurden verletzt. Die Sicherheitskräfte, vor allem die Aufstandsbekämpfungseinheit der Polizei ESMAD, gehen landesweit zum Teil mit großer Härte gegen die Protestierenden vor. (...)

Eine der Hauptforderungen der kolumbianischen Bauern ist eine kritische Überprüfung der Freihandelsverträge, die Kolumbien mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union abgeschlossen hat. Ihrer Ansicht nach sei der Markt der kolumbianischen Bauern durch diese Handelsverträge zerschlagen worden.

Ricardo Marapi Salas
http://www.npla.de/de/poonal/4405

Letzte Nachricht (5.9.) :Regierung verhandelt mit Streikenden:
http://amerika21.de/2013/09/86852/verhandlungen-agrar-streik

Dokumentarfilm: http://www.youtube.com/watch?v=kZWAqS-El_g
Nachrichtenbeitrag: https://www.facebook.com/photo.php?v=297432227064781&set=vb.100003940183339&type=2&Theater
Interview: https://www.facebook.com/photo.php?v=160026884190082&set=vb.137992306393540&type=2&Theater

Aufruf zur Solidarität: http://viacampesina.org/en/index.php/actions-and-events-mainmenu-26/stop-free-trade-agreements-mainmenu-61/1478-colombia-international-call-for-solidarity-with-the-national-agrarian-and-popular-strike

Attac Schweiz: http://www.suisse.attac.org/Solidarite-avec-les-paysans

Immanuel Wallerstein

„Aufstände hier, und dort, und überall“

1.Juli 2013

Auf den nun anhaltenden Aufstand in der **Türkei** folgte ein noch größerer Aufstand in **Brasilien**, welcher wiederum von einem zwar weniger wahrgenommenen, dennoch nicht weniger realen Aufstand in **Bulgarien** gefolgt wurde. Natürlich waren diese Aufstände nicht die ersten, sondern lediglich die jüngsten in einer wahrhaft weltweiten Serie solcher Aufstände in den letzten Jahren. Man kann dieses Phänomen auf viele verschiedene Arten analysieren. Ich sehe darin den anhaltenden Prozess von dem, was als die Welt-Revolution von 1968 begann.

Sicherlich unterscheidet sich jeder einzelne Aufstand in seinen Einzelheiten und in den internen Kräfteverhältnissen in den jeweiligen Ländern. Dennoch gibt es bestimmte **Ähnlichkeiten**, die beachtet werden sollten, wenn man verstehen will, was dort vorgeht und wenn man entscheiden will, was wir alle, sei es als Einzelne oder als Gruppen, tun sollten.

Die erste Gemeinsamkeit ist, dass alle diese Aufstände eher im Kleinen beginnen – eine Handvoll mutiger Leute demonstriert zu einem bestimmten Thema. Und dann, wenn mehr Leute teilnehmen - was weitgehend unvorhersehbar ist - werden Massen daraus. Plötzlich steht dann nicht nur die Regierung unter Druck, sondern, in gewissem Grade, auch der Staat als Staat.

Diese Aufstände sind eine Kombination von jenen, die den Ersatz der Regierung durch eine bessere fordern, und jenen, die die Legitimität des Staates als solche in Frage stellen. Beide Gruppen berufen sich auf die Themen Demokratie und Menschenrechte, wobei ihre Definitionen davon sehr unterschiedlich ausfallen.

Insgesamt sind die Aufstände auf der linken Seiten des politischen Spektrums angesiedelt. Natürlich reagiert die Staatsmacht darauf. Entweder versucht sie, den Aufstand zu unterdrücken, oder sie versucht, ihn durch gewisse Zugeständnisse zu beschwichtigen oder sie versucht beides gleichzeitig.

Die Unterdrückung funktioniert oft, ist jedoch gelegentlich für die Regierenden kontraproduktiv, denn sie bringt immer mehr Menschen auf die Straße.

Zugeständnisse funktionieren oft, sind aber ebenfalls bisweilen kontraproduktiv für die Regierenden, indem sie die Menschen auf den Straßen dazu bringen, ihre Forderungen auszuweiten. Im Großen und Ganzen versuchen es die Regierungen eher mit Repression als mit Zugeständnissen. Und im Allgemeinen funktioniert die Unterdrückung auf relativ kurze Sicht .



Die zweite Gemeinsamkeit dieser Aufstände besteht darin, dass keiner von ihnen allzu lange mit voller Kraft läuft. Die Protestierenden geben den Unterdrückungsmaßnahmen nach. Oder aber sie werden von der Regierung in irgendeiner Form kooptiert. Oder sie werden der enormen Anstrengungen müde, die mit andauernden Demonstrationen verbunden sind. Dieses Nachlassen des offenen Protests ist absolut normal. Es bedeutet allerdings **nicht** das **Scheitern** der Proteste.

Dies ist **die dritte Gemeinsamkeit** der Aufstände: Egal wie sie enden, hinterlassen sie ein Vermächtnis.
Sie haben etwas in der Politik des Landes verändert, und fast immer zum Besseren hin. Sie haben irgendein großes Thema, z.B. die **Ungleichheit**, auf die politische Tagesordnung gebracht. Oder sie haben bei der Unterschicht der Bevölkerung das Gefühl ihrer Würde verstärkt. Oder sie haben die Skepsis gegenüber den Floskeln gefördert, mit der Regierungen üblicherweise versuchen, ihre Politik zu verhüllen.

Die vierte Gemeinsamkeit besteht darin, dass bei jedem Aufstand viele von denen, die sich ihm anschließen, besonders wenn sie dies spät tun, nicht mit der Absicht tun, die ursprünglichen Ziele voranzubringen. Im Gegenteil versuchen sie, diese zu verdrehen oder rechten Kräften zur Macht zu verhelfen, die zwar andere sind als die derzeitigen Machthaber, jedoch keinesfalls demokratischer oder mehr um die Menschenrechte besorgt sind als jene.

Die fünfte Gemeinsamkeit liegt darin, dass sie allesamt in die geopolitische Auseinandersetzungen verwickelt werden. Mächtige Regierungen **außerhalb** des Landes, in welchem sich die Tumulte abspielen, sind eifrig bemüht - wenn auch nicht immer mit Erfolg - Gruppen zur Macht zur verhelfen, welche für die Interessen der auswärtigen Regierung günstig sind. Dies geschieht so oft, dass inzwischen eine der Fragen, die sich sofort hinsichtlich eines bestimmten Aufstandes stellt oder stellen sollte, die ist: was für Konsequenzen hinsichtlich der Weltordnung als Ganzem daraus entstehen werden.
Dies ist sehr schwierig, da mögliche geopolitische Konsequenzen dazu führen können, dass man Richtungen bevorzugt, die der anfänglichen anti-autoritären Richtung entgegengesetzt sind.

Schließlich sollten wir bedenken, dass wir hier - wie bei allem was derzeit geschieht - inmitten einer Phase des strukturellen Übergangs von einer kapitalistischen Weltwirtschaft im Niedergang hin zu einem neuartigen System stehen. Doch dieses neuartige System könnte zum Besseren oder zum Schlechteren ausschlagen. Dies ist der wirkliche Kampf der kommenden 20 bis 40 Jahre, und wie wir uns hier, dort und überall verhalten, muss hinsichtlich seines Beitrags zu dieser grundsätzlichen und hauptsächlichen weltweiten politischen Schlacht entschieden werden.

http://www.binghamton.edu/fbc/commentaries/

Übersetzung: H.Bohrer, coorditrad /SiG-Redaktion

Ägypten

Revolutionäre Sozialisten Ägyptens

Erklärung zu den Massakern in Kairo

14. August 2013
Die blutige Räumung der Sitzaktionen-Lager auf dem Al-Nahda-Platz und in Raba'a al-Adawiyya ist ein von vornherein geplanter Massaker gewesen. Sein Ziel ist es, die Moslembrüder zu neutralisieren.
Er ist aber auch Bestandteil eines Plans, die ägyptische Revolution zu vernichten und den Militär- und Polizeistaat des Mubarak-Regimes wieder einzurichten.

Keinen einzigen Tag haben die Revolutionären Sozialisten das Regime von Mohamed Mursi und den Moslembrüdern unterstützt. Wir waren von jeher Opponenten dieses Verbrechers, dessen Regime gescheitert ist und die Ziele der ägyptischen Revolution verraten hat. Er hat sogar den Tragpfeilern des Regimes von Mubarak und dessen Sicherheitsapparat, den staatlichen Streitkräften und den korrupten Geschäftsmännern seinen Schutz gewährt. Wir haben uns an der revolutionären Welle vom 30. Juni stark beteiligt. Keinen einzigen Tag haben wir die Sitzaktionen der Moslemrüder und deren Versuche, Morsi wieder ins Amt zu bringen, unterstützt.

Wir müssen aber die derzeitigen Ereignisse in ihren Kontext setzen, d.h. den Einsatz des Militärs gegen Arbeiterstreiks. Wir erleben auch, wie neue Provinzgouverneure ernannt werden, größtenteils *Relikte* des alten Regimes, Polizisten oder Offiziere. Die Politik der Regierung vom General Al- Abdel Fatah Al-Sissi richtet sich klar gegen die Zielsetzungen und Forderungen der ägyptischen Revolution, d.h. Freiheit, Würde und soziale Gerechtigkeit.

In diesem Zusammenhang wurde der brutale Massaker durch die Polizei und das Militär verübt. Da haben wir mit einer blutigen Generalprobe für die Liquidierung der ägyptischen Revolution. Ziel dieses Massakers ist, durch die Schaffung eines Terrorzustandes den *revolutionären Willen* aller ÄgypterInnen zu brechen, die ihre Rechte fordern: ArbeiterInnen, Arme, junge Menschen, Revolutionäre.

Die Reaktion der Moslembrüder und der Salafisten, sich an die Christen und deren Kirchen zu vergreifen, ist ein Verbrechen von Sektierern, von dem nur die konterrevolutionären Kräfte profitieren. Am schmutzigen Versuch der Entfesselung eines Bürgerkrieges, wo die ägyptischen Christen die Opfer der reaktionären Moslembrüder wären, sind das Regime von Mubarak und Al-Sissi mitschuldig, haben sie doch keinen einzigen Tag die Kopten und deren Kirchen verteidigt.

Die Massaker von Al-Sissi und dessen schmutzigen Versuch, die ägyptische Revolution zu Grunde zu richten, prangern wir entschieden an. Der Massaker vom 14. August ist der erste Schritt zur Konterrevolution. Auch lehnen wir ebenso entschieden alle Aggressionen gegen ägyptische Christen und die Kampagne religöser Fanatiker ab, die nur für Al-Sissi und dessen blutigen Plan von Nutzen ist.

Viele, die sich als „Liberale“ oder „Linke“ bezeichnen, haben die ägyptische Revolution verraten; ihre Führungen haben sich an der Al-Sissi-Regierung beteiligt. Das Blut der Märtyrer haben sie verkauft, um die Streitkräfte und die Konterrevolution weiß zu waschen. Sie haben Blut auf den Händen.

Wir Revolutionäre Sozialisten werden von den Zielen der ägyptischen Revolution nie abweichen. Wir sind nicht kompromissbereit, was die Rechte und das reine Blut der Märtyrer anbelangt: jene, die beim Kampf gegen Mubarak, gegen den Obersten Militärrat, gegen das Regime von Mursi gefallen sind, - und jene, deren Aufgabe es nun ist, Al-Sissi und seinen Bluthunden die Stirn zu bieten.

Nieder mit dem Militärregime!
Nein zur Rückkehr des alten Regimes!
Nein zur Rückkehr der Moslembrüder!
Das Volk steht die ganze Macht und der ganze Landesreichtum zu!

Quelle: http://revsoc.me/statement/ysqt-hkm-lskr-ysqt-lsysy-qyd-lthwr-lmdd
Übersetzung: Tlaxcala, http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=10357 /SiG-Redaktion

Anm. der Redaktion:
Zum Weiterlesen:
http://www.labournet.de/category/internationales/aegypten/
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Aegypten/Welcome.html
Samir Amin : Reflects on Egypt
http://pambazuka.org/en/category/features/88764

Türkei: Die 10 Tage des Widerstands (28.Mai – 5. Juni): Infographik
http://infografik.com.tr/sosyal-medya/die-10-tage-des-widerstandes/

Einige Dokumente nach einer Informationsrundreise durch Deutschland
http://rosalux.de/platz-der-traeume

Tunesien: Welche Bilanz für anderthalb Jahre der islamistischen Regierung?

Ein Gespräch mit Ahlem Belhadj,

Präsidentin der Association tunisienne des femmes démocrates (ATFD, Tunesischer Bund demokratischer Frauen)

Das Scheitern der Islamisten ist jetzt kaum umstritten. Die meisten Tunesier stimmen meiner Meinung nach darüber ein: die Regierung hat die Aufgaben, für die sie verantwortlich war, nicht erfüllt.
Dieser Artikel wurde noch vor der Ermordung eines weiteren linken politischen Führers, Mohamed Brahmi, und vor den Massendemonstrationen im Juli/ August. Über die jetzige Lage in Tunesien finden sich im Anbschluss an diesen Artikel einige Informationen

18. Juli 2013
Diese Regierung wurde für eine Übergangsperiode von 12 Monaten eingesetzt. Nun sind nach 18 Monaten die wesentlichen Aufgaben, für die sie zuständig war - darunter die Ausarbeitung einer Verfassung - nicht erfüllt worden. Und alles, was sie unternommen hat, sei es nun auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene, erweist sich als höchst problematisch. Von den Zielsetzungen der Revolution sind wir weit entfernt.

Auf wirtschaftlicher Ebene hätte die Regierung als Erstes sich auf ein Entwicklungsmodell hinorientieren müssen, das sich für arme Regionen, unterprivilegierte Schichten und die Schaffung von Arbeitsplätzen besser eignen sollte. Sie hat aber die neoliberalePolitik der Diktatur von Ben Ali noch verstärkt:
- Das am 19. November 1012 **mit der EU unterzeichnete Partnerschaftsabkommen** ist für Tunesien von Nachteil. Es soll nämlich den unbeschränkten Freihandel einführen, insbesondere im Agrar- und im Dienstleistungssektor, was eine Katastrophe für diese beiden Sektoren bedeuten würde;
- Laut dem neuen Abkommen (Juni 2013) mit dem **IWF** werden die Märkte noch weiter liberalisiert;
- Die Regierung hat Tunesien noch ausgeprägter in die **Verschuldungspolitik** getrieben. Angesichts der Inflationsrate, der hohen Lebenskosten, des Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der Verschuldungspolitik und in Ermangelung von Maßnahmen für die soziale gerechtigkeit darf man von einem kompletten wirtschaftlichen und sozialen Scheitern sprechen. (a)

Politisch gesehen haben wir unter der Ennahdha-Regierung höchst schwierige Momente durchgemacht, Brutalitäten und sogar politische Morde erlebt. Kürzlich hat Sahbi Attig, einer der Hauptführer von Ennahdha, Drohungen gegen die Tunesier ausgestoßen, die wie neulich in Ägypten die Legitimität der aktuellen Führung in Frage zu stellen wagen sollten. Diese Führungskraft von Ennahdha hat versucht, die Menschen einzuschüchtern, indem er sehr bedrohende Formulierungen benutzt hat wie „die Leute mit den Füßen treten“ oder „es wird Blut fließen“. Diese Worte wurden nicht von irgendjemandem, sondern vom Vorsitzenden der Ennahdha-Gruppe im Parlament ausgesprochen. Ebenfalls hat die Präsidentschaft gerade eine Klage eingereicht gegen jene, die aufgerufen haben, die ANC (Assemblée nationale constituante, Versammlung zur Ausarbeitung der Verfassung) aufzulösen und die Legitimität nicht mehr einzig und allein mit den Wahlergebnissen zu begründen.

Ein weiterer Punkt betrifft alle **Reformen der Institutionen und staatlichen Strukturen, die derzeit stagnieren**.
So z.B. die Unabhängigkeit der Justiz oder die Polizeireform. Immer mehr gerichtliche Urteile werden von der Exekutive diktiert, was mich ungeheuer empört. Wir haben sehr harte und brutale Erfahrungen mit der Polizei gehabt und es ging die Rede vom Vorhandensein einer Parallelpolizei. Man darf sich fragen, wie weit es gehen kann.

Ansonsten lassen die **Freiheitsrechte** zu wünschen übrig. In letzter Zeit sind mehrere politische Prozesse abgehalten worden. Jugendliche wurden wegen einem Rap-song verhaftet. Eine Femen wurde verhaftet, wobei sie absolut nichts Verwerfliches gemacht hatte, es war ihr gegenüber Ausdruck politischer Unterdrückung. Viele wurden verhaftet, viele vor Gericht geladen. Gewerkschafter wurden gekündigt, wodurch Streik- und Gewerkschaftsrecht bedroht werden. Der derzeitige herrschende Druck auf die politische Szene gefährdet unsere bedeutendsten Errungenschaften. Die faktischen Erfolge des laufenden revolutionären Prozesses sind bisher nämlich die Organisations-, Rede- und Demonstrationsfreiheit gewesen. Und derzeit wird auf diesem Gebiet Vieles wieder in Frage gestellt. Man versucht z.B. die Presse nach Möglichkeit mundtot zu machen. Laut der Journalistengewerk-schaft und den Berichten der nationalen Pressebeobachtungsstelle gibt es da wirklich Grund zur Beunruhigung.

Hinsichtlich der **Frauenrechte** wurde bis dato kein Gesetz wieder in Frage gestellt. Aber im Rahmen der Erarbeitung der Verfassung kam es zu hitzigen Auseinandersetzungen über die Frauenrechte. Dabei trat das von den Islamisten getragene gesellschaftliche Projekt deutlich zum Vorschein. An Stelle der „Gleichheit“ von Mann und Frau haben sie vorerst den Begriff von „Komplementarität“ eingeführt, der jeder Rückentwicklung, jedem Rückschritt die Tür weit öffnet.
Die Wiedereinführung des Begriffes „Gleichheit“ in den Verfassungsentwurf musste hart erkämpft werden. Dann aber wurde ein anderer Artikel eingeführt, der den Islam zur „Staatsreligion“ machte, was dann alle möglichen Interpretationen dieses Begriffes „Gleichheit“ ermöglicht. So hat z.B. Ridha Belhadj, der Sprecher der Salafistenpartei Ettahrir, erklärt, dass er keine Probleme mit der Gleichheit hatte, insofern die Scharia für Gleichheit bürgt! Und dabei fördert seine Partei die Polygamie!
Das Problem stellt sich ebenfalls bei den internationalen Konventionen, die den Begriff „Gleichheit“ definieren. Ennahdha führt groß angelegte Kampagnen gegen die Konvention zur Abschaffung aller Arten von Diskriminierung gegen Frauen (CDEAW). Der Minister für religiöse Angelegenheiten hat diese Kampagne gestartet und in den entlegensten Orten Tunesiens sammeln Ennahdha-Aktivisten Unterschriften von TunesierInnen gegen diese Konvention, indem sie ihnen erklären, dass diese Konvention die Heirat von Homosexuellen gestattet und es verbietet, vor 18 Jahren zu heiraten - wobei Letzteres schon in Tunesien gesetzlich verboten ist. Das verrät aber die Einstellung jener Menschen: sie möchten insbesondere, dass Mädchen schon vor 18 verheiratet werden können. Für gewisse

tunesische Islamisten wäre es sogar am besten, wenn Mädchen schon mit 13 heiraten dürften.
Was noch schlimmer ist mit Hinblick auf die Frauenrechte ist, dass sie versuchen, gesellschaftliche Normen einzuführen. Rückentwicklungen prägen das gesellschaftliche Verhalten, und auf den Frauen wird ein enormer Druck ausgeübt, insbesondere dadurch, dass immer mehr Gewaltakte gegen sie verübt werden. Ein ganzer Diskurs legitimiert und bagatellisiert diese Gewaltakte, wobei neue Maßnahmen zum Schutz der Frauen nicht getroffen werden. Auch wird ein moralischer Druck auf die Frauen und auf deren Verhalten und Benehmen ausgeübt. Viele Frauen üben Selbstzensur und fragen sich, wie sie sich kleiden sollen, bevor sie ihr Haus verlassen. Man hat gesehen, wie Frauen von Gruppen angefallen wurden, und jene dabei nicht beachtlich gestört wurden.
Eben im gesellschaftlichen Alltag fallen die Rückentwicklungen am stärksten auf, z.B. als Schwierigkeiten beim Zugang zur Abtreibung und Empfängnisverhütung, obwohl diesbezüglich in der Gesetzgebung nichts geändert wurde.

Welche andere Gefahren birgt der Verfassungsentwurf?

Mehrere grundlegende Punkte sind problematisch.

Der erste Punkt ist das **Verhältnis zur Religion**: soll die tunesische Gesetzgebung „positive Gesetze“ oder die Scharia zur Grundlage haben? Das ist die ganze Frage. Die tunesischen Islamisten hatten sich verpflichtet, einen nicht religiösen Staat umzusetzen, der auf positiven Gesetzen beruht. Dann wollten sie aber in den Verfassungsentwurf plötzlich die Scharia als Grundlage der Gesetze einführen. Nach den diesbezüglichen Auseinandersetzungen haben sie die Scharia zwar nicht mehr erwähnt, in der Präambel haben sie aber äußerst vage Formulierungen benutzt, so z.B. „auf der Scharia beruhend (oder von der Scharia inspiriert)“ oder „aus den Grundsätzen des Islams schöpfend“. Letztendlich ist es zu einem nationalen Konsens gekommen, der für mich problematisch ist. Es handelt sich um Artikel 1 der Verfassung von 1959:
„ Tunesien ist ein freier, unabhängiger und souveräner Staat; seine Religion ist der Islam, seine Sprache das Arabische und sein Regime republikanisch. “
(http://www.verfassungen.net/tn/verf59-i.htm) Dies Formel lässt mehrere Interpretationen zu: ist der Islam die Staatsreligion oder die Religion des Landes. Klar, die meisten Tunesier sind Moslems, aber meiner Meinung nach darf der Staat keine Religion haben. Wenn es aber so wäre, so hieße es, dass die Staatsführung im Namen des Heiligen regieren und dann wird jede Debatte ausgeschlossen.

Wir hatten mit einem Konsens zu tun, weil er die Frage offen ließ. Nachdem die Islamisten ihn aber angenommen haben, haben sie einen neuen Artikel eingeführt, der diese Offenheit blockiert und es gestattet, den Artikel 1 so aufzufassen, dass der Islam Staatsreligion ist. Das ist etwas Gravierendes, weil sie dann völlig freies Feld haben, alle Gesetze in Frage zu stellen, die als „mit dem Islam nicht zu vereinbaren“ betrachtet werden können, oder eher als mit einer gewissen Lektüre des Islams nicht zu vereinbaren sind.

Der zweite problematische Punkt betrifft die **Freiheitsrechte**, da viele Klauseln die Grundrechte beschränken, so z.B. die Redefreiheit oder die Schaffungs- und Veröffentlichungsfreiheit.

Beim dritten Punkt geht es um die **Unabhängigkeit der Justiz**. Der aktuelle Verfassungsentwurf fördert keine Unabhängigkeit der Justiz: der Staatsanwalt, der allein rechtsfähig für die Einleitung von Untersuchungen ist , ist von der Exekutive abhängig. Das lehnen wir entschieden ab. Die Verfassung muss die Unabhängigkeit der Justiz vollends garantieren.

Ein vierter Punkt betrifft die **Übergangsperiode** und wurde noch im letzten Moment der letzten Fassung des Verfassungsentwurfs hinzugefügt. Falls dieser angenommen wird, darf er drei Jahre lang nicht verändert werden. Es würde die Übergangsperiode um drei Jahre verlängern.

Überhaupt war Tunesiens Zustimmung zu den universellen Menschenrechten immer wieder Gegenstand von bedeutenden Dissens im Laufe der Ausarbeitung der Verfassung. Es standen sich **zwei entgegengesetzte Anschauungen gegenüber:** die einen wollten alles auf die arabisch-moslemische Identität Tunesiens zurückführen, wobei die anderen sich auf universelle Menschenrechte bezogen haben und Tunesien in eine universelles menschliches Erbe eingliedern wollten. Trotz Verbesserung der unterschiedlichen Versionen sind nicht alle Probleme gelöst, was auf beträchtliche Divergenzen mit Hinblick auf das zu umsetzende Gesellschaftsmodell hinweist.

Wie weit steht es mit der Vorbereitung der kommenden Wahlen? Sind Termine schon festgelegt?

Es heißt, dass die Wahlen Ende 2013 stattfinden sollen. Für mich können sie aber unmöglich bis dahin korrekt vorbereitet werden. Die regierende Troika hat mit allen Mitteln versucht, dass sie nicht rechtzeitig organisieren werden können. Es gab eine unabhängige Wahlkommission, mit Leuten die aus den Wahlen von 2011 Erfahrung hatten. Man hatte Geld ausgegeben, um jene auszu-bilden. Diese nationale Instanz verfügte außerdem über regionale Strukturen. Die Regierung aber, Ennahdha an der Spitze, wollte keine so unabhängige Instanz. Deshalb wurde jene angegriffen und dann würde man ganze Monate brauchen, um eine neue Instanz aufzubauen, was zudem geld- und zeitaufwendig sein wird. Und dabei wird vor allem deren Unabhängigkeit gefährdet. Meiner Meinung nach sind vor 2014 keine Wahlen zu organisieren. Sie müssen mit den Lügenmärchen aufhören, auch wenn man vor kurzem gehört hat, dass Ennahdha eine Reihe von Versammlungen organisiert haben soll, damit die Wahlen schon 2013 stattfinden. Ich für mein Teil halte das für unmöglich , wenn man freie, transparente und demokratische Wahlen haben will.

Wie steht es derzeit mit der Sicherheit?

Enhadha hat die eigenen Milizen nicht aufgelöst und im Innenminister wurden bisher keine neue Strukturen effektiv eingebaut, so dass für mich die Frage der Sicherheit immer noch keine Antwort erhalten hat. Die Untersuchung über den Mord von Schokri Belajd macht immer noch keine Fortschritte. Um die Wahrheit über die Morde einzufordern, bereitet der „Front populaire“ am 6. August - genau 6 Monate nach der Ermordung - eine große nationale Demonstration vor
Dass es sich in die Länge zieht, beweist eben, dass es sich dabei um einen Staatsmord handelt: es fehlt der politische Wille, die Wahrheit bekannt zu machen. Und aus der Geschichte haben wir gelernt, dass Staatsverbrechen sich am schwierigsten klären lassen. Im Zuge der Ermordung haben wir die Auflösung der LPR (ligues de protection de la révolution, Ligen zum Schutz der Revolution) verlangt. Einige Zeit haben wir geglaubt, dass Ennahdha etwas nachgeben würde, aber schließlich ist doch nichts passiert. Sie wollen einsatzbereite Truppen behalten mit Blick auf die kommenden Wahlen sowie die künftigen Mobilisierungen. Immer mehr wächst der Trend zur Kriminalisierung der sozialen Bewegungen und zum Bulleneinsatz zu deren Unterdrückung.

Über welche Legitimität verfügt aktuell die Regierung?

Ich denke, dass es keinerlei Legitimität mehr gibt. Die Legitimität kann nicht einzig daraus resultieren, den Wahlsieg im Oktober 2011 errungen zu haben. Die Versammlung war zur Umsetzung bestimmter Ziele und für eine genau bestimmte Zeitspanne

gewählt worden. Die Ziele wurden nicht erreicht und die Zeitspanne ist abgelaufen. Zudem herrscht ein Klima der Unsicherheit und die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die Regierung hat auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet total versagt. Sie ist unmittelbar verstrickt in die Entwicklung der Gewalt, was bis zum politischen Mord geht. Jugendliche wurden aufgrund eines Rap-Lieds festgenommen. Eine Aktivistin von Femen wurde verhaftet, obwohl sie absolut nichts getan hatte. Von welcher Legitimität ist hier die Rede? Es läuft ein revolutionärer Prozess ab, und die einzige wirkliche Legitimität ist die revolutionäre Legitimität.

Welchen Einfluss hat die Situation in Ägypten?

Die Tunesierinnen und Tunesier haben aufmerksam verfolgt, was sich in Ägypten entwickelt. Dies hat den Tunesierinnen und Tunesiern, insbesondere den Aktivisitinnen und Aktivisten, einen neuen Schwung verliehen. Wir sind tatsächlich in einer Talsohle angekommen, was den revolutionären Prozess in Tunesien angeht, mit allem was sich in Tunesien ereignet hat - Schlagstockeinsätze, Unterdrückung und Einschränkung der Freiheitsrechte. Ägypten hat die Hoffnung unter den Menschen wieder hervorgebracht, die schon etwas verzweifelt waren. Man konnte sehen, wie in Tunesien eine Bewegung namens Tamarod (Rebellion) nach ägyptischem Vorbild entstand, dazu eine weitere, „Khnagtouna“ genannte (Ihr erstickt uns, Ihr unterdrückt uns), die u. a. zur Auflösung der Konstituierenden Nationalversammlung (ANC) aufruft. Zudem war zu beobachten, dass die wichtigsten politischen Kräfte der Opposition die Auflösung der ANC forderten. Dies betraf sowohl Nidaa Tunes (1) als auch den Front populaire. Dies wirkte sich auf die Ennahdha aus, denn sehr schnell kam es zu repressiven Maßnahmen und drohenden Reden.

Für Ennahdha ist dies offensichtlich ein großer Verlust: Die Amtsenthebung ihrer Brüder in Ägypten beunruhigt sie sehr und beunruhigt ihre gesamte Bewegung in der Region. In der Türkei fand ein Treffen der Muslimbrüder statt, an dem der Präsident von Ennahdha, Ghanouchi, teilgenommen hat. Sie haben die Ereignisse in Ägypten als einen Staatsstreich eingestuft und betont, dass Ennahdha unterstützt werden müsse, um in Tunesien an der Macht zu bleiben, denn andernfalls wäre dies der Todesstoß für die Muslimbrüder in der gesamten Region. Diese Befürchtungen geben Anlass für drohende Reden.

Was sich derzeit in Ägypten abspielt, die Rolle der Armee und die Unterdrückung gegen die Islamisten betreffend, beunruhigt mich, und ich denke, dass es nicht wenigen Leuten ebenso geht.
Durch Unterdrückung können nämlich keinerlei Probleme gelöst werden. Die Amtsenthebung der Islamisten in Ägypten ist einer bedeutenden Mobilisierung der Bevölkerung zu verdanken. Aber danach hat das Militär die Früchte davon geerntet und innerhalb der islamistischen Bewegung Schrecken verbreitet. Damit bin ich nicht einverstanden. Das wird nur zur weiteren Festigung der Opferrolle führen, von der die Islamisten in den vergangenen Jahren stark profitiert haben. Und dies mit Recht, wenn man sieht, dass an einem einzigen Tag etwa fünfzig Personen getötet wurden oder dass Mursi und andere Brüder eingesperrt wurden. Ich bin ganz und gar gegen solche Taten, die keinerlei Legitimität besitzen.

Könnte die tunesische Armee die gleiche Rolle wie in Ägypten spielen?

Die tunesische Armee hat eine andere Geschichte. Es wäre für sie schwierig, in der gleichen Art und Weise einzugreifen. Nichtsdestoweniger könnte sie eine Rolle spielen, aber alles hängt von der Entwicklung der Dinge ab und davon, ob es zu bedeutenden Mobilisierungen käme.

Welches waren die konkreten Ergebnisse bei der Suche nach einem Konsens: Dialog mit der UGTT, Konferenz gegen die Gewalt?

Ihr Ziel ist es, alle Kräfte zur Findung eines Konsenses zu versammeln, der es erlaubt, die Übergangsperiode zum Abschluss zu führen. Alle diese Initiativen kommen sehr, sehr langsam voran. Was in Ägypten passiert ist, wird zweifellos die Dinge hinsichtlich der Verfassung etwas beschleunigen.

Insgesamt gibt es keine Fortschritte hinsichtlich der Gewalt: Ennahdha und der CPR haben sich übrigens in der letzten Minute der Konferenz gegen die Gewalt entzogen und haben ihre anfänglichen Zusagen nicht erfüllt. Ich persönlich bin der Meinung, dass ein Konsens mit Ennahdha sehr schwierig ist.

Welche gemeinsamen Punkte und welche Unterschiede gibt es hinsichtlich der Initiative der UGTT und der vom Front populaire vorgeschlagenen Regierung der nationalen Rettung?

Es handelt sich um zwei unterschiedliche Vorstöße.

Die UGTT beteiligt sich nicht an einem Vorstoß, der die Regierung in Frage stellt, sie schlägt lediglich Aufgaben für die derzeitige Regierung vor.

Dagegen schlägt der Front populaire eine andere Regierung vor. Er stellt fest, dass die derzeitige Regierung versagt hat und schlägt stattdessen eine Regierung der nationalen Rettung vor. Diese darf sich nicht lediglich auf Fragen der Demokratie beschränken, sondern muss die wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Vordergrund stellen. Die UGTT hat ebenfalls eine Diskussion über die Schaffung eines nationalen Pakts mit der Regierung und der Arbeitgeberorganisation begonnen, aber dabei handelt es sich um eine andere Debatte.

Was antwortet der „Front Populaire“ denen, die der Meinung sind, dass seine Treffen mit der UPT (2) zur Schaffung eines nationalen Rettungskongresses auf eine Wahlkoalition herauslaufen könnten?

Die offizielle Entscheidung des „Front Populaire“, wie sie während der nationalen Ratsversammlung am 1. und 2. Juni angenommen wurde, besagt, keine Wahlkoalition zu schaffen, aber bei genau definierten Aufgaben punktuell zusammenzuarbeiten. Dennoch beunruhigt es manche Aktivisten des Front, dass es nun einen dauerhaften Rahmen der Koordination zwischen dem Front und der UPT gibt (3).

Wie steht es um die Mobilisierungen?

Seit einigen Monaten haben die sozialen Mobilisierungen der Bevölkerung in den Städten und Stadtteilen etwas abgenommen. Dies erklärt sich durch die Unterdrückung und die Kriminalisierung der spontanen sozialen Bewegungen zur Verteidigung des Rechts auf Arbeit, des Rechts auf Wasser, auf Straßen etc.
Das heißt nicht, dass die Bewegungen verschwunden sind. Es handelt sich lediglich um eine kleine, momentane Abschwächung, denn das Unbehagen bleibt massiv. Es bleibt ein umfassender Wille zur Mobilisierung bestehen, angesichts der Teuerung bei der Lebenshaltung, den täglichen Schwierigkeiten, des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit. Durch das Ausbleiben einer politischen und wirtschaftlichen Antwort auf diese sozialen Forderungen, die von vielen getragen werden, kommt es dazu, dass die Krise umfassend bleibt. Man beobachtet hingegen das Wiederaufleben mehr traditioneller Kampfformen wie die Streiks, die von der UGTT organisiert wurden.

Welche Initiativen wurden zum Schutz vor den islamistischen Milizen getroffen?

Insbesondere seit den Angriffen gegen die Versammlungen bilden sich mehr und mehr Formen des Selbstschutzes heraus. Doch diese Bewegung steht noch ganz am Beginn ihrer Entwicklung.

Anmerkungen:
(a)s. SiG 101 und 102, insb. http://sandimgetriebe.attac.at/10461.html

(1) Siehe dazu http://www.europe-solidaire.org/spi... Die neoliberal orientierte Nidaa Tunes ist eine Partei, die im Grunde aus den Reihen des verbliebenen Personals der Diktaturen von Bourguiba und Ben Ali gebildet wurde. Sie ist die bestimmende Kraft in der Koalition Union pour la Tunisie (UPT, Union für Tunesien).
(2) Die zu Wahlzwecken gebildete Koalition Union pour la Tunisie (UPT) wird von Nidaa Tunes dominiert. Man findet dort zudem eine Partei der rechten Mitte, die aus der legalen Opposition gegen Ben Ali hervorgegangen ist (ex-PDP), sowie drei kleine Parteien, deren älteren Wurzeln links liegen (eine Partei, die teils aus der früheren kommunistischen Partei entstanden ist, eine 2006 erfolgte Abspaltung der PCOT und ein Flügel von einer der Strömungen „Patriotes démocrates" in marxistisch-leninistischer Tradition.
(3) Zahlreiche Erklärungen des Front populaire zu diesem Thema sind auf der Seite „Europe solidaire sans frontières" wiedergegeben, Seite „Tunisie", Rubrik „à gauche". http://www.europe-solidaire.org/spip.php?rubrique1029 http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article29482

Ahlem BELHADI ist Ärztin an einem Universitätskrankenhaus; sie ist Mitglied der LGO und damit des Front populaire sowie Aktivistin der UGTT. Vor allem ist sie bekannt als Präsidentin der Association tunisienne des femmes démocrates (ATFD, Tunesischer Bund demokratischer Frauen).

Langversion eines Interviews, das in der Wochenzeitung „Tout est à nous" erschienen ist. Das Gespräch wurde am 18. Juli 2013 von Dominique Lerouge geführt.
http://front-populaire.fr/entretien-avec-ahlem-belhadj-quel-est-le-bilan-de-18-mois-de-gouvernement-islamiste/

Übersetzung: Michèle Mialane, Hans-Hermann Bohrer, SiG-Redaktion

Ärger um Tunesiens Verfassung
Wenn die Frau den Mann nur "ergänzt"
http://www.tagesschau.de/ausland/tunesien610.html

TUNESIEN – wie weiter ?

JULI 2013
Am 25. Juli wurde **Mohamed Brahmi ermordet. Er war** ein führendes Mitglied des "Front populaire" in Tunesien und Abgeordneter in der Verfassungsgebenden Versammlung.
Dieser Mord geschah 5 Monate nach dem Mord an Chokri Belaid (S SiG 101, http://sandimgetriebe.attac.at/sig101.html)



http://de.euronews.com/2013/07/25/tunesien-oppositionspolitiker-mohamed-brahmi-ermordet/

Parteien und Organisationen der Zivilgesellschaft haben über ein Kommuniqué vom 26. Juli 2013 die Bildung einer Front der nationalen Rettung als Reaktion auf die **Ermordung** des Vorsitzenden des „Courant Populaire", **Mohamed Brahmi**, angekündigt.
Darin wurde dessen Mord verurteilt und die Verantwortung an der Ausbreitung von Gewalt und **organisiertem politischem Verbrechen der regierenden Troika** und insbesondere der Ennahdha-Partei zugeschrieben.
Sie haben zu friedlichem Protest aufgerufen. Ab Freitag, den 26. Juli 2013 fanden vor dem Sitz der Verfassungsgebenden Nationalversammlung Sit-in statt.
Ein zweitägiger **Generalstreik** fand am 26. und 27. Juli statt.
- Gefordert wurde **die Bildung einer Regierung der nationalen Rettung**, auf weniger Mitgliedern begrenzt, die ehrenamtlich arbeiten und sich nicht bei den kommenden Wahlen zur Wahl stellen. Den Vorsitz dieser Regierung sollte eine landesweit renommierte Persönlichkeit innehaben, so dass dringende wirtschaftliche, soziale, politische und sicherheitpolitische Maßnahmen ergriffen und die nächsten Wahlen vorbereitet werden können.
Über das Kommuniqué wurden die Sicherheitskräfte und die tunesische Armee aufgerufen, den Willen der Menschen zu respektieren und deren friedliche, engagierte Haltung sowie privates und staatliches Eigentum zu schützen. Ebenso darin enthalten ist ein Aufruf an die Medien, diese breiten Bewegungen zu unterstützen, welche die Revolution wieder auf den Weg bringen will. (Quelle: http://www.mosaiquefm.net/fr/index/a/ActuDetail/Element/23999-des-partis-et-composantes-de-la-societe-civile-annoncent-la-creation-d-un-front-de-salut-national?Source=RSS)

September 2013:
Unter dem Druck der Straße hat sich die Ennahda in der vergangenen Woche bereit erklärt, mit der Opposition in einen nationalen Dialog zu treten, an dessen Ende dann Neuwahlen stehen sollen. Bis dahin soll ein neu zusammengestelltes »Expertenkabinett« die Amtsgeschäfte leiten. Das Parlament wird erst aufgelöst, wenn der Termin für Neuwahlen feststeht. Außerdem soll bis dahin eine neue Verfassung ausgearbeitet werden. Diesen **Kompromiß** hatte die einflußreiche Gewerkschaft **UGTT** als Vermittler gemeinsam mit den Islamisten ausgehandelt. Seine Partei habe den Vorschlag als »Startpunkt zur Lösung der politischen Krise akzeptiert«, sagte Ennahda-Chef Rashid Ghannouchi im österreichischen Fernsehen.
Die **»Nationale Rettungsfront«**, in der sich ein großer Teil der säkularen Opposition in Tunesien zusammengeschlossen hat, lehnt das Angebot jedoch ab. Ihre Anhänger skandierten während des Protestmarsches zum Parlament »Das Volk will das Regime stürzen!« und schimpften Ghannouchi einen »Mörder«. Die Demonstration war der Auftakt zur »Woche des Abschieds«, in der die Opposition die Islamisten zum Abdanken zwingen will. »Wir werden den Druck aufrechterhalten, um eine Auflösung der Regierung zu erreichen«, sagte Jilani Hammami von der Arbeiterpartei Tunesiens. Ein weiterer Grund: Die wirtschaftlichen Probleme haben unter den Islamisten enorm zugenommen.

Auch eine andere einflußreiche Oppositionspartei der Nationalen Errettungsfront, **Nidaa Tounis**, bezeichnet das Angebot der Islamisten als »nicht ernsthaft«. Nidaa Tounis wäre bei den kommenden Wahlen die vermutlich schärfste Konkurrentin der Islamisten. Die Partei besteht aus gemäßigten Linken, Linksliberalen und ehemaligen Mitgliedern der Dustur-Partei des verjagten tunesischen Alleinherrschers Ben Ali.
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Tunesien/islamisten2.html

PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation)
Handel der EU mit israelischen Siedlungen

Siedlungen und Völkerrecht - ISRAEL VERLETZT:
- Die Genfer Konvention (IV) – Ausführungen zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (1949), Artikel 49, Artikel 147
- Die folgenden UN-Resolutionen, einschließlich Sicherheitsrat-Resolutionen: 252, 267, 298, 446,452,465, 471, 476, 478, 605, 1515
- Die Beratungsrichtlinie zur Frage der Mauer in den besetzten Gebieten (OPT) des Internationaler Gerichtshofes
- Den in Rom ratifizierten Gesetzentwurf des Internationalen Strafgerichtshofes, Art. 8

Mai 2013
Wenn eine Besatzungsmacht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Territorium umsiedelt, so stellt dies einen ernsten Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention von 1949 dar und verletzt die 1998 in Rom beschlossene Gesetzesvorschrift des Internationalen Gerichtshofes. Nach dem Völkerrecht werden solche Handlungen als Kriegsverbrechen betrachtet. Genau das jedoch war die Politik des Staates Israel seit Beginn der Besetzung im Jahre 1967.
46 Jahre später sind die Unternehmen der israelischen Siedlungen im besetzten Gebiet des palästinensischen Staates zu einem gewinnträchtigen Geschäft geworden, das auf dem Diebstahl und der Kolonisierung von palästinensischem Land und seiner natürlichen Ressourcen beruht, ohne dass dies allem Anschein nach politische, juristische oder diplomatische Folgen für Israel hätte. Dies muss sich ändern.

Die Europäische Union (EU) ist Israels größter Im- und Exportmarkt. Im Jahre 2011 belief sich der Handel zwischen Israel und der EU auf 29,4 Milliarden Euro, von denen 12,6 Milliarden Euro auf die israelischen Exporte entfielen. Diese Zahlen schließen den gemäß Völkerrecht illegalen Handel mit israelischen Siedlungen ein. (1) Während die offizielle Im- und Exportstatistik den genauen Umfang der Exporte aus israelischen Siedlungen in die EU nicht ausweist, beläuft sich der neueste geschätzte Wert auf jährlich 229 Millionen Euro (2)

Landwirtschaftliche Erzeugnisse, von denen die meisten im Jordantal angebaut werden, gehören zu den wichtigsten Exporten der israelischen Siedlungen. Frisches Obst (wie Trauben und Datteln) sowie Gemüse hat einen hohen Anteil an den in die EU exportierten Gütern. Beispielsweise werden mehr als 80% der Datteln und etwa 70% der Trauben von den illegalen Siedlungen im Jordantal direkt für den Export angebaut. (3)

Das Assoziationsabkommen zwischen Israel und der EU ist ausgerichtet auf den Fortschritt im Friedensprozess und auf Israels Beachtung der Menschenrechtsnormen. Es gewährt Israel eine Reihe von Handelsvorteilen, von denen aber die israelische Siedlungen ausgenommen sein sollten, da sie illegal auf dem Territorium des besetzten Palästinensischen Staates errichtet wurden. Israel verletzt diese Bedingungen in eklatanter Weise, muss aber abgesehen von verurteilenden Äußerungen keine negativen Konsequenzen befürchten. Trotz Israels fortgesetzter Politik des Siedlungsbaues genehmigte der Assoziationsrat für Israel und die EU, eine der beiden Einrichtungen, welche die Umsetzung der Assoziationsvereinbarung überwachen sollen, 60 konkrete Aktivitäten in 15 verschiedenen Bereichen, einschließlich der Zusammenarbeit mit einer Reihe von EU- Agenturen.

<u>Entwicklung der EU-Position hinsichtlich der Siedlungsprodukte</u>
Die Haltung der EU zu den Siedlungen ist ausgesprochen klar. Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, hat bei zahlreichen Gelegenheiten festgestellt, dass *„jeglicher Siedlungsbau nach dem Völkerrecht illegal ist und ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden bedeutet.“*(4)

Die Verhandlungsführer der EU formulierten in ihrem 2012 veröffentlichten Bericht zu Ost-Jerusalem eine Anzahl von schwerwiegenden Bedenken. Sie verurteilten den Siedlungsbau und empfahlen den EU-Mitgliedern die Verhängung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Siedlungen. Der Bericht ruft die EU dazu auf, *„finanzielle Transaktionen zu verhindern oder davon abzuraten bzw. das Bewusstsein zu stärken über problematische Folgen der finanziellen Transaktionen (…) für die Unterstützung von Siedlungsaktivitäten, Infrastruktur- und Dienstleistungsmaßnahmen.“(5)*

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahre 2010 stärkte die Haltung der EU gegen die israelische Siedlungspolitik im besetzten Palästinensischen Territorium, indem es Mitgliedsstaaten erlaubte, eine Vorzugsbehandlung für Produkte aus den Siedlungsgebieten abzulehnen und darüber hinaus bestätigte, dass Mitgliedsstaaten nicht an von Israel gegebene Herkunftskennzeichnungen gebunden sind, sofern es unzureichende Belege für die Herkunft eines Produktes gibt.“(6) Ferner diskutierte das Europäische Parlament die Frage der korrekten Herkunftsauszeichnung von Produkten und verwies auf die *„Sorge, dass Waren aus den israelischen Siedlungen in den Besetzten Palästinensischen Gebieten (OPT) in Europa mit der Bezeichnung ´Produkt der West Bank´ oder als Produkt von Israel verkauft werden könnten“.* Außerdem rief es die Mitgliedsländer dazu auf, *„durch Umsetzung des EU-Kennzeichnungsgesetzes sicherzustellen, dass Produkte aus israelischen Siedlungen deutlich von israelischen Waren bzw. palästinensischen Produkten unterschieden werden können.“* (7)

Im April 2013 sandten 13 Außenminister der Mitgliedsstaaten einen Brief an Catherine Ashton als Hohe Vertreterin der EU, in dem sie feststellten, dass sie die Einführung EU-weiter Richtlinien für die Bezeichnung landwirtschaftlicher Produkte aus den Siedlungen voll unterstützen: *„Dies ist ein wichtiger Schritt zur Gewährleistung korrekter und stringenter Anwendung der EU-Gesetzgebung hinsichtlich Verbraucherschutz und Kennzeichnungsgesetzgebung. Er erfüllt unsere bisher ausgesprochene Verpflichtung und stimmt vollkommen überein mit der Tradition der EU-Politik in der Sache der israelischen Siedlungen in den Besetzten Palästinensischen Gebieten“* (8) Ferner verlangten die 13 Außenminister *„verstärkte Anstrengungen“* in Richtung auf die *„volle und wirksame Umsetzung der bestehenden Gesetzgebung“* in dieser Sache. Die Kennzeichnung der Produkte aus den Siedlungen ist zweifellos ein positiver und bedeutsamer erster Schritt, doch können die EU und die einzelnen Mitgliedsländer durchaus mehr beitragen, indem sie ein vollständiges Handelsverbot mit allen illegalen israelischen Siedlungen durchsetzen, nämlich gemäß Artikel 215 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. (9)

<u>Warum sollte die EU den Import von Gütern aus den Siedlungen verbieten?</u>

Ermöglicht wird die Güterproduktion in den Siedlungen durch Israels Verletzung der internationalen Menschenrechte. Sie

bebauen das Land und nutzen die natürlichen Ressourcen der Gebiete, die den Palästinensern geraubt wurden. Die Vierte Genfer Konvention und die Bestimmungen von Den Haag erlauben es einer Besatzungsmacht nicht, ihre Macht zur Verfolgung der eigenen Interessen auszuüben oder die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu befriedigen. Analog dazu darf eine Besatzungsmacht nicht die Einwohner, die Ressourcen oder andere Werte des von ihr kontrollierten Gebietes zum Vorteil des eigenen Gebietes und der eigenen Bevölkerung ausbeuten. Genau dies aber tut Israel. Handel mit den Siedlungen trägt dazu bei, die weitere Ausdehnung dieser Siedlungen und der damit verbundenen Infrastruktur zu fördern und kommt einer stillschweigenden Unterstützung dieser ernsten Verletzungen des Völkerrechtes gleich.

Staaten tragen Verantwortung, wenn sie sich mit ernsten Verletzungen des Völkerrechtes konfrontiert sehen, selbst wenn sie nicht direkt daran Anteil haben. Insbesondere sind alle Staaten verpflichtet, eine Situation nicht als rechtmäßig anzuerkennen, die aus einer Verletzung des Völkerrechtes resultiert. Sie sind verpflichtet, keine Hilfe oder Beihilfe zu leisten, um diese Situation aufrecht zu erhalten, wohl aber dazu, das Recht auf Selbstbestimmung zu respektieren und zu fördern. Indem sie den Zugang von landwirtschaftlichen Produkten aus den Siedlungen zu ihrem Markt erlauben, anerkennen die Mitgliedsstaaten der EU implizit die Lage, die aus der Verletzung des Völkerrechtes durch Israel resultiert und leisten damit Hilfe oder Beihilfe, um eine nicht rechtmäßige Situation aufrecht zu erhalten. Damit tragen sie zur Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung für das Palästinensische Volk bei.

Handel mit israelischen Siedlungen ist unvereinbar mit der auf den Stopp der Siedlungsexpansion ausgerichteten EU-Politik. Wie die EU wiederholt festgestellt hat, untergraben die Siedlungen die Chancen für die international unterstützte Zweistaaten-Lösung und bedeuten ein wesentliches Hindernis für den Friedensprozess. Die Mitgliedsstaaten der EU sollten daher ihren seit langem formulierten Positionen Wirksamkeit verleihen und Druck auf Israel ausüben, damit die fortgesetzten Verletzungen des Völkerrechtes und der Menschenrechte beendet werden.

Noch wichtiger ist der Hinweis, dass der Handel mit den illegalen Siedlungen es Israel ermöglicht, ohne Furcht vor Sanktionen weiterhin von der illegalen und unrechtmäßigen Besetzung Palästinas zu profitieren, wodurch für die israelische Regierung jeder Anreiz dazu entfällt, ihr Verhalten zu ändern, die Besetzung zu beenden und auf den Frieden hinzuwirken. Diese Situation darf nicht länger hingenommen werden.

1) European Commission. http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/israel/
2) Trading Away Peace: How Europe helps sustain illegal Israeli settlements', October 2012, available from: www.christianaid.org.uk/Images/Trading%20Away%20Peace%20October%202012_tcm15-63607.pdf
3) Feasting on the Occupation: Illegality of settlement produce and the responsibility of EU member states under International Law', available from: http://www.alhaq.org/publications/Feasting-on-the-occupation.pdf
4) Ashton: Israeli Government Intention on Settlements Illegal, December 2012 http://www.neurope.eu/article/ashton-israeli-s-government-intention-expand-settlements-west-bank-illegal
5) EU Heads of Mission Jerusalem Report 2012. http://www.eccpalestine.org/wp-content/uploads/2013/02/EU_Homs_Jerusalem_Report_2012-1.pdf
6) http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=9ea7d2dc30db5ddfd9fffbc94d1cb219e0d629d54a77.e%2034KaxiLc3qMb40Rch0SaxuLaxr0?text=&docid=72406&pageIndex=0&doclang=en&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1002679
7) European Parliament (6th September 2010) Written Declaration 0064/2010 On the labelling of goods from the Occupied Palestinian Territories, available from: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+WDECL+P7-DCL-2010-0064+0+DOC+PDF+V0//EN&language=EN
8) EU Working on Plan to label settlement Products. http://www.jpost.com/Diplomacy-and-Politics/EU-working-on-guidelines-to-label-West-Bank-products-310760
9) Consolidated Versions of The Treaty On European Union and the Treaty On The Functioning of The European Union, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st06655-re01.en08.pdf

Übersetzung: Günter Kramann, coorditrad

AG Palästina von Attac Hamburg: Neue EU-Rahmenrichtlinien: Keine Förderung von Projekten in den besetzten palästinensischen Gebieten

Am 28. Juni verabschiedete die EU-Kommission Rahmenrichtlinien zur Vergabe von EU-Geldern an Israel.
Diese „guidelines" entsprechen der am 10. Dezember 2012 veröffentlichten EU-Resolution, in der die 27 Außenminister betonen, dass alle Abkommen mit Israel sich an die von der EU anerkannten territorialen Grenzen des Landes halten müssten. Es müsse *„gewährleistet werden, dass – in Überein-stimmung mit dem internationalen Recht – alle Vereinbarungen zwischen Israel und der EU eindeutig und ausdrücklich ihre Nichtanwend-barkeit auf die 1967 von Israel besetzten (...) Gebiete feststellen"*, d.h., die EU hat die israelischen Siedlungen im Westjordanland, in Ost-Jerusalem und auf den Golanhöhen stets für völkerrechtswidrig erklärt und die israelische Hoheit über diese Gebiete nie anerkannt, ganz egal, wie ihr rechtlicher Status nach israelischen Gesetzen ist.

Die nun verabschiedeten Richtlinien sehen vor, dass alle zukünftigen Fördermittel ausschließlich für Israel in den Grenzen von 1967 gelten. In jedem neuen Abkommen zwischen der EU und Israel über die Gewährung finanzieller Hilfen, Forschungsgelder und andere EU-Förderprogramme soll diese Klausel aufgenommen werden. Sie betrifft alle Arten der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport, gilt allerdings nur für Körperschaften, nicht für Personen. Wohnen z.B. Wissenschaftler in einer Siedlung, forschen aber an einer Universität im israelischen Kernland, dann können ihre Projekte weiterhin von der EU gefördert und auch ausgezeichnet werden.

Außerdem sollen die neuen Rahmenrichtlinien das Zollfreiheitsabkommen besser schützen, das die EU sowohl mit Israel als auch mit der Palästinensischen Autonomiebehörde unterzeichnet hat. Produkte aus den Siedlungen sind von dieser Zollbefreiung ausdrücklich ausgenommen, sie müssen verzollt werden. Israel aber unterläuft dieses Abkommen, indem es die Güter aus den Siedlungen irreführend als „made in Israel" kennzeichnet, um den Zoll zu sparen.
Es obliegt nun den Zollbehörden, anhand der Postleitzahlen die Herkunft der Güter festzustellen, ein Vorgehen, das in der Praxis kaum durchführbar ist. Durch den zollfreien Import von Gütern aus den Siedlungen finanziert die EU indirekt die Siedlungen mit, trägt auf jeden Fall zum Erhalt des status quo bei und unterläuft ihre eigene Außenpolitik.

Zur Zeit leben etwa 600.000 Menschen in den Siedlungen der seit 1967 völkerrechtswidrig besetzten Gebiete. Immerhin belaufen sich die Siedlerexporte jährlich auf 220 Mio Euro, während der Wert der aus den palästinensischen Gebieten exportierten Produkte 15 Mio Euro beträgt.

Die israelische Regierung reagierte mit Empörung auf die von der EU-Kommission verabschiedeten Rahmenrichtlinien. Sie sprach nicht nur von einer friedensverhindernden Maßnahme, einzelne Regierungsmitglieder bezichtigten die EU sogar des Rassismus und des Antisemitismus.

Die israelische Opposition hingegen begrüßte die europäische Initiative.

Gideon Levy, israelischer Journalist bei Haaretz
Es geht nur noch mit Boykott
Die letzte Zuflucht eines israelischen Patrioten

Haaretz 14. Juli, 2013

Wer sich wirklich um die Zukunft des Landes sorgt, muss zu diesem Zeitpunkt dafür sein, es wirtschaftlich zu boykottieren.
Ein Widerspruch in sich? Wir haben die Alternativen geprüft. **Ein Boykott ist das geringste Übel,** und könnte uns historische Vorteile verschaffen. Er ist die Option mit dem niedrigsten Gewaltpotential und würde sehr wahrscheinlich nicht in Blutvergießen enden. Er würde wie die anderen Optionen weh tun, aber die anderen wären schlimmer.

Unter der Annahme, dass der gegenwärtige Status Quo nicht ewig andauern kann, ist er die vernünftigste Option, will man Israel davon überzeugen, dass es sich ändern muss. Seine Effektivität hat er bereits unter Beweis gestellt. Immer mehr Israelis sind beunruhigt wegen des drohenden Boykotts. Wenn Justizministerin Tzipi Livni vor seiner Ausbreitung warnt und infolgedessen fordert, dass der diplomatische Stillstand aufgebrochen werden müsse, liefert sie den Beweis für die Notwendigkeit eines Boykotts. Sie und andere schließen sich damit dem Boykott, der Deinvestitions- und Sanktionsbewegung an. Willkommen im Club.

Der Wandel wird nicht von innen kommen. Das ist seit langer Zeit klar. So lange Israelis keinen Preis für die Besatzung zahlen oder zumindest nicht den Zusammenhang herstellen zwischen Ursache und Wirkung, haben sie keinen Anreiz, sie zu beenden. Warum sollte sich der Durchschnittsbewohner von Tel Aviv auch darum kümmern, was in der Stadt Jenin im Westjordanland oder in Rafah im Gazastreifen passiert? Diese Orte sind weit weg und nicht von besonderem Interesse. So lange die Arroganz und selbstgewählte Opferrolle des Auserwählten Volkes anhalten, des erwähltesten in der Welt, des immer einzigen Opfers, so lange wird sich nichts ändern, auch wenn die Weltgemeinschaft eindeutig Position bezieht.
Es ist Antisemitismus, sagen wir. Die ganze Welt ist gegen uns und wir sind nicht für ihre Haltung uns gegenüber verantwortlich. Dennoch trotz allem, kam der englische Sänger Cliff Richard hierher, um aufzutreten. **Der öffentlichen Meinung in Israel fehlt größtenteils der Bezug zur Realität - zur Realität in den besetzten Gebieten und im Ausland.** Es gibt außerdem einige, die dafür sorgen, dass diese gefährliche Realitätsferne aufrechterhalten bleibt. Zusammen mit der Entmenschlichung und Dämonisierung der Palästinenser und der Araber wird den Menschen hier **Nationalismus zu massiv eingetrichtert**, als dass sie zur Vernunft kommen könnten.

Wandel wird nur von außen kommen.
Niemand aber - einschließlich des Autors - möchte einen weiteren Teufelskreis des Blutvergießens.
Ein gewaltloser palästinensischer Volksaufstand ist eine Möglichkeit, aber es ist fraglich, ob das bald passiert.
Außerdem wären da noch diplomatischer Druck durch die Amerikaner und ein europäischer Wirtschaftsboykott.
Aber die Vereinigten Staaten werden keinen Druck ausüben. Wenn es die Obama-Administration nicht tut, wird es auch keine andere amerikanische Regierung tun.
Und dann ist da noch Europa. Justizministerin Livni sagte, dass der Diskurs in Europa ideologisch geworden sei. Sie weiß, wovon sie spricht. Sie sagte auch, dass ein europäischer Boykott nicht auf Produkte, die in den Siedlungen im Westjordanland erzeugt werden, beschränkt bleiben wird.
Es gibt auch keinen Grund dafür. Die Unterscheidung zwischen Produkten aus den besetzten Gebieten und andere israelischen Produkten ist künstlich. Nicht die Siedler sind die Hauptschuldigen , sondern diejenigen, die ihre Existenz kultivieren. **Ganz Israel ist im Siedlungsunternehmen verstrickt**, also muss auch ganz Israel Verantwortung dafür übernehmen und den Preis dafür zahlen. Niemand bleibt von der Besatzung unberührt , auch nicht diejenigen, die es vorziehen, wegzuschauen oder dem Thema aus dem Weg zu gehen. **Wir sind alle Siedler.**

Ein Wirtschaftsboykott hat sich im Falle von **Südafrika** als effektiv erwiesen. Als die Geschäftswelt des Apartheidregimes an die Führung des Landes herantrat und sagte, dass die vorherrschenden Umstände nicht weiter tragbar seien, waren die Würfel gefallen. Der Aufstand, Führungspersönlichkeiten vom Format eines Nelson Mandela und Frederik de Klerk, der Boykott der südafrikanischen Sportlerinnen und Sportler und die diplomatische Isolation des Landes trugen natürlich auch zum Fall des verhassten Regimes bei. Aber die Wirtschaftskreise gaben den Ton an.

Das kann auch hier passieren. Israels Ökonomie wird einem Boykott nicht standhalten können. Es ist wahr, dass dies zu Anfang das Gefühl, wieder in der Opferrolle zu sein, wie auch Isolationismus und Nationalismus, verstärken wird, aber nicht auf lange Sicht. Das könnte eine wichtige Änderung der Einstellung bewirken. Wenn die Privatwirtschaft an die Regierung herantritt, wird die Regierung zuhören und vielleicht auch entsprechend handeln. Wenn ein Schaden erst Portemonnaie jedes Bürgers bemerkbar macht, werden sich mehr Israelis fragen, vielleicht zum ersten Mal, worum es eigentlich geht und warum dies alles geschieht.

Es ist schwierig und schmerzhaft, ja fast unmöglich, für einen Israeli, der sein ganzes Leben in Israel gelebt hat, der es nicht boykottiert hat, der Auswandern nie in Erwägung gezogen hat und der sich diesem Land zutiefst verbunden fühlt, zu einem solchen Boykott aufzurufen. Ich habe es bisher nie getan. Ich habe verstanden, was einen Boykott motiviert , und war in der Lage, Rechtfertigungen für solche Motive zu finden. Ich habe aber nie propagiert, dass andere einen solchen Schritt unternehmen sollten.
Während sich Israel jedoch gerade selbst in eine erneute ernsthafte Blockadesituation manövriert, sowohl diplomatisch wie auch ideologisch, wird der Aufruf zum Boykott als letzte Zuflucht eines Patrioten zu einer Notwendigkeit.

http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.535596
Übersetzung: Coorditrad

S. auch einen Artikel von G. Levy von 2009: http://www.zmag.de/artikel/die-letzte-zuflucht-1

Wissenschaftlicher Beirat von attac Frankreich

Strategien der gesellschaftlichen Umgestaltung entwerfen!

Manche wissen gar nicht, wie sehr die Rede von der Wendezeit bei aller Tatenlosigkeit den Nagel auf den Kopf trifft.
Die Krise ist da. Die Kürzungspolitik hat es fertiggebracht, alle Gesellschaften und alle Bevölkerungen darin einzuschnüren.
Der Widerstand dagegen wächst und wir möchten darauf antworten. Als eine Antwort schlagen wir im Namen des Wissenschaftlichen Rats von Attac vor, den Rundbrief des Wissenschaftlichen Rats in eine richtige ***theoretische und politische Zeitschrift*** *mit vierteljährlichem Erscheinungsrhythmus und einem gebietsübergreifendem Ansatz umzuwandeln.*
Die vorliegende Ausgabe des Rundbriefs des Wissenschaftlichen Rats ist also die letzte Nummer in der Form, in der er seit sieben Jahren erscheint. Es geht nicht darum, sein Erscheinen einzustellen, sondern seine Darstellung zu erneuern. Die Dringlichkeit, tiefgreifende konzeptuelle und strategische Diskussionen anzubahnen, macht sie notwendig.

Im nachstehenden Text findet der Leser die Ziele, die wir uns gesteckt und die Vorschläge, die wir formuliert haben und die wir im kommenden Herbst umsetzen wollen.
JC und JMH

Briefe des Wissenschaftlichen Beirats:
http://www.france.attac.org/archives/spip.php?rubrique997

Während das politische Barometer unverändert bei der Verteidigung der Interessen einer Klasse von Privilegierten festsitzt, ändert sich die Welt.

Sie richtet sich zuerst nach der Magnetnadel der Logik, die dem heute globalisierten und von Finanzmächten angeführten **Kapitalismus** eigentümlich ist. Sie hat die Ansprüche an die **Kapitalrendite** zu einem noch nie erreichten Punkt geführt. Die ständige Strukturanpassung des Finanzkapitals und verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft sind nur die beiden Seiten derselben Wirklichkeit: Nämlich die Organisation der Arbeit, die Produktionsweise der Reichtümer und deren Aufteilung.

Sie richtet sich auch nach der Fülle **neuer Techniken**, die die Möglichkeit aufscheinen lässt, mittels biologischer und Genmanipulationen eine weitere Schwelle **in der produktivistischen und wissenschaftsgläubigen Flucht** nach vorn zu überschreiten. Der Kurs wird fortgesetzt, trotz aller Warnungen vor einer wirtschaftliche Entwicklungsweise, die auf der verschwenderischen Nutzung seltener Bodenschätze fußt; trotz besseren Wissens um deren Begrenzung.

Immer deutlicher erweist sich die Annahme, die Menschheit hätte Zeit, um sich den von der **Klimaerwärmung** hervorgerufenen Umwälzungen anzupassen, als Illusion. Die Zeichen häufen sich, dass sie sich viel früher ereignen als vorhergesagt und in einer Art Kettenreaktion ablaufen.

Gleichzeitig treten die festen Versprechen der kapitalistischen Ideologie, wie Selbstverwirklichung und **Demokratie** in immer deutlicheren Widerspruch zur verallgemeinerten Profitlogik.
So erhöht die zunehmend globale Entfesselung des Kapitals den Grad subjektiv erlebter Frustrierung und Verletzung, während die aus demokratischen Rechten erworbenen Güter heute dort abgebaut werden, wo die sozialen und politischen Kämpfe sie gestern festgeschrieben hatten.

Schließlich richtet die Welt ihren Kurs auch nach der Geschwindigkeit, mit der die **geopolitischen Kräfteverhältnisse** ihre Stärke verändern. Und das umso mehr, als die Krise des Systems die Spannungen innerhalb eines Markts verschärft, der dem Spiel einer angeblich nicht verfälschten Konkurrenz ausgeliefert ist.

Diese **Krise** ist aus weit mehr als nur der Augenwischerei mit amerikanischen Subprimes entstanden. Sie ist das **Kennzeichen eines Auslaufmodells**. Dessen Kraft ist an die Grenzen seiner Fähigkeit gestoßen, die ganze Welt „in seinen Bann zu ziehen".

Auslaufmodell deshalb, weil der Mythos der unendlichen Kapitalakkumulation im Begriff ist, sich in dem Moment in ein Nichts aufzulösen, in dem die materielle Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums schrumpft oder schwindet.
Auslaufmodell auch deshalb, weil die Strukturanpassungspläne im Süden und die Kürzungspolitik im Norden, insbesondere in Europa, nur noch im Stande sind, die Ursachen immer weiter zu verschärfen, die die Krise ausgelöst haben.

Der kapitalistische Weg aus der kapitalistischen Krise ist eine **Sackgasse**. **Er ist gleich ausweglos, ob er sich grünes Wachstum nennt oder Wissensökonomie**.

Das eine hieße eine Hälfte zerstörerischer neben einer anderen Hälfte wieder ausbessernder Aktivitäten bestehen lassen, das andere, aus Kenntnissen ein neues « Kapital » oder eine pseudo-entmaterialisierte Wirtschaft herausschlagen, die die Herstellung von Waren in den ärmsten Teil der Welt verlegt, in dem es die führenden Klassen mit den Umsetzungsbedingungen nicht so genau nehmen.

Wer die Absicht hat, das menschliche Abenteuer einigermaßen leidlich fortzuführen, muss **den Ausweg also woanders suchen.**
Und auch wenn dieser Ausweg heute nur schemenhaft zu sehen ist, ist er dennoch **möglich**.
Der **Widerstand von Völkern** und Individuen bezeugt sein Vorhandensein, angefangen bei den sozialen Bewegungen bis hin zum weniger ins Auge fallenden subjektiven Widerstand .
Die ausprobierten Alternativen bilden die Konturen des Ausweges.
Widerstand gegen die Unterdrückung durch Diktaktoren, Widerstand gegen den Abbau sozialer Rechte, Widerstand gegen Entlassungen, Widerstand gegen den Raub von Boden oder Bodenschätzen, Widerstand gegen die Macht der Banken, Widerstand gegen die Zerschlagung der Infrastruktur von ganzen von Gebieten, die zur Verödung von Landstrichen und zu einem unmenschlichen Urbanismus usw. führen.

Erfahrungen mit Selbstverwaltung von Unternehmen oder Stadtvierteln, Erfahrungen mit biologischer und relokalisierter Landwirtschaft, Erfahrungen mit Regionalwährungen und sogar Erfahrungen mit staatlicher, dem Zugriff globaler Finanzmärkte entzogener Geldregulierung.
Und auch die Kämpfe für die Gleichheit zwischen Mann und Frau, Kämpfe für dieselben Rechte unabhängig von Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung

Wie kann man sich die Praxis der gesellschaftlichen Veränderungen vorstellen?
Das Ausmaß der genannten Umwälzungen fordert zu einer neuen Beschäftigung mit der Frage der menschlichen Emanzipation auf.
Sie ist weder die Frucht eines wie auch immer gearteten Determinimus, noch allein das Ergebnis des Handelns von Minderheiten, die die große Mehrheit der Unterdrückten nicht einbeziehen.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts beweist es. Die Geschichte des 21. Jahrhunderts ist noch zu erfinden, durch die Praxis und durch das Überdenken dieser Praxis.

Deswegen bricht der Wissenschaftliche Beirat von Attac zu einem kleinen Abenteuer auf – bescheiden im Vergleich zu den erforderlichen Umwälzungen: Eine theoretische Zeitschrift wird gegründet, die allen Personen offensteht , die an dieser Initiative mitarbeiten möchten.

Unser Ziel ist es, theoretischen Debatten und der Gegenüberstellung von Handlungsmöglichkeiten einen Raum zu geben, um Strategien der gesellschaftlichen Umgestaltung zu entwerfen, und damit zur Einleitung eines tatsächlich sozialen und ökologischen Übergangs beizutragen, der zu mehr Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie führt.

Wir stellen fest: In allen Bereichen finden Deregulierungen statt, die der Krise zugrunde liegen; die liberale europäische Konstruktion, die aus dem Kontinent ein Paradies für die Märkte machen will, hat klar versagt; die soziale Frage wird zunehmend vernachlässigt, und dies wird nicht durch die notwendige Berücksichtigung sogenannter gesellschaftspolitischer Fragen ausgeglichen; Organisationen, die aus der Geschichte der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind oder die zur Konstellation der Bewegung für eine andere Welt gehören, haben es schwer, gegenüber den Herrschenden eine günstigere Position aufzubauen. Dies alles erfordert, dass wir **unseren Kurs neu ausrichten.**

Das ist umso **vordringlicher**, als die gemeinsame Neuformulierung von Eckpunkten der Gesellschaftskritik und der Emanzipation auf mittlere Sicht oft unter der Druck gelitten hat, sofortige Antworten auf konkrete Notlagen finden zu müssen.

Es handelt sich um eine gedankliche Neuformulierung der Wechselwirkung zwischen den Strukturen und der individuellen Lebensgestaltung, von solidarischem Verhalten und Individualität, die von einem wie auch immer gearteten strukturellen Determinismus genauso weit entfernt ist wie vom Wiederaufleben eines methodologischen Individualismus in den Sozialwissenschaften.

Das Ziel ist ehrgeizig und kann nur durch ein **weitestgehendes Einbeziehen der gesellschaftlichen Akteure** erreicht werden, die sich der doppelten Aufgabe von gesellschaftlichem Engagement und therorischer Reflexion verschreiben: **Gewerkschaftsmitglieder, Mitglieder von Vereinigungen, Politiker, Forscher, aber vor allem engagierte Bürger.**

Konkret ausgedrückt haben wir vor, **eine sich an die breite Öffentlichkeit wendende kostenlose elektronische Info-Zeitschrift mit vierteljährigem Erscheinungsrhythmus herauszubringen.**
Sie wird von einem vielseitigen Redaktionsausschuss geleitet, der damit betraut ist, ihren Inhalt zu definieren, Autoren zur Mitarbeit zu gewinnen, und die Durchsicht der Artikelvorschläge zu organisieren.
Jede Nummer soll einen thematischen Teil enthalten, gefolgt von einer strukturierten Darstellung anderweitig erschienener Dokumente, gestützt auf die Erfahrungen mit dem Rundbrief des Wissenschaftlichen Beirats.
Die erste Nummer würde im Herbst 2013 erscheinen, mit einem Hauptteil zum Thema Soziale Sicherung.

http://www.france.attac.org/archives/IMG/pdf/edito_54.pdf
Übersetzung: Angelika Gross, coorditrad /SiG-Redaktion

attac Österreich

USA-Abkommen: Fekter stellt Steuerbetrügern Freibrief aus

21.8.2013
Nach Berichten der Tageszeitung „Der Standard“ verzichtet das österreichische Finanzministerium beim geplanten Steuerabkommen mit den USA „FATCA“ (Foreign Account Tax Compliance Act) freiwillig auf Daten österreichischer Steuerbetrüger in den USA.
Offensichtlicher Zweck dieser Strategie ist es, weiterhin jeden automatischen Informationsaustausch österreichischer Steuerbehörden zu verhindern und somit das Bankgeheimnis zu wahren.

„*Für die Verteidigung der eigenen Steueroase verzichtet Finanzministerin sogar auf potenzielle Steuereinnahmen. Sollte das Abkommen in dieser Form umgesetzt werden, wäre das eine Verhöhnung aller ehrlichen Steuerzahler. Fekter stellt damit wohlhabenden Steuerbetrügern in Zeiten knapper Kassen einen Freibrief aus und schädigt wissentlich die Republik*“, kritisiert Gerhard Zahler-Treiber von Attac Österreich.

Markus Meinzer vom internationalen Tax Justice Network erklärt dazu:
„Die USA zählen zu den Top 5 Schattenfinanzplätzen der Welt – für Steuerbetrüger ein Paradies. Dass das österreichische Finanzministerium Steuerbetrüger in den USA quasi unbehelligt lässt, ist ein katastrophales Signal. Österreich bleibt damit politisch einer der stärksten Bremsklötze auf dem Weg zu mehr internationaler Steuergerechtigkeit. “

Zahler-Treiber kritisiert zudem die Verlogenheit der österreichischen Position: *„Finanzministerin Fekter erklärt sich bei EU-Gipfeln zur großen Kämpferin gegen intransparente Trusts in den USA und Großbritannien. Die Tatsache, dass sie nicht einmal bereit ist österreichische Bankkonten in den USA zu prüfen, zeigt, dass es sich dabei nur um Ablenkungsmanöver im Interesse von Banken und der Steuervermeidungsindustrie handelt. Die gleiche Taktik zur Verteidigung des Bankgeheimnisses verfolgte das Finanzministerium schon mit den Abkommen mit der Schweiz und Liechtenstein. Auch hier werden Steuerbetrüger - anonym und mit geringen Steuersätzen - gegenüber ehrlichen Steuerzahlern belohnt um Bankeninteressen abzusichern.“*

Österreich blockiert jedoch den EU-Informationsaustausch gemeinsam mit Luxemburg durch immer neue Bedingungen seit Jahren erfolgreich - mit verheerenden Auswirkungen auf die europäische Steuergerechtigkeit. Im Falle eines automatischen Informationsaustausches mit den USA müsste Österreich nach OECD-Richtlinien diesen auch anderen EU-Staaten gewähren.

http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/08/21/usa-abkommen-fekter-stellt-steuerbetruegern-freibrief-aus.html

Elisabeth Gauthier
Altersummit: Wie weiter?

Innovation via Alter Summit (AS)

Lange Zeit ging es in Diskussionen bei europäischen Konferenzen, Sozialforen etc. einerseits um die Analyse der (europäischen) Verhältnisse und andererseits um die Erarbeitung von alternativen Vorschlägen.

Im Kontext der dramatischen **Krisenzuspitzungen** wird immer stärker die **Frage nach einer konkreten Strategie** zur Veränderung der europäischen Verhältnisse gestellt.
Eine solche europäische Herausforderung stellt sich allerdings als einigermaßen kompliziert dar, wenn einerseits die Realitäten zwischen Süden, Osten und Norden weit auseinanderklaffen und andererseits der Bewusstseins- und Diskussionsstand politisch/historisch ganz unterschiedlich ausgeprägt ist. Die Verallgemeinerung von Austeritätspolitik – in manchen Ländern muss von sozialer Verwüstung und humanitärer Katastrophe gesprochen werden – und von autoritären Governance-Formen befördern allerdings die Gemeinsamkeiten.
Dass eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in einem Land nicht ausreicht, um dort und in Europa Veränderungen durchzusetzen, wird zunehmend bewusst. Die Komplexität des multipolaren europäischen Machtgefüges sowie das strukturelle demokratische Defizit erschweren eine effiziente politische Intervention. Eine gleichzeitige, gleich orientierte gemeinsame Aktion in ganz Europa scheint in der derzeitigen Phase nicht vorstellbar.
Insoweit geht es darum, alle einsetzbaren Hebel für gesellschaftliche Veränderung auszuloten und neue zu erfinden, um sozusagen **multidimensional Handlungsfähigkeit zu erringen** (1).

Dabei muss es auch darum gehen, überall sichtbar und verständlich zu machen, dass die wahre Natur der Konfrontation in Europa **nicht ein territorial bestimmter Konflikt zwischen Nationen bzw. Regionen** ist, sondern eine intensive Klassenkonfrontation, bei der es um einen radikalen Abbau der sozialen und demokratischen Errungenschaften geht. Die **Herstellung neuer Bündnisse** – auf nationaler und europäischer Ebene – wird in diesem Kontext zu einer entscheidenden Herausforderung.

Der AS ist also als permanenter Prozess konzipiert. Ein erstes herausragendes Ereignis war das **Athener Treffen**. Ziel dieses Prozesses ist es, konkrete Schritte herauszuarbeiten, mit denen die Kräfteverhältnisse in Europa verändert werden können.
In den Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben sich verstärkt **gemeinsame Ansatzpunkte** entwickelt, einige Forderungen wurden gleichzeitig in vielen Bewegungen und Plattformen zu Schlüsselthemen.
Die **Europäischen Sozialforen** (ESF) haben die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure sowie das Entstehen neuer europäischer Netzwerke und Akteure befördert. Aber die sie ebenfalls kennzeichnende **relative Unverbindlichkeit** entspricht nicht mehr den heute anstehenden Anforderungen, mit denen die Auseinandersetzung in Europa aktiv geführt werden müsste, um die Gemeinsamkeiten auch in gemeinsamen politischen Aktionen und Forderungen zu konkretisieren.
Ein erster Schritt in diese Richtung war die Gründung der **„Joint social conference“** als permanentes Netzwerk, das mit Beteiligung von Repräsentanten vieler Gewerkschaften und des EGB jährliche Konferenzen abhält. Weil die Idee eines AS diesen Herausforderungen in der derzeitigen Phase eher entspricht, hat diese Idee rasch viele Anhänger gefunden. Es geht beim AS um einen Prozess, aber auch um den **Aufbau eines alternativen Gipfels** und nicht eines „Gegengipfels“, um ein Event, das möglichst massiv, inhaltsreich, verständlich den Willen einer möglichst großen Zahl von Akteuren zum Ausdruck bringen soll, in Europa rasch einen neuen Kurs durchzusetzen und **daran zu arbeiten, „Europa neu zu begründen“**. Die festgehaltenen Forderungen sind als unmittelbare Antwort auf die sozialen Verwüstungen und den Demokratieabbau konzipiert.

Konturen

Europa braucht dringend einen Zusammenschluss von handlungsfähigen Kräften gegen Austerität und zur Erneuerung der Demokratie.
Der Modus der Zusammenarbeit als offene, flexible und gleichzeitig **permanente Struktur (Netzwerk**) erlaubt einen Arbeitsprozess und eine Reaktivität, die z. B. das ESF nicht herstellen konnte. An die hundert Organisationen sind derzeit am AS-Netzwerk beteiligt. Die Unterstützung des AS durch drei europäische Gewerkschaftsföderationen des Europäischen Gewerkschaftsbundes, EGB (Transport, öffentliche Dienste und Erziehung) sowie eine ganze Reihe nationaler **Gewerkschaften** (wie z. B. die TUC) ist ein Zeichen für Veränderungen im gewerkschaftlichen Bereich.
Auch Vertreter des EGB nahmen an der Vorbereitung teil und der EGB-Vorsitzender trat mit einer Videobotschaft in der Plenarversammlung in Athen auf. Zunehmend spürbar wird, dass die Verhandlungs- und Vertretungsmacht der Gewerkschaften immer stärker reduziert wird und gleichzeitig die europäische **Sozialdemokratie** infolge ihrer immer stärker sozialliberalen Ausrichtung als politischer Partner abhandenkommt. Zum ersten Mal hat der EGB einen europäischen Vertrag – den Fiskalpakt – zurückgewiesen. In dieser Konfiguration und im Kontext der Krise eröffnen sich neue Möglichkeiten des Dialoges mit **sozialen und linken Bewegungen** (2).

Wenn auch die Kräfteverhältnisse in Europa derzeit sehr kompliziert sind, so gibt es gleichzeitig interessante Erscheinungen.
Soziale Bewegungen prägen die Realitäten insbesondere im Süden, aber auch zeitweise in Ländern des Ostens. In **Spanien** und **Portugal** werden zivilgesellschaftlich organisierte öffentliche **Kongresse** abgehalten, um gegenüber den Diktaten der Troika alternative Regierungspolitik zu definieren.
Auch **der erste transnationale Generalstreik (14. November 2012)** wurde von hier aus in Gang gesetzt.
In **Griechenland** hatte im Juni 2012 zum ersten Mal eine **Wahl** den Charakter eines Bruches mit dem bisherigen politischen System.
Zu den bekannten Stimmen, die aufzeigen, wie sehr wir in einer gefährlichen Sackgasse stecken, gesellen sich neue. Kritische Netzwerke von **Ökonomen und Sozialwissenschaftlern** werden aktiv. Initiativen wie z. B. das **Subversive Forum in Zagreb**, die **Punk University in Ljubljana** und die **Coalition of Resistance in Großbritannien** sind neue Formen des Widerstandes und der Diskussion um Alternativen.
Gemeinsamen Aktionen entwickeln sich in **ökologischen Fragen** sowie um die **öffentliche Dienste** wie Erziehung, Transport und Gesundheit, gegen **Zwangsräumungen** im Süden und Osten Europas. Hervorzuheben ist die **europaweite Solidarität** z. B. mit den **selbstverwalteten griechischen Gesundheitszentren** oder im Kampf gegen Zwangsräumungen. Das ist auch der Fall, wenn es um die **Rechte von Migrantinnen und Migranten** geht.
Als gemeinsame Frage steht der Kampf für die radikale Veränderung der Aufgaben und Funktionsweise der **EZB**.
In nächster Zeit könnte der Kampf gegen das **Transatlantische Freihandelsabkommen** europaweit geführt werden.

Ein neues europäisches Bewusstein bzgl. der Kräfteverhältnisse und der möglichen Bündnispartner schaffen muss also bedeuten, all diese Energien sichtbar zu machen und miteinander in Beziehung zu setzen. Das AS verfolgt dieses Ziel. Viel bleibt zu tun.
Eine europäische Koordination, in der Gewerkschaften sowie der EGB, europäische Netzwerke wie Attac, transform! und EuroMemo sowie die Vertreter von AS-Kollektiven in einzelnen Ländern zusammenarbeiten, wurde konstituiert.

Bilanz von Athen

Mit dem AS in Athen Anfang Juni hat sich die Notwendigkeit, aber auch die Möglichkeit, Wege für eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Bewegungen, Netzwerken, Gewerkschaften herauszufinden, bestätigt.
Einige wichtige Ziele wurden erreicht, zugleich war manches enttäuschend.
Es gab **keine massive Teilnahme,** weder aus europäischen Ländern – am besten waren Norwegen, Frankreich und Deutschland vertreten – noch aus Griechenland selbst. Es war ein europäisches Treffen von Repräsentanten aus Organisationen und Ländern aller Regionen, getragen von der Bereitschaft, nicht nur gemeinsam „Résistance“ zu organisieren, sondern auch gemeinsam an einer europäischen Alternative zu arbeiten

Trotz der farbigen, lebendigen und sichtbar „europäischen Demonstration“, allerdings mit enttäuschender Beteiligung aus Griechenland, war das „Event“ in seinen Dimensionen **unzureichend**, um eine große öffentliche Visibilität zu erreichen.

Allgemein festgestellt wurde, dass das **Manifest** einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Die mehrmonatige transparente Arbeitsmethode hatte nicht nur ermöglicht, Konvergenzen und gemeinsame Analysen sichtbar zu machen, sondern auch einen tatsächlich „gemeinsamen“ Text herzustellen und mit einem solchen **gemeinsamen Sockel** das Ziel einer radikalen Umorientierung der europäischen Konstruktion zu präzisieren.
Die Plenarveranstaltung, bei der die Präsentation des Manifests im Zentrum stand, sollte mit mehr als 20 Rednerinnen und Rednern auch das große Spektrum der beteiligten Organisationen sichtbar machen (was deshalb zu einer zu langen, nämlich vier Stunden dauernden Veranstaltung führte).

Als schwieriger stellten sich die **thematischen „Assemblies**“ heraus. Weiterführende Aktionsvorschläge waren vor allem dort das Ergebnis, wo bereits im Vorfeld gemeinsame Ziele und Methoden festgelegt werden konnten und die Artikulation der jeweiligen Themen mit dem Gesamtvorhaben und dem Manifest im Blickfeld stand.
Es zeigte sich wieder einmal die Schwierigkeit, von der Redaktion eines europäischen Manifestes zu gemeinsamem Handeln zu kommen.
Auch die Schwächen des ESF, wo die einzelnen Themenfelder addiert und in gewisser Weise voneinander „isoliert“ wurden, konnten nicht ganz vermieden werden.
Thema der weiteren Überlegungen ist jetzt, welche Inhalte, welche Momente den gemeinsamen Willen, Europa tiefgehend zu transformieren, einigermaßen wirkungsvoll kristallisieren könnten. Die gilt es mit Realismus und Ambition zu diskutieren.

Warum Griechenland?

Wenn auch Ursprünge der Krise zum Teil in der griechischen Realität selbst liegen, so wurde das Land in den letzten Jahren zu einem **europäischen Laboratorium,** was das EU-Krisenmanagement betrifft.
Auf Seiten der **Bewegung** ist die Bilanz beeindruckend, mit derzeit 27 Generalstreiks, intensiven Mobilisierungen mit Massendemonstrationen, der Besetzung des Syntagma-Platzes, selbstorganisierten Solidaritätsbewegungen rund um Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Ausbildung und Ernährung, die auch Solidarität mit Migrantinnen und Migranten einschließt.

Da von Seiten der griechischen Akteure die Bedingungen für das Abhalten des AS gegeben waren – Formation eines breiten Kollektivs, Teilnahme der Gewerkschaften, organisatorische Möglichkeiten –, wurde Athen als symbolischer Ort für die Abhaltung eines ersten AS gewählt.
Allerdings stellte sich heraus, dass ohne tiefgreifende und langatmige Vorbereitung die Europafrage nicht über die direkt implizierten Akteure hinaus mobilisiert, auch wenn die Verantwortung der Troika für den Zusammenbruch des Landes von vielen klar erkannt wird.
Die wesentliche Frage scheint also zu sein, in welcher Weise und in welchen Formen die Europafrage gestellt werde sollte, wenn es darum geht, die „Citoyens“ dafür zu interessieren.

Dass gewisse verständliche Ermüdungserscheinungen in der griechischen Bewegung nicht unüberwindbar sind, zeigte die beeindruckende Mobilisierung für das staatliche Fernsehen zwei Tage nach Ende des AS. Unsere griechischen Freunde konnten dabei feststellen, wie sehr die **europäische Solidarität** – sehr intensiv und reaktiv – über den AS befördert wurde.
Auch im Rahmen des AS fand aktive Solidarität statt, z. B. ein Treffen mit seit mehr als einem Jahr nicht bezahlten Beschäftigten der Werft Skaramaga und europäischen Gewerkschaften. Aus Frankreich kam das griechisch-französische Solidaritätsnetzwerk für Gesundheit mit einer Ausstattung für Zahnärzte sowie Geldspenden und traf mit Vertretern der selbstverwalteten Gesundheitszentren und der Bewegung „Solidarity4all“ zusammen.

Politische Parteien herausgefordert

Bezüglich der politischen Parteien ist beim AS – anders als bei den Sozialforen – der Dialog mit politischen Organisationen und Persönlichkeiten, die die vom AS vertretenen Vorstellungen teilen und das Projekt aktiv unterstützen, erwünscht.
Es wird also eine Unterscheidung vorgenommen zwischen den Institutionen und politischen Parteien, die Austerität und Entdemokratisierung mittragen, und solchen, die sich dagegenstellen.

Die Kräfteverhältnisse verändern zu wollen impliziert auch, die **Frage der politischen Repräsentation und der Machtausübung** auf die Tagesordnung zu setzen und zu diskutieren. Zu überlegen ist, wie Bewegungen, Gewerkschaften und Netzwerke, aber auch politische Parteien handeln können, die die herrschende Logik bestreiten. Außerdem geht es auch darum, **alle verfügbaren Kräfte zu sammeln,** in einer Situation, wo die **Spannung stark ist zwischen Zorn und Ohnmacht**, zwischen Kritik der herrschenden Verhältnisse und dem Gewicht der **neoliberal geprägten Verzichtspädagogik**. Der Zweifel, dass Politik ein Mittel zur Veränderung sein könnte, wird immer massiver (3).

Angesichts der dramatischen Situation entwickeln sich tatsächlich in vielen Ländern Experimente mit **neuen Formen der Zusammenarbeit** zwischen unterschiedlichen Akteuren, wobei der volle Respekt der Autonomie aller Beteiligten die Regel sein muss.
Gleichzeitig werfen Bewegungen wie Occupy mit ihrer radikalen Distanz zu den existierenden Strukturen neue Herausforderungen auf, die zu Veränderungen der politischen Kultur der Organisationen selbst beitragen. Auch im AS wird die Frage diskutiert, auf welche Weise hier Brücken gebaut werden könnten.
Der Vergleich zwischen den Situationen in einzelnen Ländern zeigt auch, dass für manche große Bewegungen (in Bulgarien, in der Türkei ...) der Mangel an einer signifikanten politischen Unterstützung ein Problem darstellt. Ein anderes Beispiel ist Griechenland, wo zahlreiche soziale Akteure zur Herausbildung von Syriza beigetragen haben.

Im AS haben sich bislang als Organisationen die **Europäische Linkspartei** und die Europaparlamentsfraktion **GUE/NGL** engagiert, die **französischen Grünen** haben öffentlich ihre Unterstützung erklärt, ebenfalls **einzelne Parlamentarier bzw. Mitglieder aus sozialdemokratischen und grünen Parteien**, von denen auch Sprecher/-innen für Athen gestellt wurden. Auch aus der **antikapitalistischen Linken** kommt Unterstützung.
Als Gemeinsamkeit könnte definiert werden, dass es all diesen sozialen und politischen Akteuren darum geht, eine **alternative kulturelle Hegemonie herzustellen**.

Wie weiter?

Gemeinsame Arbeitsprozesse müssen definiert werden, wobei die Ambition des AS, die Kräfteverhältnisse in Europa gemeinsam zu verändern, im Zentrum stehen muss.
Wie schon beim ESF liegt es nahe, aus all den von Netzwerken, Organisationen etc. bereits beschlossenen Aktionstagen und Ähnlichem eine gemeinsame Liste zu fabrizieren.
Gerade das will aber der AS ebenso vermeiden wie jährlich sich wiederholende Treffen, die zu leeren Hülsen werden könnten. Eine neue Qualität muss erreicht werden.

Ein für alle sinnvoller Prozess mit mehreren Ebenen muss also erfunden werden. Reaktivität ermöglichen, zentrale Ereignisse organisieren, dezentralisierte Initiativen **koordinieren**, um daraus Gemeinsames zu machen, gezielt Information herstellen und austauschen, Solidarität und **neue Bündnisse** befördern, **europaweite Auseinandersetzungen** wie um das Transatlantische Freihandelsabkommen verstärken ... all dies steht auf der Tagesordnung.

Die Tatsache, dass der AS ein Zusammenschluss von zum Teil sehr repräsentativen Organisationen ist, macht äußerst klare und **transparente Arbeitsmethoden** notwendig, die es den Organisationen erlauben, sich als solche einzubringen.
Falls es gelingen sollte, die im AS gemeinsam erarbeiteten Analysen und Vorschläge tatsächlich in die beteiligten Organisationen hineinzutragen, unter den Mitgliedern zu verankern und ein **gemeinsames Bewusstsein zu fördern**, würden Grundlagen für gemeinsames Handeln gelegt und damit die Potentiale zur Veränderung der Kräfteverhältnisse in Europa wirksamer gemacht.

In einer **Situation**, wo bei vielen die Empörung durch das Gefühl der Ohnmacht gelähmt wird, wo das Gefühl der Ohnmacht durch die derzeitige europäische Konfiguration verstärkt wird, wo mangelnde Interpretationsmacht Bewegung erschwert, wo Spaltungen das Erkennen des Gegners erschweren, wo aber zugleich die Dramatik der Lage eine große soziale und politische Dynamik von Seiten der Bevölkerung erfordert, sollten mit großer Entschlossenheit **neue Wege gegen das herrschende Ohnmachtsgefühl** beschritten werden.

Ein wesentliches Feld dafür ist die Herstellung des Bewusstseins, dass Potentiale, Inhalte, Kräfte existieren, Europa demokratisch zu transformieren.
Es geht auch darum, das Paradox anzugehen, dass in vielen Ländern bedeutende Bewegungen die EU-Logik in Frage stellen, aber diese nicht untereinander verbunden sind, nicht als Teil eines Gemeinsamen erlebt werden.
Insofern stellt sich als eine der wesentlichen Fragen für den AS, **ob er Möglichkeiten findet, Verknüpfungen zwischen tatsächlich existierenden Bewegungen zustande zu bringen.**

Einige **Ansatzpunkte** gibt es dafür bereits. **Aus dem Manifest soll ein „Common Good“**, ein Element der gemeinsamen Aktion, ein **verbindendes Element unterschiedlicher Kämpfe** gemacht werden, durch das **Hineintragen in die Organisationen**, über die Europaspezialisten hinaus.

Es geht auch darum **herauszufinden, um welche Fragen gemeinsame Initiativen, Allianzen und Mobilisierungen angepeilt werden könnten,** welche Vorschläge gemeinsames Handeln kristallisieren und befördern können.
Die **Eröffnung des neuen EZB-Sitzes in Frankfurt am Main,** die Auseinandersetzungen um die „**Commons**“, die Europäisierung der nationalen **Budgetpolitik**, die Generalisierung von **Prekarisierung** und Verarmung wurden in einzelnen „Assemblies“ vorgeschlagen.
Zu manchen Themen sollen in Zukunft europäische Kampagnen, Bürgerinitiativen, **thematische Konferenzen** organisiert werden.
Die Erfahrungen mit der ECI (Europäische Bürgerinitiative) um die Wasserfrage, Blockupy, oder auch der transnationale Streik vom 14. November 2012 gelten als Ansatzpunkte.

Ungelöst sind Fragen, auf welche Weise **feministische Fragestellungen** (im Manifest prominent angesprochen) gemeinsames Gut werden können.
Wie Schutz und Rechte von **Migrantinnen und Migranten** mit Auseinandersetzungen um Rechte der arbeitenden Bevölkerung artikuliert werden sollen.
Wie die **ökologischen und sozialen Forderungen verknüpft** werden können.
Die **Frage der notwendigen Offensive gegen die rechtsextremen Kräfte in ganz Europa** war in Athen Inhalt einer der größten thematischen Versammlungen, und eine europäische Konferenz zu diesem Thema ist geplant.
2014 wird im Zeichen der 100 Jahre seit Beginn des Ersten Weltkrieges stehen, und dabei muss auch die **Rolle Europas in der Welt** angesprochen werden.
Weiter wird das **Transatlantische Freihandelsabkommen** zweifellos zu einem breit mobilisierenden Thema werden, ebenso die **Eröffnung der neuen EZB-Büros** 2014, wobei auch die nationalen Zentralbanken verstärkt ins Visier genommen werden sollten.
Einzelne Netzwerke oder Gruppen von Netzwerken haben die Absicht, mit **thematischen Konferenzen** die Dynamik zu nähren.
Anlässlich der Auseinandersetzungen um die immer mehr von der EU kontrollierten Budgets könnte man auch **gemeinsam der Austerität entgegentreten**.

Vielfach wurden auch die kommenden **Europawahlen (Mai 2014)** als Opportunität dafür angesprochen. Hier geht es darum, nicht in den traditionellen Formen verhaftet zu bleiben –die Bewegungen wenden sich an die Kandidatinnen und Kandidaten mit ihren Appellen oder Anfragen –, sondern diesen tatsächlich europäischen Moment wirksamer zu nützen. An den Formen, die eine solche Ambition annehmen könnte, muss noch gearbeitet werden. Innovation ist gefragt!

(1) Siehe ausführlicher dazu Elisabeth Gauthier: Fünf Argumente für ein „Alter Summit“. In: Sozialismus, 12/2012.
(2) Siehe Steffen Lehndorff: Trade Unions: the difficut path to solidarity in one own's interest. In: Transform!, Nr 12/2013, S 68–74.
(3) Die Ergebnisse einer 2012 durchgeführten Studie werden präsentiert und kommentiert in: Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer/Joachim Bischoff: Krisenerfahrungen und Politik, Hamburg, VSA 2013.

Elisabeth Gauthier ist Mitglied von Transform! http://transform-network.net

Auf der Website www.altersummit.eu :
Manifest in mehreren Sprachen, Liste der beteiligten Organisationen, Berichte aus Athen sowie aktuelle Infos
Nächste Vollversammlung: 18./19. Oktober 2013: Bilanz von Athen und Erarbeitung der nächsten Schritte

Artikel über Altersummit in den SiG-Nummern 97,99,103,http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/

Termine

14. September: Aktionen des Bündnisses „Umfairteilen“
Demonstration und Sternmarsch in Bochum, Umfairteilen-Kette in Berlin!
Bochum: http://www.pott-umfairteilen.de/
Berlin: http://umfairteilen.de/start/aktionen/berlin/
attac Kampagne „Ran an den Speck“ http://www.attac.de/index.php?id=11191

EKU-AG (Energie – Klima – Umwelt) von attac De

Demokratie vs. Vattenfall: Die Volksentscheide in Hamburg und Berlin (22.9. und 3.11.)

Die Rekommunalisierungskampagnen in Hamburg und Berlin steuern ihrem Höhepunkt entgegen und in beiden Städten ähneln sich die Situationen.

Auf der einen Seite stehen die vielen Aktiven, Initiativen und Organisationen, die die Volksbegehren für die Demokratisierung der Energieversorgung mit viel Leidenschaft voranbringen und versuchen die anstehenden Volksentscheide zu gewinnen.

Auf der anderen Seite stehen Vattenfall, die Landesregierungen und konservative Kräfte, die genau das mit allen Mitteln verhindern wollen.

In **Berlin** hat der Senat aus SPD und CDU unter fadenscheinigen Begründungen dem Berliner Energietisch den Tag der Bundestagswahl weggenommen und den Volksentscheid auf den 3.11. verschoben. Insbesondere die SPD blinkt links, aber versucht mit aller Macht die Profite von Vattenfall zu retten. Doch das Bündnis lässt sich den Mut nicht nehmen und plant viele kreative und massenwirksame Aktionen für den „Abstimmungskampf“, um die nötigen gut 600.000 Ja-Stimmen von den BerlinerInnen zu gewinnen. Dass 78% der Menschen in der Hauptstadt für die Rekommunalisierung sind, zeigen jüngste Umfragen.

http://www.berliner-energietisch.net/aktionscamp

In **Hamburg** findet der Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Energienetze zwar am 22.9. statt. Aber die meisten Medien informieren einseitig und Bildzeitung sowie Politiker polemisieren gegen das Bündnis „Unser Hamburg, unser Netz“. Auch eine breite Unternehmensallianz mit aktiver Beteiligung der unternehmensnahen Gewerkschaft IG BCE machen gegen die Rekommunalisierung Stimmung. Auch wenn der Wind an der Elbe zunehmend rauher wird, lassen sich die Aktiven nicht beirren und kämpfen mit ihren guten Argumenten um die Zustimmung der HamburgerInnen.
http://unser-netz-hamburg.de/
Gewerkschaftler werben für JA:
http://umweltfairaendern.de/wp-content/uploads/2013/07/Aufruf_GewerkschafterInnen_unser_Netz_050713.pdf

Ab dem 12. September 2013 startet der Film "Bottled Life – Das Geschäft mit dem Wasser"

"Bottled Life" zeigt , wie große Konzerne aus Trinkwasser ein Milliardengeschäft machen. Regisseur Urs Schnell verfolgt die Spur von Nestlé und lässt tief blicken in die Strategien eines der mächstigsten Akteure im Handel mit Flaschenwasser.
Filmwebseite: http://www.bottledlife.wfilm.de
Termine in Deutschland: http://kinotermine.bottledlife.wfilm.de/

28.September: bundesweiter Aktionstag "Keine Profite mit der Miete"

(http://www.keineprofitemitdermiete.org). Demonstrationen in Berlin, Frankfurt, Freiburg, Düsseldorf und Hamburg

Kongress 28./29. September 2013, Kiel



EUROPA VON UNTEN!

Der Politik der Verelendung und Entdemokratisierung Widerstand entgegensetzen

http://www.europavonunten.de

Attac Schweiz

25. September, 19 Uhr: Konferenz mit Ignacio Ramonet (einer der Gründer von attac)
„Raus aus dem Neoliberalismus, Die Tobin-Steuer, 15 Jahre später
Ort: Fribourg, Université Miséricorde, Av. de l’Europe , Auditoire B
http://www.suisse.attac.org/Conference-d-Ignacio-Ramonet-a

5. und 6. Oktober: Universität und Generalversammlung
„Welches Steuersystem für welche Gesellschaft?“
Dies wird für uns eine Gelegenheit sein, unser Wissen über Vermögensumverteilung und Gewährleistung von Demokratie anhand von Steuern auf den neuesten Stand zu bringen, aber auch gleichzeitig neue Forderungen und Aktionen vorzuschlagen.
Ort: Lausanne, Maison du Peuple, Place Chauderon 5, grande salle Jean-Villars Gilles
http://www.suisse.attac.org/-Universite-2013-